

7/8/2014

# ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



Österreichischer  
Städtebund



GRAZ: 4. BIS 6. JUNI 2014

# Städtetag-Reportage

## GENERALSEKRETÄR



## Städte brauchen mehr Spielraum

Der 64. Städtetag in Graz war auch heuer wieder ein voller Erfolg. Rund 900 Delegierte, BürgermeisterInnen, Stadt- und GemeinderätInnen sowie internationale Gäste kamen in die Design-Metropole. Diskutiert wurde eine Vielzahl urbaner Themen, wobei die Finanzierung kommunaler Leistungen vor den beginnenden Finanzausgleichs-Verhandlungen von großem Interesse war. Viele TeilnehmerInnen beklagten die eingeschränkte Handlungsfähigkeit von Städten und Gemeinden und forderten wieder mehr Spielraum. Städte sind nach wie vor der größte öffentliche Investor und leisten ihren Beitrag zur regionalen Wertschöpfung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Österreichische Städtebund fordert daher wiederholt eine dringende Entflechtung der Transferleistungen. Denn es kann nicht sein, dass von einem Euro an Ertragsanteilen 75 Cent an Transfers gehen und nur 25 Cent in der Stadt verbleiben. Weiters müssen endlich Ausnahmen für dringende öffentliche Infrastrukturinvestitionen eingeräumt werden, wie bei der Kinderbetreuung, Bildung und Gesundheit. Hier braucht es eine „goldene Regel“ in der Budgetpolitik, die nachhaltige öffentliche Investitionen erlaubt.

Dr. Thomas Weninger  
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

### Seite 2

Editorial des Generalsekretärs  
des Österreichischen Städtebundes  
*Generalsekretär Thomas Weninger*

---

### Seite 3

Vorwort des Präsidenten  
des Österreichischen Städtebundes  
*Bürgermeister Michael Häupl*

---

## Impressum

---

### Seite 4–7

STÄDTEBUND AKTUELL  
*Diverse Kurzmeldungen aus dem Städtebund*

---

### Seite 8–11

KOMMUNALNEWS  
*Aktuelles aus den Städten*

---

### Seite 12–45

Schwerpunkt-Thema: STÄDTETAG 2014

Auftakt zum 64. Städtetag in Graz

*Seite 12–15*

Aufgabenreform vor dem nächsten Finanzausgleich

*Seite 16–17*

„Wenn Bürgermeister die Welt regieren“

*Seite 18–19*

„Es kommt die Ära der Städte“

*Seite 20–21*

Resolution einstimmig beschlossen

*Seite 22–25*

Arbeitskreis 1: Qualitätsvolles Bauen in Städten

*Seite 26–27*

Arbeitskreis 2: „Mythen des Finanzausgleichs“

*Seite 28–29*

## Arbeitskreis 3: „Meine Stadt – Mein LebensRAUM“

Seite 30–33

## Arbeitskreis 4: Friedliches Zusammenleben in Städten

Seite 34–35

## Arbeitskreis 5: Auf dem Weg zum gemeinsamen Lernen

Seite 36–37

## „Kommunale Leistungen sichern Wertschöpfung vor Ort“

Seite 38–39

## Bekenntnis zu aufgabenorientiertem Finanzausgleich

Seite 40–41

## Der Städtetag 2014 in Bildern ...

Seite 42–45

## Seite 46–57

## MAGAZIN

Neueste Entwicklungen und Veranstaltungen

## Seite 58

## LITERATUR

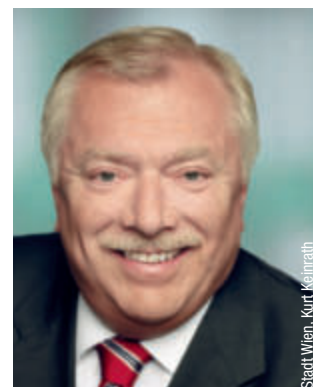
Aktuelle Buchrezensionen

## Seite 59

## FINANZEN

Ertragsanteilsvorschlüsse für Juli 2014

## PRÄSIDENT



## Finanzausgleich: Städte fordern Aufgaben-Reform!

Österreichs Städte bieten Tag für Tag Dienstleistungen auf höchstem Niveau: bestes Trinkwasser, die Entsorgung von Abwasser oder Müll, Kinderbetreuung, Schulen, Kultureinrichtungen, öffentlicher Nahverkehr und vieles mehr. Auch in den letzten – wirtschaftlich schwierigen – Jahren ist es gelungen, diese Leistungen in unverminderter Qualität aufrechtzuerhalten. Dies war eine große Leistung, die jedoch eines ganz deutlich gezeigt hat: Die Finanzierungsbasis all dieser Leistungen – also der Finanzausgleich – braucht dringend eine umfassende Reform. Der Österreichische Städtebund tritt für eine grundlegende Reform des Finanzausgleichs ein. Die tatsächlichen Aufgaben sollten Maßstab sein und nicht wie bisher die Zahl der festen Wohnsitze. Der Städtebund argumentiert hier seit Jahren für diese Modernisierung. Wir sind der festen Überzeugung, dass nur mit einem neuen System, Städte dauerhaft als Zentren mit hoher Qualität in allen Lebensbereichen reüssieren können. Modernisieren wir daher dieses System, sichern wir eine wirtschaftliche Basis ab, die das erhält, was wir alle so schätzen: Österreichs Städte als moderne Plätze zum Leben und Arbeiten.



Bürgermeister Dr. Michael Häupl  
Präsident des Österreichischen Städtebundes

**IMPRESSUM:** ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 7/8/2014 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, [www.staedtebund.gv.at](http://www.staedtebund.gv.at), [oegz@staedtebund.gv.at](mailto:oegz@staedtebund.gv.at), Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr.<sup>in</sup> Gabriele Ambros, Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Mag.<sup>a</sup> Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135 • Redaktion: Mag. Roland Preiss, Grafische Gestaltung: Martin Hampejs, Lektorat: Mag. Bernhard Plos, Fotoredaktion: Markus Wache • Reproduktion: Repromedia Druckges. m. b. H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2014: 10 Ausgaben • Cover: Markus Wache, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, [s.kovacs@schmid-verlag.at](mailto:s.kovacs@schmid-verlag.at), Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

## FRAUEN AN DIE/DER MACHT – BÜRGERMEISTERINNENTREFFEN IN WIEN

Über die Parteigrenzen hinweg reisten die Bürgermeisterinnen aus den unterschiedlichen Regionen Österreichs nach Wien an. Auf Einladung der Stadt Wien und des Österreichischen Städtebundes trafen sie sich von 18. bis 21. Mai Bürgermeisterinnen aus ganz Österreich zur Vernetzung und zum Austausch. Dieses Treffen fand bereits zum achten Mal statt, immer an einem anderen Ort, im letzten Jahr war Dellach im Gailtal Veranstaltungsort.

Im Vergleich zur nationalen Ebene, wo zwar auch momentan nur 4 der 14 BundesministerInnen Frauen sind (29%) – der Anteil lag schon bei fast 44% im Jahr 2007/08 – sieht es auf der kommunalen Ebene noch sehr viel trister aus mit dem Frauenanteil im höchsten Amt: nur 5,6% Bürgermeisterinnen gibt es in Österreich. Zum Vergleich: in Schweden sind es 31% Frauen, die dieses Amt bekleiden. Umso mehr gilt es unter den Bürgermeisterinnen Netzwerke zu knüpfen und bestehende Kontakte zu vertiefen. Dafür bot das Treffen in Wien ausreichend Gelegenheit. Bei einem Tag im Wiener Rathaus fand auch ein Austausch mit Vertreterinnen aus Wiens Kommunalpolitik statt: Die Bürgermeisterinnen trafen Vizebürgermeisterin Mag.<sup>a</sup> Renate Brauner, die für Frauenpolitik zuständige Stadträtin Sandra Frauenberger und Gemeinderätin Anica Matzka-Dojder.

Im Rahmen von Workshops wurde ihnen die Magistratsabteilung 57 – die Frauenabteilung der Stadt Wien – von der Leiterin Dr.<sup>in</sup> Marion Gebhart vorgestellt. Frau Mag.<sup>a</sup> Christina Aigner gab einen kurzen Überblick über den Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes und dessen Aktivitäten. Eine Rathausführung, die Frauen und deren Wirken in der Stadt Wien sichtbar macht, rundete den Tag im Wiener Rathaus ab.

Den nach Wien angereisten Bürgermeisterinnen wurde aber auch sonst einiges an Abwechslung geboten: vom Besuch des „bahnorama“ am neuen Wiener Hauptbahnhof über die Blumengärten Hirschstetten, die Hauptfeuerwache, die U-Bahnleitstelle bis hin zum Naschmarkt reichte das reichhaltige Programm.



Vizebürgermeisterin Mag.<sup>a</sup> Renate Brauner empfing die österreichischen Bürgermeisterinnen im Wiener Rathaus.



## STÄDTEBUND ERWEITERT WIRKUNGSBEREICH

Das Thema Mobilität in und um unsere Städte nimmt an Bedeutung immer mehr zu. Im Bestreben, die nationalen Diskussionsprozesse noch besser aktiv mitzugestalten, ist der Österreichische Städtebund zwei etablierten Netzwerken beigetreten: Der Österreichischen Gesellschaft für Straße und Verkehrswesen (GSV) und der Österreichischen Forschungsgesellschaft für Straße, Schiene und Verkehr (FSV).

Die GSV veranstaltet regelmäßig Tagungen und Informationsabende zu aktuellen Themen im Verkehrsbereich, veröffentlicht das „Jahrbuch Mobilität“ und hat mit dem „Factsheet Straße“ eine neue Reihe eröffnet, in der demnächst Schiene, Wasserstraßen und Luftfahrt folgen werden. Nähere Informationen unter [www.gsv.co.at](http://www.gsv.co.at). Die FSV ist den Stadt- und VerkehrsplanerInnen seit jeher ein Begriff: Neben wissenschaftlicher und Veranstaltungstätigkeit erarbeitet die Forschungsgesellschaft Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen (RVS) sowie das Eisenbahnwesen (RVE). 2014 wurden u.a. die Neuerungen in der Straßenverkehrsordnung betreffend Radverkehr und Begegnungszonen von den Fachleuten bearbeitet. Unter [www.fsv.at](http://www.fsv.at) finden Sie weitere Informationen.

## BRUCK AN DER MUR: NEUSTART FÜR STADTMARKETING

Bereits seit längerer Zeit wird in Bruck an der Mur an der Neustrukturierung des Stadtmarketings und der Werbegemeinschaft Handelsstadt Bruck gearbeitet. Der Stadt soll ein unverwechselbares Profil verliehen werden. Nun ist es soweit: der bisherige Obmann der Werbegemeinschaft, Bruno Rabl, zieht sich mit sofortiger Wirkung aus diesem Gremium zurück. Vorerst übernimmt Citymanager Andreas Steininger, unterstützt von Teilen des bisherigen Vorstandes, interimistisch die Obmannschaft. Als seine Stellvertreterin fungiert Doris Pust, als Kassier Kulturhaus-Geschäftsführer Erich Weber und als Schriftführer McDonalds-Chef Andreas Gamsjäger.

## GUNTRAMSDORF ALS ERSTE GEMEINDE MIT ÖSTERREICHISCHEM PR-GÜTEZEICHEN AUSGEZEICHNET

Mit dem Österreichischen PR-Gütezeichen wurde von PR Quality Austria und dem Public Relations Verband Austria (PRVA) eine strenge Qualitätszertifizierung für die Kommunikationsbranche entwickelt. Neben PR-Agenturen können sich seit März 2014 auch PR-Abteilungen von Unternehmen, Vereinen und Institutionen zertifizieren lassen. Die niederösterreichische Marktgemeinde Guntramsdorf ist nun Vorreiter in Österreich und erhält als erste heimische Gemeindeverwaltung das PR-Gütezeichen, das hohe Qualitätsstandards im Bereich der gesamten Öffentlichkeitsarbeit voraussetzt.

Mit dem Österreichischen PR-Gütezeichen gibt es eine strenge Qualitätszertifizierung für die heimische Kommunikationsbranche. Grundlagen für die Verleihung des Gütezeichens sind, neben der Einhaltung strenger Ehrenkodizes, hohe Qualitätsstandards und klar definierte Prozesse in der praktischen Umsetzung von Kommunikations- und Informationsaufgaben. Neben PR-Agenturen und Kommunikationsabteilungen von Unternehmen sind seit Kurzem auch Vereine und öffentliche Einrichtungen zur Zertifizierung durch unabhängige Auditoren zugelassen.

Die niederösterreichische Marktgemeinde Guntramsdorf ist hier Vorreiterin und die erste öffentliche Verwaltungseinheit, deren Kommunikationsabteilung nun erfolgreich qualitätszertifiziert und mit dem PR-Gütezeichen ausgezeichnet wurde.

Für den Guntramsdorfer Bürgermeister, Ing. Karl Schuster, ist die erfolgreiche Zertifizierung ein Beleg dafür, dass moderne Kommunikationsarbeit von öffentlichen Einrichtungen den Vergleich mit der Privatwirtschaft nicht scheuen muss: „Die Auszeichnung ist ein tolles Signal für unsere Gemeindeverwaltung. Sie belegt, dass es sich lohnt, in die Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu investieren, beste Qualität anzustreben und Arbeitsprozesse auch im Bereich der Informations- und Kommunikationsarbeit genau zu definieren. Als Bürgermeister ist es mir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ein großes Anliegen, eine moderne, transparente und leistungsorientierte Verwaltung zu bieten. Das PR-Gütezeichen belegt, dass uns das auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit hervorragend gelungen ist.“

Auch der Leiter der Kommunikationsabteilung und Pressestelle des Bürgermeisters, Alexander Handschuh, MSc, unter-

streicht die Bedeutung des Gütezeichens für die PR-Arbeit und für seine Abteilung:

„Das PR-Gütezeichen ist eine tolle Bestätigung für die geleistete Arbeit. Man bekommt bei den Audits professionelles Feedback von externen ExpertInnen. Das hilft mitunter auch gegen die eigene Betriebsblindheit und führt zu kontinuierlicher Verbesserung. Mir ist es auch ein Anliegen, andere Gemeinden und Städte zu motivieren, ihre Kommunikationsarbeit mit dieser Zertifizierung zu evaluieren. So können wir gemeinsam dafür sorgen, dass die öffentliche Verwaltung in ihrer Außenwirkung positiver wahrgenommen wird!“

Susanne Senft, Vorsitzende der Zertifizierungsstelle PR Quality Austria, sieht Guntramsdorf ebenfalls als Vorbild für andere Städte und Gemeinden: „Die Marktgemeinde Guntramsdorf hat Vorbildwirkung für andere Städte und Gemeinden. Die Vorbereitungen zur Zertifizierung steigern die Effizienz und die Prozessqualität jeder Kommunikationsabteilung. Zudem vereinfacht die Zertifizierung die Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit externen qualitätszertifizierten Dienstleistern, da Arbeitsprozesse und Qualitätsanspruch dann aufeinander abgestimmt sind.“

### INFOS:

<http://www.prquality.at>

<http://bit.ly/T6pX20>



V.l.n.r.: Alexander Handschuh (Kommunikationsleiter Marktgemeinde Guntramsdorf), Susanne Senft (Vorsitzende PR Quality Austria) und Karl Schuster (Bürgermeister Marktgemeinde Guntramsdorf) bei der Verleihung des Österreichischen PR-Gütezeichens an die Kommunikationsabteilung der Marktgemeinde Guntramsdorf (NÖ/Bezirk Mödling).

## STADTGEMEINDE HARTBERG FÖRDERT FAHRRADANHÄNGER, LASTENRÄDER UND RADABSTELLANLAGEN

Mit einer neuen besonders attraktiven Förderung von bis zu 500 Euro für die Anschaffung von Fahrradanhängern oder Lastenräder und einer Förderung von bis zu 300 Euro für Radabstellanlagen unterstützt die Stadtgemeinde das Alltagsradeln in Hartberg. 94% aller Einkäufe könnten folglich einer Studie von AR-GUS mit dem Fahrrad ohne großen Komfortverlust durchgeführt werden.

Die Stadtgemeinde Hartberg hat sich zum Ziel gesetzt, in Sachen Umwelt- und Klimaschutz eine Vorreiterrolle einzunehmen und verfolgt dieses Ziel seit Jahren konsequent. Mit den aktuellen Projekten „Klima- und Energie-Modellregion Kleinregion Hartberg“, „Smart City Hartberg“ und der Mitgliedschaft beim Klimabündnis ist der Stadt eine Verlagerung des Mobilitätsverhaltens hin zu nicht-fossilbetriebenen Formen wichtig.

Mit diesen neuen Förderungen sollen Alltagsfahrten vermehrt mit dem Fahrrad anstatt mit dem Auto durchgeführt werden. Besonders der Transport von Einkäufen oder Servicefahrten für Kinder (in die Schule/Kindergarten/Sport) können vom Auto auf ein Transportrad oder einen Radanhänger verlagert werden. So werden Kurzstrecken-Autofahrten ersetzt und CO<sub>2</sub>-Emissionen reduziert. Für die Anschaffung eines Lastenfahrrades oder Fahrradanhängers wird eine Förderung von 50% bis max. 500 Euro für den Kauf gewährt. Anspruchsberechtigte sind BürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Hartberg sowie Betriebe, Vereine und Organisationen.

Weiters wird die Errichtung von überdachten und nicht überdachten Radabstellanlagen, welche den Qualitätskriterien des Landes Steiermark entsprechen, gefördert. Gefördert werden 25% der Netto-Investitionskosten, jedoch max. 70 Euro für freie Anlagen und max. 300 Euro für überdachte Anlagen. Anspruchsberechtigt sind Gebäude- und GrundstückseigentümerInnen, Betriebe, Vereine, etc. mit Sitz/Filiale in Hartberg. Zudem gibt es noch wei-



V.l.n.r.: Anton Schuller, Ewald Holzer (Bike Total), Karl Pack (Bürgermeister), Hans Rieger, Thomas Bierbauer (Intersport).

tere Förderungen von Bund und Land: Das Land Steiermark fördert mit 30% freie Abstellanlagen mit bis zu 50 Euro pro Stellplatz und überdachte mit bis zu 700 Euro pro Stellplatz. Das BMLFUW fördert im aktuellen Programm „Sanierung Fahrradparken“ mit bis zu 200 Euro je überdachtem Abstellplatz. Die neuen Förderungen wurden gemeinsam mit den lokalen Radhändlern in Hartberg sowie den Firmen Bike Total und Intersport vorgestellt. Fahrradanhänger können bei diesen Unternehmen gekauft werden – die Antragsformulare liegen dort auf.

### INFOS:

Stadtgemeinde Hartberg, Referat für Umwelt und Energie,  
[www.umwelt.hartberg.at](http://www.umwelt.hartberg.at), [umwelt@hartberg.at](mailto:umwelt@hartberg.at)

Anton Schuller, Stadtgemeinde Hartberg, Referat Umwelt und Energie,  
[anton.schuller@hartberg.at](mailto:anton.schuller@hartberg.at), 03332/ 603-175 oder 0664/ 886 586 28



## SCHULUNG FÜR IT-FACHKRÄFTE IN MATTERSBURG

45 bei Gemeinden arbeitende IT-Fachkräfte aus Mitgliedstädten des österreichischen Städtebundes kamen nach Mattersburg zur Fachgruppentagung. Organisiert wurde die Veranstaltung in der Bauermühle von der Landesgruppe Burgenland. „Gerade der IT-Bereich wird in der Stadtverwaltung immer wichtiger. Darum sind wir froh, diese Tagung bei uns in Mattersburg veranstalten zu können“, so die Vorsitzende des Städtebundes Burgenland, Bgm. Ingrid Salamon.

V.l.n.r.: Mag. Roman Breitfuß (Ausschusspräsidiumsmitglied), DI Manfred Wundara (Ausschussvorsitzender), Bgm. Ingrid Salamon (Obfrau LG Burgenland), DI Norbert Weidinger (Ausschusspräsidiumsmitglied), Amtsleiter Karl Aufner (Landesgeschäftsführer).

## DORNBIRN AUF DEM WEG ZUR ENERGIEAUTONOMIE

Stadtrat fasst Beschluss, noch mehr Heizwärme CO<sub>2</sub>-neutral bereitzustellen und nachhaltig 10% der Stromkosten zu senken.

Als e5-Gemeinde engagiert sich die Stadt bereits seit mehreren Jahren im Bereich Energieeffizienz. Neben dem laufend aktualisierten Umweltprogramm wurde im vergangenen Jahr erstmals auch eine Energiestrategie entwickelt. Vom Stadtrat wurde im Rahmen der jüngsten Sitzung ein Beschluss gefasst, bis zum Jahr 2020 rund 85% der in städtischen Gebäuden benötigten Heizenergie aus erneuerbaren Energiequellen zu gewinnen. Derzeit sind es immerhin 60%. Weiters wurde beschlossen, in den kommenden sechs Jahren den Strombedarf der Stadt um 10% zu senken. Erreicht werden sollen diese Ziele mit konkreten Maßnahmen, die bereits in Planung sind und bis zum Jahr 2020 umgesetzt werden sollen.

Dornbirn war die erste Stadt Vorarlbergs, die im e5-Programm die höchste Auszeichnung, das fünfte „e“ erreichen konnte. Die Grundlage dafür ist das Umweltprogramm der Stadt, das seit mehreren Jahren konsequent in vielen verschiedenen Einzelmaßnahmen umgesetzt wird. Aufbauend auf die Energiestrategie des Landes wurde in den vergangenen zwei Jahren auch ein Energieprogramm für Dornbirn entwickelt, das ebenfalls laufend und konsequent umgesetzt wird. Dem jüngsten Beschluss des Stadtrates liegen konkrete Projekte wie beispielsweise ein Anschluss der geplanten neuen Volksschule Edlach an ein Biomasse-Heizwerk zugrunde.

*„Die Stadt Dornbirn hat gerade im Umwelt- und Energiebereich eine Vorbildfunktion für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Unternehmen, die sich in den vergangenen Jahren selbst im Umweltschutz und bei der Energieeffizienz engagiert haben. Das Dornbirner Energieprogramm wurde unter diesen Gesichtspunkten entwickelt und erstellt. Mit dem Stadtratbeschluss bekennen wir uns dazu, diesen Weg konsequent weiterzugehen.“*

Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann

Die Potentiale für noch mehr Energieeffizienz wurden im Energieprogramm 2013–2020 erhoben. Aus diesem Programm wurden konkrete Handlungsfelder und Maßnahmen für die Umsetzung entwickelt. Diese werden jährlich überprüft, adaptiert und – das ist der Kern des gesamten Konzepts – auch konsequent umgesetzt. Städten und Gemeinden kommt eine wichtige Rolle als Vermittler, Umsetzer und Vorbild zu. Die Betroffenheit vieler Lebensbereiche macht auch die Bedeutung der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger deutlich. Dafür ist die kommunale Ebene besonders gut geeignet.

Eine Reduktion von 10% des Strombedarfes bis 2020 kann als realistisch betrachtet werden. Eine Erfolgskontrolle wird jährlich im Rahmen des Energieberichts durchgeführt, indem der jeweils aktuelle Jahresverbrauch mit dem Referenzjahr 2013 verglichen wird.

## Die neue Dimension der Textilhygiene: holluQUID!



holluQUID – ein vollautomatisches Flüssigwaschsystem für saubere und hygienisch reine Wäsche.

Die Wäsche zu jeder Zeit voll im Griff, erstklassige Reinigungsergebnisse und Effizienz wie nie zuvor! Mit seiner neuesten Entwicklung eröffnet Hygienespezialist hollu eine völlig neue Dimension der Textilreinigung und -pflege: **holluQUID** – perfekt für öffentliche Einrichtungen, wo höchste Anforderungen in puncto Hygiene, Qualität und Wirtschaftlichkeit gestellt werden.

**holluQUID** ist ein vollautomatisches Flüssigwaschsystem, das effiziente Reinigungs- und Pflegekomponenten zur Textilhygiene mit nachhaltiger Dosiertechnik kombiniert – für gleichbleibend hohe und Textilien schonende Waschqualität. „Als professioneller Hygienepartner streben wir immer nach innovativen ganzheitlichen Reinigungslösungen mit System, die sich auf die individuellen Bedürfnisse unserer Kunden vor Ort anpassen lassen und deren Reinigungsalltag erheblich erleichtern“, erläutert Geschäftsführer Simon Meinschad die Gründe für den anhaltenden Innovationsgeist des Marktführers hollu. Auch **holluQUID** – in der hauseigenen Forschung & Entwicklung am Standort Zirl entwickelt – resultiert aus dieser konsequenten Orientierung am Kunden und garantiert wertvolle Vorteile wie Effizienz, Flexibilität, Ökologie, Sicherheit und Zuverlässigkeit.

### Flecken waren gestern, jetzt ist holluQUID!

„Mit den **holluQUID** Hygienekomponenten sind optimale Reinigungsergebnisse garantiert, die Desinfektionskomponenten zur effektiven Desinfektion verschiedenster Gewebearten sind zur VAH-Zertifizierung vorgesehen“, betont Meinschad. Die ausgereifte Dosiertechnik gewährleistet zudem eine einfache und sichere Anwendung. Weitere hochmoderne Technikkomponenten zur Datenauswertung und laufenden Qualitätskontrolle machen den gesamten Textilhygiene-Prozess transparent und wirtschaftlich. „Komplettiert wird der ganzheitliche hollu Systemgedanke durch die optimale Hilfestellung im Reinigungsalltag. So stehen unser Kundendienst sowie unsere Textilhygiene-Spezialistinnen immer mit Rat und Tat zur Seite. Kurzum: Flecken waren gestern. Die Zukunft der Textilhygiene heißt **holluQUID**“, schließt Meinschad nicht ohne Stolz. Interessiert? Am besten gleich das Video ansehen auf [www.hollu.com](http://www.hollu.com).



DI (FH) Andreas Marksteiner, Abteilungsleiter der hollu Anwendungstechnik: „Bei **holluQUID** handelt es sich um eine innovative ganzheitliche Systemlösung für die Textilhygiene, die sich perfekt an die Gegebenheiten vor Ort anpassen lässt: Durch die Kombination aus hochwertigem Flüssigwaschsystem, gezielten Anwenderschulungen sowie detaillierten Hygieneanalysen und individuellen Hygieneplänen für den Anwender werden die Textilwaschprozesse erheblich vereinfacht. Zudem ist maximale Sicherheit in der Anwendung garantiert.“

### Mehr Informationen:

hollu –  
Julius Holluschek GmbH  
Salzstraße 6, 6170 Zirl, Telefon: 0800 100 76 10  
[www.hollu.com](http://www.hollu.com)



## ACCESS CITY AWARD 2015

Alle Städte der EU sind eingeladen, an der fünften Auflage des Access City Award, der Auszeichnung für Bemühungen zur Verbesserung der Barrierefreiheit in Städten, teilzunehmen. Abermals fordert die Europäische Kommission Städte mit über 50.000 EinwohnerInnen in allen Mitgliedstaaten dazu auf, Aktivitäten und Strategien vorzustellen, die ihre Städte barrierefrei und lebenswerter für alle machen sollen. EU-Städte erhalten so die Möglichkeit, ihre Projekte und Pläne für Barrierefreiheit vorzustellen und weiterzuempfehlen.

Das Auswahlverfahren erfolgt in zwei Phasen: zunächst auf nationaler Ebene und anschließend auf europäischer Ebene.

### INFOS:

Einsendeschluss für Bewerbungen: 10. September 2014, Mitternacht (Brüsseler Zeit)

[http://ec.europa.eu/justice/events/access-city-award-2015/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/justice/events/access-city-award-2015/index_de.htm)

## VILLACHS LANGZEIT-BÜRGERMEISTER MANZENREITER TRITT AB

Der Villacher SPÖ-Bürgermeister Helmut Manzenreiter verlässt die politische Bühne. Der 68-Jährige ist seit 1987 Bürgermeister der zweitgrößten Stadt Kärntens; bei der Kommunalwahl in einem Jahr tritt er nicht mehr an, den Parteivorsitz gibt er ab. Das gab Manzenreiter vor Kurzem bekannt. Vzbgm. Günther Albel wird Stadtparteiobmann und Bürgermeisterkandidat.

Der am 10. Juli 1946 in Knittelfeld geborene Manzenreiter stieg 1979 als Gemeinderat in die Kommunalpolitik ein, ab 1984 war der gelernte Lokführer Stadtrat für Finanzen und Umweltschutz. Drei Jahre später beerbte er Leopold Hrazdil als Stadtchef und regierte 22 Jahre lang – bis zur Wahl 2009 –

mit absoluter Mehrheit im Gemeinderat. Als seine Partei in Villach 2009 von 58,4 auf 44,6 Prozent der Stimmen absackte, machte er selbst bei der Bürgermeister-Direktwahl noch 56,9 Prozent. Im Rathaus regiert er seither in einer Koalition mit den Villacher Freiheitlichen. Landeshauptmann Peter Kaiser würdigte die Verdienste Manzenreiters, der „mit aufrichtiger sozialdemokratischer Politik Villach zu einer modernen, weltoffenen Stadt“ gemacht habe. Er sei ein Politiker, dessen Stimme nicht nur innerhalb der SPÖ und in Villach, sondern auch in Kärnten Gewicht habe. Für seinen Entschluss gebühre ihm Respekt.

(APA)



## FACHKONFERENZ FÜR FUSSGÄNGERINNEN 2014

Am 16. und 17. Oktober 2014 findet wieder eine FußgängerInnen-Fachkonferenz statt. Das diesmalige Motto lautet: „Zu Fuß nachhaltig & aktiv mobil – Bewegung & Begegnung“. Interessierte nehmen an Vorträgen, Workshops, Walk-Shops und Speed-Dating-Projekten teil.

INFOS: [www.walk-space.at](http://www.walk-space.at)

## 15 JAHRE BÜRGERMEISTERIN INGRID SALAMON



*„Ich bin in die Politik gegangen, weil ich etwas bewegen wollte“, erklärt Salamon. In ihrer bisherigen Amtszeit hat sich auch viel in der Stadt bewegt: die Infrastruktur wurde ausgebaut, die Bevölkerungszahl ist gewachsen (derzeit 7.160 Hauptwohnsitze), leistbare Wohn- und Baumöglichkeiten wurden geschaffen.“*

*Bürgermeisterin Ingrid Salamon*

Im Juni 2014 feierte Bürgermeisterin Ingrid Salamon ihr 15-jähriges Jubiläum als Bürgermeisterin von Mattersburg. Insgesamt wurde sie viermal gewählt. Politisch aktiv ist Ingrid Salamon seit 1987, seit dem Jahr 2010 ist sie auch burgenländische Landtagsabgeordnete.

### Sozialzentrum und Fußballakademie

Auf dem baulichen Sektor waren der Bau des Sozialzentrums Villa Martini und der Fußballakademie sowie die Generalsanierung der Bauermühle die Höhepunkte. Dazu kommen die vielen Schulbauten und Sanierungen sowie der Bau des Bewegungskindergartens in der Mühlgasse. Auch als Wirtschaftsstandort ist Mattersburg gut positioniert. Mit der Einführung der Wirtschaftsförderung setzte Bürgermeisterin Ingrid Salamon auch in diesem Bereich Akzente.

### Soziale Komponente immer im Vordergrund

Für Ingrid Salamon steht der soziale Aspekt immer im Mittelpunkt: sie geht auf die Menschen zu, nimmt deren Probleme und Sorgen ernst. Sie ist eine Bürgermeisterin zum Anfassen, eine, die den Kontakt mit den Menschen sucht. In ihrer Ära wurden auch Feste wie der Musiksommer, das Weinlesefest, die italienischen Tage sowie der Bauernmarkt installiert. „Mattersburg hat sich als soziale Wohlfühlstadt mit einem breiten Freizeitangebot etabliert. Darauf bin ich auch ein bisschen stolz.“

Ihr größter Zukunftswunsch: „Gesund bleiben und noch ein paar Jahre erfolgreich für die Stadt arbeiten können.“

### INFOS:

Mag. Martin Hollweck (0664/ 36 17 682)

E-Mail: [presse@mattersburg.bgld.gv.at](mailto:presse@mattersburg.bgld.gv.at)

## PRAG: TREFFEN MITTELEUROPÄISCHER MAGISTRATSDIREKTORINNEN

Sicherheitsfragen und kommunales Krisenmanagement bildeten den Schwerpunkt bei der heurigen Tagung mitteleuropäischer MagistratsdirektorInnen, die diese Woche – nach Ljubljana und Wien in den vorangegangenen Jahren – in Prag stattfand. Wiens Magistratsdirektor Erich Hechtner (im Bild) und seine AmtskollegInnen Rastislav Gajarsky (Bratislava), Sárádi Kálmánné (Budapest), Jozka Hegler (Ljubljana) und Radovan Kostál (Prag) diskutierten bei dem zweitägigen Treffen unter anderem Fragen des Hochwasserschutzes und der Energieversorgung. Mit kommunalem Krisenmanagement wird sich heuer im Herbst auch eine – noch weitere Städte einbeziehende – internationale Konferenz in Wien beschäftigen. Seit 2005 treffen die MagistratsdirektorInnen der Stadtverwaltungen der fünf mitteleuropäischen Hauptstädte Bratislava, Budapest, Ljubljana, Wien und Prag in regelmäßigen Abständen zusammen. Zweck der Veranstaltungen ist es, Erfahrungen auszutauschen, Kooperationen auf administrativer Ebene zu beraten und gemeinsame Positionen zur Vertretung städtischer Interessen innerhalb der Europäischen Union zu erarbeiten.



Schaub-Walzer/PID

## PROFESSOR SIEGFRIED NASKO ERHIELT ÖSTERREICHISCHES EHRENKREUZ

Hofrat Prof. Dr. Siegfried Nasko, Historiker, Buchautor, Kurator, Kommunal- und Landespolitiker sowie jahrelanger Kulturchef und PR-Mann der Landeshauptstadt St. Pölten bekam am 11. Juni im Kongress-Saal des Bundeskanzleramtes aus den Händen von Bundesminister Josef Ostermayer das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst verliehen. Die Laudatio hielt kein geringerer als Naskos langjähriger Mitarbeiter und Weggefährte und nunmehrige Bürgermeister der Landeshauptstadt St. Pölten Bgm. Matthias Stadler.

Nasko, der ursprünglich den Beruf eines Bäckers erlernte, studierte Geschichte und Germanistik und veröffentlichte mehr als 100 wissenschaftliche Artikel, Abhandlungen und Publikationen. Der St. Pöltner ist nicht nur ein profunder Kenner der österreichischen Geschichte des 18., 19. und 20. Jahrhunderts, er gilt auch als *der* Experte für Karl Renner, den zweimaligen österreichischen Staatsgründer und führenden Sozialdemokraten. Viele Initiativen und Weiterentwicklungen in der Landeshauptstadt, so im Bereich der Kultur-



und Jugendpolitik, aber auch im Tourismus und bei den internationalen Kontakten, gehen auf die Arbeit und das Wirken von Siegfried Nasko zurück. Zu nennen wären beispielsweise das Netzwerk Europäischer Mittelstädte, die Städtepartnerschaften, der Kulturaustausch, die breit angelegte Jugendkultur der Stadt, der St. Pöltner Jugendpreis „Youngsters of Arts“, der Schüler- und Studentenaustausch, das Jugendzentrum Steppenwolf sowie unzählige Initiativen im Tourismus.

Im Frühjahr 2004 trat Nasko als Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Inter-

nationale Kontakte und Tourismus des Magistrates der NÖ Landeshauptstadt in den Ruhestand. Er blieb aber bis heute in vielen kultur- und bildungspolitischen Gremien in unterschiedlichsten Funktionen in der Stadt, aber auch im Bundesland Niederösterreich aktiv. Nach wie vor ist Nasko wissenschaftlicher Leiter des Renner Museums in Gloggnitz und Präsidiumschef des Europa-Balletts in St. Pölten. Sein besonders Engagement gilt der „Tibethilfe Niederösterreich - Tashi Jong“, deren Obmann und Gründer Nasko ist. (APA)



## MEDIGAMES: ABSCHLUSSFEIER MIT IRISCHER VORSCHAU

Limerick heißt nicht nur ein kurzes, zumeist witziges Gedicht, sondern auch der Austragungsort der 36. Sportweltspele der Medizin und Gesundheit (Medigames) im Jahr 2015. Aus diesem Grund vermittelte die Abschlussfeier der aktuellen 35. Medigames am Minoritenplatz auch jede Menge bildhafte und musikalische Eindrücke von der knapp 60.000 Einwohnerinnen und Einwohner zählenden Stadt im Südwesten der Republik Irland. Aber auch ein Rückblick auf die abgelaufene Medigames-Woche in Wels durfte natürlich nicht fehlen. „Ich hoffe, dass Sie sich bei uns wohlfühlt haben und viele positive Eindrücke von Wels, Oberösterreich und Österreich mit nach Hause nehmen“, betonte Bürgermeister Dr. Peter Koits in Richtung der

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Medigames. Besonders bedankte er sich bei den zahlreichen Helferinnen und Helfern insbesondere aus den Sportvereinen. „Sie alle haben für einen möglichst reibungslosen Ablauf der Spiele und des Rahmenprogramms gesorgt. Die Stadt Wels hat damit einmal mehr gezeigt, dass sie derartige Großveranstaltungen gut über die Bühne bringen kann“, erklärte Dr. Koits, der sich zudem einmal mehr begeistert vom internationalen Flair der 35. Sportweltspele der Medizin und Gesundheit zeigte. „In Zukunft sollten wir darauf Wert legen, derartige Veranstaltungen verstärkt in unsere Stadt zu holen“, so der Welser Bürgermeister abschließend.

**INFOS:** [www.medigames.com](http://www.medigames.com)

## MATTHIAS STADLER ERHÄLT SILBERNES EHRENZEICHEN

Zum traditionellen „Sommerabend in Rot“ lud der SPÖ-GVV-NÖ heuer am 2. Juli BürgermeisterInnen und GemeindevorstandInnen zu einem Come-together an den Viehofener See in Sankt Pölten ein. Die rund 250 Gäste hatten dabei die Möglichkeit mit den SPÖ-Mitgliedern der nö. Landesregierung, LH-Stv.<sup>in</sup> Karin Renner und LR Maurice Androsch, so wie mit dem Landesparteivorsitzenden Bgm. Matthias Stadler in lockerer Atmosphäre zu plaudern.

Dabei wurde Matthias Stadler Zielobjekt einer gelungenen Überraschung: Anlässlich seines 10-jährigen Jubiläums als Stadtchef von Sankt Pölten gab sich beim Sommerfest auch Bundeskanzler Werner Faymann die Ehre – und überreichte Stadler für seine Verdienste im Namen des Bundespräsidenten das Große Sil-



V.l.n.r.: Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, BM Matthias Stadler, Bundeskanzler Werner Faymann, LH Stv.<sup>in</sup> Karin Renner und GVV-Präsident LAbg. Rupert Dworak.

berne Ehrenzeichen der Republik Österreich. GVV-Präsident LAbg. Rupert Dworak, der den Überraschungsbesuch des Kanzlers zu Ehren von Matthias Stadler eingefädelt hatte, konnte sich auch über die Anwesenheit von BM Gabriele Heinisch-Hosek, Klubobmann Alf-

redo Rosemaier, NR Anton Heinzl, LGF Robert Laimer, AKNÖ-Präs. Markus Wieser, BR Rene Pfister, Wiener Städtische-Direktor Paul Ambrosi, AMS-Chef Karl Fakler und die GVV-Ehrenpräsidenten Anton Koczur und Bernd Vögerler freuen.

Wir sind  wo Sie uns brauchen.



Über 200.000 Gemeindebedienstete Österreichs in über 200 Berufsgruppen sind 365 Tage im Jahr da, wo Sie sie brauchen.

## Die Gemeindebediensteten.

[www.wirsindda.at](http://www.wirsindda.at)

[www.staedtebund.gv.at](http://www.staedtebund.gv.at)



Eine Initiative der GdG-KMSfB

BEZAHLTE ANZEIGE

# STÄDTETAG 2014

## Auftakt zum 64. Städtetag in Graz

Die tragischen Berichte der Hochwasser-Situation in Südost-Europa begleiteten den 64. Österreichischen Städtetag, der von 4. bis 6. Juni 2014 in Graz stattfand. Rund 900 Delegierte, BürgermeisterInnen, Stadt- und Gemeinderäte, GemeindevertreterInnen und internationale Gäste berieten sich über kommunale Themen.

Unter dem Motto „Städte neu denken - Finanzen, Bildung, Soziales“ stand der diesjährige Städtetag ganz im Zeichen der Finanzierung der kommunalen Leistungen vor den beginnenden Verhandlungen über einen neuen Finanzausgleich (FAG).



Der Grazer  
Bürgermeister  
Siegfried Nagl  
bei der Eröffnung.

Ein weiteres Schwerpunktthema war das Thema „leistbares Wohnen“. Rund 900 Gäste aus dem In- und Ausland kamen zur traditionellen Generalversammlung des Österreichischen Städtebundes nach Graz. In seiner Begrüßungsrede betonte der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl die besondere Verantwortung der Bürger-

meisterinnen und Bürgermeister: „Wir dürfen nicht in den Kanon der Negativbeschwörungen einstimmen, sondern müssen das Vertrauen der Menschen stärken“, so Nagl. Er hob drei Herausforderungen für die Städte hervor: die Förderung von Bildung und Innovation, das friedliche Zusammenleben in Städten sowie Mobilität und Wohnen – diese Bereiche seien entscheidend dafür, „wie wir in Zukunft leben werden“, so Nagl.

### Top-Qualität der Dienstleistungen

„Städte sind Motoren der gesamten österreichischen Wirtschaft. Ihre Investitionen tragen wesentlich zum Wirtschaftsaufschwung bei, weil sie vor allem Klein- und Mittelunternehmen zugute kommen“, betonte Städtebund-Präsident Michael Häupl: „Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den kommunalen Dienstleistungen ist sehr hoch: das belegt auch die aktuelle Studie ‚Städtebarometer 2014‘ eindrücklich. Die aktuelle Belastung der Bevölkerung durch Wohnkosten ist immens hoch. 95 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass es wichtig ist, dass es öffentlich geförderten Wohnbau gibt“, so Häupl. ►►►



Hochkarätiger Besuch: Unter anderen Bundeskanzler Werner Faymann, Städtebund-Präsident und Bürgermeister Michael Häupl sowie der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl, und der US-Politikwissenschaftler Benjamin R. Barber.



Der Gospel & Jazz Chor sorgte gemeinsam mit der Burkhard-Frauenlob-Band für einen gelungenen musikalischen Auftakt.



Die klangvollen Darbietungen des steirischen Landesjugendchors Cantanima versprühten Enthusiasmus.

► Weiters ging Häupl in seiner Eröffnungsrede auf das starke Wachstum der Städte ein: bereits zwei Drittel der Menschen in Österreich lebt mittlerweile in Städten, in wenigen Jahren werden es 70 Prozent sein. Häupl: „Menschen gehen dorthin, wo es Arbeitsplätze, Ausbildung, Betreuung und Wohnbau gibt, wo die Lebensqualität hoch und die Wege kurz sind. Die künftige Herausforderung für Städte lautet: Was können wir tun, um diese Lebensqualität dauerhaft zu bieten?“ Er kündigte an, vor den im Herbst beginnenden ExpertInnengesprächen für einen neuen Finanzausgleich „eindringlich darauf aufmerksam zu machen, was Städte täglich leisten: „Österreichs Städte stellen Tag für Tag eine kommunale Infrastruktur zur Verfügung, die internationale Vorbildlich ist: Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Gesundheit, Bildung, Soziales, öffentlicher Nahverkehr, Kultur und Sport sind Leistungen im öffentlichen Interesse, die wir auf allerhöchstem Niveau erfüllen“, betonte der Städtebund-Präsident. Zusätzlich hätten Städte und Gemeinden vom Bund immer wieder zusätzliche Aufgaben übertragen bekommen, ohne diese ausreichend zu finanzieren. „Finanzaus-

gleich und Wirklichkeit kaffen weit auseinander“, kritisierte Häupl in seiner Rede: „Menschen sind keine berechenbare Einheit mehr, die an einem Ort leben, arbeiten, heiraten und im Alter gepflegt werden. Der Finanzausgleich, der sich noch immer hauptsächlich am Wohnsitz und damit an der Zahl der EinwohnerInnen bemisst, wird dieser Mobilität und Flexibilität längst nicht mehr gerecht.“

Er forderte einen neuen Finanzausgleich, der sich an den Aufgaben orientiert, und weitreichende Strukturreformen: „Anstelle von Doppelgleisigkeiten und Ko-Finanzierungen brauchen wir Transparenz, klare Aufgabenverteilungen und volle Mitbestimmung in den Bereichen, die wir mitfinanzieren und mittragen. Nur so kann das Wirrwarr an Transferleistungen entflochten werden“, so Häupl.

Häupl kritisierte das Bestreben der EU-Kommission, verstärkt in kommunale Angelegenheiten einzugreifen und „Subsidiarität eigenwillig zu definieren“: „Im EU-Beihilfenrecht wird der soziale Wohnbau auf eine klar definierte Zielgruppe von benachteiligten Bevölkerungsgruppen eingeschränkt: das ist falsch“, so Häupl, „denn wir wollen

keine Segregation, sondern soziale Durchmischung“, betonte er.

„Die Kernaufgaben der Städte müssen weiterhin finanziert werden können. Eine Kürzung der kommunalen Aufgaben hat unmittelbare negative Auswirkungen auf die soziale Balance. Wir aber sind für die soziale Balance in unseren Städten verantwortlich“, so Häupl.

#### **Bundeskanzler Faymann: Gemeinsam die Stimme erheben**

„Städte haben wichtige Lasten, aber auch wichtige Aufgaben“, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann. Er wies darauf hin, dass, während sich rechte Nationalisten in Europa treffen, es wichtig sei, dass diejenigen, die das Ohr beim Volk hätten, gemeinsam die Stimme erheben, so Faymann.

„Wir müssen gemeinsam gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise auftreten, nicht als Fleckerlteppich verschiedener Interessen“, appellierte er: „Dieses Europa hat für die Folgen der Krise teuer bezahlt; dieses Europa darf nie wieder aufs Spiel gesetzt werden“, so Bundeskanzler Werner Faymann. „Demokratie braucht Zustimmung, nicht die Verweigerung, Demokratie braucht Beteiligung





## Städtetag 2014

Städte neu denken –  
Finanzen, Bildung, Soziales



Bürgermeister Häupl ging auf das starke Wachstum der Städte ein: „Zwei Drittel der Menschen in Österreich lebt in Städten.“



## Städtetag 2014

Städte neu denken –  
Finanzen, Bildung, Soziales



Bundeskanzler Werner Faymann appellierte, an ein gemeinsames Europa zu glauben und „dieses nie wieder aufs Spiel zu setzen“.



und Engagement.“ Die Voraussetzung für die Finanzierung aller wichtigen Leistungen sei Arbeit und Beschäftigung, nur gemeinsam könne man auch auf europäischer Ebene gegen Steuerbetrug auftreten.

### Bundespräsident Heinz Fischer betonte die Rolle der Städte

Bundespräsident Heinz Fischer, der während des 64. Österreichischen Städtetages auf Staatsbesuch in Polen weilte, wurde mittels Videobotschaft zugeschaltet. Er erinnerte an die Verhandlungen, an die Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Union und den EU-Bei-

tritt im Jahr 1995. „Diese Entscheidung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass wir uns in der Wirtschaftskrise sicherer fühlen konnten, als wenn jeder einzelne für sich hätte kämpfen müssen“, so Bundespräsident Fischer. Er erwähnte, dass er im Ausland oft Komplimente über Österreichs Städte bekäme: über das kulturelle Angebot, die moderne Infrastruktur, die Leistungen der Städte. „Städte wachsen, nicht nur durch Zuwanderung, sondern auch durch wieder steigende Geburtenraten, die Zukunft ist also gesichert“, so Heinz Fischer, der abschließend alles Gute und Erfolg für den Österreichischen Städtetag wünschte. ■

Rege Teilnahme von Entscheidungsträgern am Städtetag, darunter Bundeskanzler Werner Faymann, Städtebund-Präsident und Bgm. Michael Häupl, Salzburgs Bgm. Heinz Schaden und der Bregenzer Bgm. Markus Linhart.



Bgm. Markus Linhart (Bregenz),  
Bgm. Siegfried Nagl (Graz),  
Städtebund-Präsident Michael Häupl,  
Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger.

# Aufgabenreform vor dem nächsten Finanzausgleich

Vor der feierlichen Eröffnung wiesen die Bürgermeister Häupl, Nagl und Linhart auf die besonderen Leistungen der Städte hin und debattierten ihre Finanzierbarkeit.

Österreichs Städte und Gemeinden stellen international eine vorbildliche kommunale Infrastruktur zu Verfügung und bilden das Fundament für Wohlstand und sozialen Frieden“, betonte Städtebund-Präsident Michael Häupl: „Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den kommunalen Dienstleistungen ist sehr hoch: das belegt auch die aktuelle Studie ‚Städtebarometer 2014‘ eindrücklich. Die aktuelle Belastung der Bevölkerung durch Wohnkosten ist immens hoch. 95 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass es wichtig ist, dass es öffentlich geförderten Wohnbau gibt“, so Häupl.

## Finanzen müssen reformiert werden

Österreichs Städte bieten der Bevölkerung Tag für Tag eine Vielzahl von kommunalen Dienstleistungen auf höchstem Niveau an: Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Müllentsorgung, Kindergärten,

Schulen, Kultureinrichtungen, Sport und öffentlicher Nahverkehr. Damit versorgen die Städte eine ganze Region. Trotz der Krisenjahre ist es gelungen, diese Leistungen in unverminderter Qualität aufrechtzuerhalten – doch in den letzten Jahren ist offensichtlich geworden, dass der Finanzausgleich dringend einer umfassenden Reform bedarf: Städte und Gemeinden finanzieren neben ihren eigentlichen Aufgaben auch wesentlich die soziale Versorgung in Österreich mit: Sie finanzieren etwa über Transferzahlungen die Sozialhilfe mit oder ko-finanzieren Spitäler, die hauptsächlich in der Verantwortung der Bundesländer stehen. Insgesamt 52.000 Transfers fließen zwischen Ländern und Gemeinden hin und her und machen die Finanzierung unübersichtlich und ineffektiv. Zusätzlich belasten einzelne Maßnahmen der Bundesregierung Städte und Gemeinden:

1. Die Streichung der Vorsteuer-Regelung für Städte und Gemeinden, die seit 2013

fällig ist, führt dazu, dass Kommunen bei Investitionen zurückhaltender sind.

2. Gemeindekooperationen sollen nunmehr umsatzsteuerpflichtig sein, was dazu führen könnte, dass Kooperationen, die eigentlich sparen helfen, nicht mehr eingegangen werden.

3. Die gemeindeeigenen Steuern, die in den letzten Jahren anteilig von 40 auf 20 Prozent zurückgegangen sind, müssen modernisiert, verfassungsmäßig abgesichert und dynamisiert werden. Wichtigster Schritt: Die Reform der Grundsteuer. Mittelfristig sollte gemeinsam mit dem Finanzministerium eine grundlegende Reform erarbeitet werden, wobei klar ist, dass die Grundsteuer eine kommunale Steuer bleiben muss.

Der Österreichische Städtebund tritt für eine grundlegende Reform des Finanzausgleichs (FAG) ein, der sich an den tatsächlichen Aufgaben von Stadt oder Gemeinde orientiert, anstelle der Anzahl der festen

Wohnsitze. Es muss eindeutige Zuständigkeiten zwischen den Gebietskörperschaften geben, und eine klare finanzielle Verantwortung. Zum Beispiel: Gesundheit und Pflege sind Ländersache, Kindergärten werden nur durch die Kommunen verantwortet. Nur so können die unzähligen Transferzahlungen eingedämmt werden und letztlich auch die Leistungen besser und effizienter werden.

### Ergebnisse des Städtebarometers 2014

Die Lebensqualität in der Wohngemeinde wird von der Bevölkerung als sehr hoch eingeschätzt: Fast neun von zehn Befragten (87%) gaben im Jahr 2014 an, dass ihre Wohngemeinde eine hohe Lebensqualität bietet. Das ist eines der Ergebnisse des jährlich erhobenen „Städtebarometers“ von SORA-Institute for Social Research. Weiterhin hoch ist auch die Zufriedenheit mit kommunalen Dienstleistungen:

Jeweils neun von zehn Befragten sind mit der Trinkwasserversorgung (97 Prozent), der Abwasserentsorgung (93 Prozent) und der Müllentsorgung (92 Prozent) zufrieden. Auch die Zufriedenheit mit dem Stadtbild (89 Prozent), der Gesundheitseinrichtungen (86 Prozent) den Angeboten für FußgängerInnen (87%) oder dem Radwegenetz (80%) und dem öffentlichen Verkehr (78%) sind sehr hoch.

Drei Viertel der Befragten sind außerdem mit den Sozialen Diensten, den Pflege- und den Kinderbetreuungseinrichtungen zufrieden. Vergleicht man die Zufriedenheit in kleineren und größeren Gemeinden, dann steigt beispielsweise die Zufriedenheit mit dem öffentlichen Verkehr mit zunehmender EinwohnerInnenzahl. Während etwa in den kleinen Kommunen die Zufriedenheit bei 52% liegt, steigt sie in Wien auf 95%. Auch bei den Kinderbetreuungseinrichtungen, den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sowie den Sozialen Diensten ist die Zufriedenheit der Bevölkerung in größeren Städten bzw. Gemeinden höher als in kleineren.

Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass kommunale Dienstleistungen nicht an private Anbieter ausgelagert werden sollten, auch hier führen die Trinkwasserversorgung, die Abwasserentsorgung und die Gesundheitseinrichtungen die Reihung deutlich an. Abgefragt wurde auch

der Zuzug in die Städte bzw. die Wanderungsbewegungen insgesamt. Rund vier von zehn Befragten sind erst im Laufe ihres Lebens in ihre aktuelle Wohngemeinde gezogen. Wer erst im Laufe des Lebens zugezogen ist, kommt häufig aus einer kleineren Gemeinde oder Stadt in eine größere (63%). 26% sind aus einer größeren in eine kleinere Kommune übersiedelt, 11% kommen aus dem Ausland.

### Steigende Wohnkosten in urbanen Gebieten

Ein besonderer Schwerpunkt wurde bei der Befragung 2014 zum Thema „Leistbares Wohnen“ gesetzt. Die Befragten wurden gebeten, einzuschätzen, wie sich die Kosten fürs Wohnen in ihrer Wohngemeinde in den letzten Jahren entwickelt haben:

Von Befragten, die in urbanen Gebieten leben (88%), wird häufiger ein Kostenanstieg im Bereich Wohnen konstatiert als von Befragten in ländlichen Gebieten (72%). Unabhängig davon, ob es sich bei der Wohngemeinde um eine eher ländliche oder urbane Gemeinde handelt, beobachten MieterInnen (90%) häufiger eine Kostensteigerung beim Wohnen als EigentümerInnen (77%). Die beschriebenen Unterschiede zwischen Stadt und Land spiegeln daher einerseits einen Anstieg der Immobilienpreise in den Ballungsräumen wider, andererseits die strukturellen Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Wohnungsmärkten: Während es sich bei etwa zwei Drittel der Befragten in ländlichen Gemeinden um EigentümerInnen der von ihnen bewohnten Wohnung bzw. des von ihnen bewohnten Hauses handelt, sind das unter Befragten in urbanen Gemeinden nur ein Drittel.

### Mehr als jede/r Zweite fühlt sich durch Wohnkosten belastet

Hinsichtlich der aktuellen Belastung durch die Wohnkosten gibt insgesamt etwas mehr als die Hälfte der Befragten (54%) an, sich durch die Kosten fürs Wohnen sehr oder ziemlich belastet zu fühlen. Etwa jede/r Sechste fühlt sich sehr belastet.

Je jünger die Befragten sind, desto eher fühlen sie sich durch die Wohnkosten belastet: 62% der unter 30-Jährigen geben an, sich sehr oder ziemlich belastet zu fühlen – gegenüber 43% der über 60-Jährigen. Generell steigt das subjektive Belastungsgefühl – wie aufgrund des höheren Anteils an MieterInnen in größeren Kommunen zu erwarten – mit der Gemeindegröße: In Gemeinden mit bis zu 10.000 EinwohnerInnen fühlen sich 44% durch die Wohnkosten belastet, in Wien und in anderen Städten über 100.000 EinwohnerInnen 58%.

95% der Befragten sind der Meinung, dass es wichtig ist, dass es öffentlich geförderten Wohnbau gibt. Diese breite Zustimmung gilt für alle Alters- und Einkommensschichten. Nicht nur Befragte mit niedrigem und mittlerem Einkommen, auch Befragte mit hohem Haushaltseinkommen (91%) sehen die Notwendigkeit für öffentlich geförderten Wohnbau.

### Wohnzufriedenheit zentral für Lebensqualität

Insgesamt sind in den österreichischen Städten und Gemeinden neun von zehn Befragten mit der Wohnsituation zufrieden; jede/r Zweite ist sogar sehr zufrieden. Die Zufriedenheit mit der Wohnsituation steht also in engem Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Lebensqualität in einer Gemeinde. ■



Als Festredner kam bei der Eröffnung des Städtetages der US-amerikanische Politikwissenschaftler und frühere Clinton-Berater Benjamin Barber zu Wort.



Markus Wache

FESTREDNER BENJAMIN BARBER:

## „Wenn Bürgermeister die Welt regieren“

Mit seinem Vortrag „If Mayors ruled the world: Why Cities Can Do What Nation States Cannot – Dysfunctional Nations, Rising Cities“ stellte er fest: Politik und Demokratie sind heute mit autonomen, souveränen Nationalstaaten konfrontiert, die getrennt voneinander handeln. Sie seien abstrakte Gebilde, die nicht in der Lage sind, miteinander zu kooperieren. Eine Welt des 21.

Jahrhunderts brauche jedoch länderübergreifende pragmatische Lösungen, um die vielfältigen transnationalen Probleme und Herausforderungen zu lösen.

„Wir sollten nicht über Nationen, sondern über Städte reden. Städte sind die Wiege der Demokratie. Städte sind nicht nur die ältesten Institutionen, sie sind auch die beständigsten. Sie sind die Orte, an denen wir geboren werden, aufwach-

sen, zur Schule gehen, arbeiten, heiraten, beten, spielen, alt werden und letztendlich sterben. Sie sind Heimat“, so Barber.

### Wenn Bürgermeister regieren

Heutzutage lebt bereits mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. In der entwickelten Welt sind es ungefähr 78 Prozent. Daher, so Barber, sei es auch berechtigt, die Frage zu stellen: „Was wäre,

braucht  
städte.  
h braucht  
städte.

„Bürgermeister sind Problemlöser. Sie packen Dinge an“, so Benjamin Barber.

wenn Bürgermeister die Welt regieren würden?“ Es gibt bereits einige internationale Netzwerke – wie der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) oder der Rat für kommunale Umweltinitiativen (ICLEI) –, in denen Städte bereits zusammenarbeiten. Ziele der Zusammenarbeit sind unter anderem: die Beherrschung des Klimawandels, Sicherheit in den Städten, Migration. Und die Liste geht weiter: Citynet in Asien; City Protocol: eine neue Organisation aus Barcelona, welche das Web nutzt, um Erfolgsrezepte mit anderen Ländern zu teilen. Und die bekannten Einrichtungen: die US-Bürgermeisterkonferenz, die mexikanische Bürgermeisterkonferenz und die europäische Bürgermeisterkonferenz.

Barber beschäftige sich auch mit der Frage: Wie können wir eine Welt erschaffen, in der Bürgermeister eine wichtigere Rolle spielen? Dafür, so Barber, müsse man verstehen, warum Städte so besonders sind. Und warum Bürgermeister so

anders seien im Vergleich zu Premierministern und Präsidenten. Bürgermeister seien Pragmatiker und Problemlöser. Ihr Job sei es, Probleme zu lösen.

„Bürgermeister sorgen dafür, dass Schlaglöcher gestopft werden, dass Züge fahren und Kinder die Schule besuchen können. Sie müssen ihre Ideologie, Religion und ethnische Herkunft beiseite lassen und ihre Städte zusammenhalten. Sie packen Dinge an“, formulierte Barber.

Bürgermeister seien aus der Nachbarschaft; die Bevölkerung kenne sie. Aus diesem Grund genießen Bürgermeister, Stadträte und KommunalpolitikerInnen bei den Menschen ein höheres Maß an Vertrauen. Städte sind zutiefst multikulturell, offen, teilnehmend, demokratisch, zur Zusammenarbeit fähig.

### Städte sind Problemlöser

80 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen fallen in Städten an – daher sind Städte in der Position, das Emissionsproblem oder einen Großteil davon zu lösen. Unabhängig davon, ob die Staaten, zu denen sie gehören, Abkommen dazu vereinbaren. Und die Städte tun es auch. Sie tauschen auch ihre Erfolgsrezepte untereinander aus. Organisationen wie C40 und der ICLEI haben schon viele Jahre „vor Kopenhagen“ miteinander gearbeitet.

„In Kopenhagen, vor etwa vier oder fünf Jahren, kamen 184 Nationen zusammen und erklärten einander, warum ihre Souveränität es ihnen nicht erlaubt, sich mit der sehr ernstesten Krise des Klimawandels

zu beschäftigen. Doch dem Bürgermeister Kopenhagens gelang es, 200 Bürgermeister zusammenzurufen. Sie kamen, sie blieben und fanden neue Wege. Und finden noch immer Wege der Zusammenarbeit – unmittelbar und durch Städte-Organisationen“, betonte Barber das unterschiedliche Handeln von Nationen und Städten. „Nehmen wir das Beispiel der Fahrradverleihsysteme her: Sie wurden vor 20 oder 30 Jahren in Lateinamerika eingeführt. Heute gibt es sie in hunderten Städten auf der ganzen Welt. Fußgängerzonen, Mautsysteme, Emissionsgrenzen sind weitere Beispiele für Best-Practice-Projekte, die sich global durchgesetzt haben.“

### Ausblick für die Zukunft

„Der Weg zur globalen Demokratie führt nicht durch die Staaten, sondern durch Städte. Die Vereinten Nationen könnten durch die Vereinten Städte der Welt ersetzt werden – mit dem Unterschied, dass sie handlungsfähiger wären.“

Dazu müssten wir ein globales Bürgermeister-Parlament gründen. Es ist nicht nur meine Vision für die Zukunft, sondern wird bereits von rund 50 Bürgermeistern gelebt: darunter jene von Seoul, Amsterdam, Hamburg oder New York. Bürgermeister überlegen bereits, wie ein solches globales Bürgermeister-Parlament umgesetzt werden kann und welche rechtliche Rahmenbedingungen dafür notwendig sind. Der Plan ist, bis 2016 ein Versuchsparlament zu starten“, so Barber abschließend. ■

INTERVIEW MIT BENJAMIN BARBER:

# „Es kommt die Ära der Städte“

**D**er US-amerikanische Politikwissenschaftler und ehemalige Berater der Clinton-Regierung, Benjamin Barber, propagiert einen Umbruch der politischen Ordnung. Warum ein globales Bürgermeister-Parlament die Aufgaben des 21. Jahrhunderts effektiver löse als jede Nation, erklärt er im wien.at-Interview.

*wien.at:* In Ihrem Buch „If Mayors Ruled the World“ fordern Sie eine Machtverschiebung weg von nationalen Regierungen hin zu einzelnen Städten. Haben Führungspersönlichkeiten auf nationalstaatlicher Ebene versagt?

**Benjamin Barber:** Einzelne Personen haben nicht versagt, es krankt im System der Nationalstaaten. Regierungen lähmen sich selbst durch politischen Streit, wie beim

„Shutdown“ in den Vereinigten Staaten, oder durch finanzpolitische Dilemmas wie die Euro-Krise. Heutige Staatsformen basieren auf Ideen aus dem 17. und 18. Jahrhundert: das ist das wahre Problem. Nationen agieren voneinander abgekoppelt. Damit lassen sich global vernetzte Fragen aber nicht lösen: Klimawandel, Migration, Krankheiten.

*wien.at:* Warum glauben Sie, dass Städte diese Probleme besser lösen können?

**Barber:** Weil Städte mitbringen, was Staaten nicht haben: Sie arbeiten in grenzüberschreitenden Fragen zusammen, auch weil sie voneinander abhängig sind. Sie denken weniger ideologisch, sondern pragmatisch. Städte lösen schon jetzt die großen globalen Probleme: 80 Prozent des

CO<sub>2</sub>-Ausstoßes passieren im urbanen Raum, auch Migration betrifft vor allem Metropolen. Städte werden in diesen Fragen aktiv, sowohl einzeln wie auch in gemeinsamer Arbeit.

*wien.at:* Warum sind in Ihrem Modell Bürgermeisterinnen und Bürgermeister so wichtig? Warum sollten sie mehr politischen Einfluss bekommen?

**Barber:** Weil sie pragmatisch an Lösungen arbeiten, Wählerinnen und Wähler ihnen deshalb vertrauen. Statistiken zeigen: Bürgermeisterinnen und Bürgermeister genießen über 70 Prozent Zuspruch; Regierungschefs weniger als 50 Prozent. Dem Nationalen Kongress der Vereinigten Staaten vertrauen sogar nur acht Prozent der AmerikanerInnen! Politische Ideologien wird es immer geben, aber diese Ideologie kommt in Städten gedämpfter zum Tragen. Moderne Bürgermeister suchen den Konsens und treten lösungsbewusst an Fragen heran.

*wien.at:* In der heutigen Welt haben wir es mit rund 200 Nationalstaaten zu tun. Sie propagieren die „Ära der Städte“ und wollen einen Globus ohne Staatsgrenzen mit starken Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Ihrem Vorschlag nach gäbe es zehntausende politische Akteurinnen und Akteure. Wie soll so ein weltweites „Bürgermeister-Parlament“ funktionieren?

**Barber:** Alle Städte haben ähnliche Probleme, stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Das schafft eine gute Basis für Kooperation. Tausende Städte würden besser zusammenarbeiten als hunderte Staaten, weil Staaten ihre nationalen Inte-





Fotos: Markus Wächter

ressen verfolgen und miteinander konkurrieren. Es geht also nicht um die Anzahl der AkteurInnen, sondern um gemeinsame Ziele.

*wien.at:* Je höher die politische Ebene – von Stadt über Staat bis hin zu transnationalen Bündnissen wie der EU –, desto weniger können sich Bürgerinnen und Bürger damit identifizieren. Stimmen Sie dem zu?

**Barber:** Ja, deshalb meine Fürsprache für eine „Ära der Städte“. Auch Jean Monnet (Gründervater der Europäischen Gemeinschaft, Vorläufer der EU, Anm.) hat gemeint: Nationalstaaten sind zu groß für direkte BürgerInnen-Beteiligung, aber zu klein für globalen Machtanspruch. Politik in Städten ist niederschwellig genug, damit sich Menschen an ihrer Gestaltung beteiligen möchten. Diese Kooperation kann „groß“ genug sein, um globale Themen zu behandeln.

*wien.at:* Welche Möglichkeiten sehen Sie für effizientere und direktere Beteiligung

von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Prozessen?

**Barber:** Wenn Städte auf globaler Ebene kooperieren, bekommen auch die Stimmen ihrer BewohnerInnen mehr Gewicht. Als Bürgerinnen und Bürger einer Stadt können sie lokal viel bewegen, angefangen in der eigenen Nachbarschaft. Das ist viel konkreter als die abstrakte Vorstellung eines „Staatsbürgertums“.



*wien.at:* Der Forscher Boyd Cohen, Begründer des „Smart City Index“, hat jüngst in Wien gesagt: Oft müssten Politikerinnen und Politiker die „richtigen“ Entscheidungen treffen, auch wenn sie nicht dem Willen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen, zum Beispiel beim Thema Stadtentwicklung.

**Barber:** Cohen liegt da falsch. Wer glaubt, „richtige“ Ideen bedürfen nicht der Zustimmung durch die BürgerInnen, verwechselt Demokratie mit Diktatur, auch wenn es wohlwollend gemeint ist. Gute Bürgermeisterinnen und

Bürgermeister brauchen diesen Zwiespalt nicht. Sie haben die richtigen Ideen und gewinnen ihre Bürgerinnen und Bürger dafür, indem sie Prozesse transparent machen und sie daran teilhaben lassen. Städte sind Horte der Innovation, des Fortschritts. Sie spornen zu Veränderung und Entwicklung an. Städte und Innovation: das sind für mich Synonyme.

*wien.at:* Welchen Bezug haben Sie eigentlich zu Wien?

**Barber:** Ich war schon oft hier, das erste Mal 1957. Meine Urgroßeltern kamen in den 1880er-Jahren aus Wien nach New York. In Wien habe ich schon viele Vorträge gehalten, genauso wie im Österreichischen Kulturforum in New York. Außerdem kenne ich Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner. ■

#### INFO:

Das Interview mit Benjamin Barber führte Mag. Martin Schipany (Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien/MA 53) für *wien.at*.  
Link: [www.wien.gv.at/politik-verwaltung/interview-barber.html](http://www.wien.gv.at/politik-verwaltung/interview-barber.html)

„Städte und urbane Gemeinden brauchen wieder mehr Spielraum“, waren sich Bgm. Siegfried Nagl (Graz), Städtebund-Präsident Michael Häupl und Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger einig.

# Resolution einstimmig beschlossen

Bei der Vollversammlung unter Vorsitz von Bürgermeister Markus Linhart folgten die statutarischen Beschlüsse, unter anderem die Aufnahme der neuen Mitgliedsgemeinden in den Österreichischen Städtebund: Stadtgemeinde Ebreichsdorf, Stadtgemeinde Jennersdorf, Marktgemeinde Neuhofen an der Krems, Stadt Pregarten, Stadtgemeinde Pressbaum.

Den ehemaligen Bürgermeistern Franz Dobusch (Linz), Bernd Rosenberger (Bruck an der Mur) und Matthias Konrad (Leoben), die alle drei Mitglieder der Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes waren, dankte Präsident Michael Häupl und verlieh ihnen die Ehrenmitgliedschaft des Städtebundes.

Österreichs Städte setzen Impulse und schaffen den Gestaltungsrahmen des täglichen Lebens. Sie erbringen eine Vielzahl von Leistungen im Bereich der Infrastruktur, indem sie hohe Investitionen in Aufgabenfeldern wie den Kindergärten und Schulen, Freizeiteinrichtungen, Kultur- und Sportstätten, der Wasserversorgung, der Abwasser- und Müllentsorgung und beim öffentlichen Nahverkehr tätigen. Viele dieser Leistungen werden auch von den Bewohnerinnen und Bewohnern der umliegenden Gemeinden genutzt. Österreichs Städte sind Wirtschaftsmotoren:

85% der heimischen Wirtschaftsleistung werden in Städten erbracht. Als größter öffentlicher Investor schaffen sie Arbeitsplätze und tragen damit wesentlich zur regionalen Wertschöpfung bei.

Städte tragen aber auch ein hohes Maß an sozialer Verantwortung: soziale Veränderungen treten in Städten zuerst und besonders deutlich zutage; soziale Eingliederung und Bekämpfung der Armut sind Beispiele für gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die Städte Tag für Tag lösen müssen.

Funktionierende Städte fördern die Entwicklung des ganzen Landes, auch die der ländlichen Regionen. Damit es den Städten gelingt, das hohe Niveau ihrer Leistungen aufrecht zu erhalten oder sogar zu steigern, müssen in einer Welt, die ständigen Veränderungsprozessen unterliegt, taugliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Die Resolution an den Österreichischen Städtetag steht 2014 im Licht der bevor-

stehenden Verhandlungen für einen neuen stabilen und nachhaltigen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern, Städten und Gemeinden zum Wohl der Bevölkerung und zur Festigung des Wirtschaftsstandortes Österreich.

## Finanzen und kommunale Selbstverwaltung

Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der städtischen Strukturen und Einrichtungen ist eine ausreichende Mittelausstattung. Die Finanzsituation der Städte und der urbanen Gemeinden wird neben der Entwicklung der Einnahmen aus Steuern und Abgaben wesentlich durch den im Finanzausgleich geregelten Verteilungsmechanismus der öffentlichen Mittel bestimmt.

Ein zweckmäßiger Finanzausgleich stellt sicher, dass die einzelnen Gebietskörperschaften über die Finanzausstattung verfügen, die sie für die Erfüllung ihrer Aufga-





Markus Weiche

ben benötigen (Hinweis auf Art. 2 und Art. 4 FVG).

Insbesondere die Praxis des sekundären und tertiären Finanzausgleichs, auf dessen Grundlage die Länder von den Kommunen Beiträge und Umlagen in beträchtlichem Ausmaß verlangen, gefährdet die Finanzautonomie der Städte nachhaltig. Wegen der umfangreichen Verflechtungen der Finanzströme zwischen den Gebietskörperschaften wird vom Städtebund seit Langem eine grundlegende Reform des Finanzausgleichs gefordert.

Der Österreichische Städtebund fordert:

- einen aufgabenorientierten Finanzausgleich: Eine Reform des Finanzausgleichs, die sich an den Aufgaben orientiert, muss die Finanzierung der Basisaufgaben, Sonderlasten und zentralörtlichen Aufgaben der Städte sicherstellen. Die spezifisch urbanen Zentrumslasten müssen anerkannt

und fair abgegolten werden. Die Transferzahlungen an die Länder müssen eingedämmt und gedeckelt werden, der Vorwegabzug für Bedarfszuweisungen wird abgeschafft;

- eine klare Trennung von Ressourcen- und Lastenausgleich: Ein überzogener Ressourcenausgleich im Finanzausgleich – der Kommunen mit geringen zentralörtlichen Aufgaben mit beträchtlichen frei zu verwendenden Mitteln versorgt, während Kommunen mit umfangreichen Aufgaben kaum über genügend Finanzkraft verfügen, ihren Aufgaben nachzukommen – ist unbedingt zu vermeiden. Die Mittelaussstattung hat sich primär an den aufgabenbedingten Unterschieden zu orientieren. Der horizontale Ausgleich folgt dem Prinzip des Lastenausgleichs, der strukturelle Gegebenheiten berücksichtigt und anhand messbarer Kriterien zu einem Ausgleich besonders geforderter Gebiete, wie es Städte sind, kommt;

- eine Aufgabenreform, die durch die Zusammenführung von Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung unkoordinierte Doppelinvestitionen verhindert und Transparenz über die Mittelverwendung und Kostenwahrheit fördert: Die Städte und Stadtgemeinden übernehmen die Verantwortung und die Finanzierung, bspw. im vorschulischen Bildungsbereich; im Gegenzug werden etwa Krankenanstalten, Pflege und Mindestsicherung ausschließliche Landesaufgaben. Durch diese Aufgabenentflechtung und die entsprechende Neuordnung der Mittelzuweisung erübrigen sich entsprechende Transferverflechtungen: Transfers und Umlagen entfallen zur Gänze;

- die Einräumung der Rechtsfähigkeit der bundesverfassungsgesetzlich berufenen Vertreterinnen und Vertreter der Städte, um ein kommunales Mitentscheidungsrecht in allen Angelegenheiten, die Einfluss auf die Kompetenzen und Finanzen

der Städte und urbanen Gemeinden entwickeln, zu ermöglichen. Vereinbarungen gemäß Artikel 15a BVG, die eine inhaltliche oder finanzielle Bindung für Kommunen bedeuten, bedürfen ebenfalls deren Zustimmung;

- eine intelligente Reform des Haushaltswesens der Kommunen, die sich an den Notwendigkeiten der Städte und Gemeinden orientiert;
- ein Steuerfindungsrecht der Städte, um zu kompensieren, dass ein bedeutender Teil der gemeindeeigenen Steuern in den vergangenen Jahren abgeschafft oder durch die Schaffung zahlreicher Ausnahmebestimmungen, so auch Steuerbefreiungen für andere Gebietskörperschaften, ausgehöhlt wurde.
- eine Reform der gemeindeeigenen Steuern: die Neuordnung der Grundsteuer und der Kommunalsteuer sowie das Streichen von diversen Befreiungen unterstützt die Abgabenaufonomie der Städte. Die Reform der Kommunalsteuer soll zur Stärkung der Kommunen mit zentralörtlichen Aufgaben beitragen;
- die Eröffnung des direkten Zugangs zu Finanzierungen durch die ÖBFA, damit die Städte günstige Konditionen für die Finanzierung der Staatsausgaben, die die österreichische Bundesfinanzierungsagentur ÖBFA aufgrund der Volumina und der guten Bewertung Österreichs durch Ratingagenturen erhält, entsprechend nutzen können
- durch Einbringung von zusätzlichen Bundesmitteln die Schaffung eines kommunalen Rettungsschirmes für Städte und Gemeinden, die von besonders ungünstigen Rahmenbedingungen betroffen sind und ihre Schuldenlast allein nicht mehr bewältigen können.

- die Zusicherung der Bundesregierung, dass die vom Österreichischen Städtebund formulierten Anliegen der Städte auch in etwaigen Freihandelsabkommen (beispielsweise TTIP) und sonstigen internationalen Vereinbarungen vollinhaltlich abgebildet werden.

### Infrastrukturinvestitionen und Gemeindekooperationen

Obwohl Österreichs Städte und Gemeinden in der Vergangenheit immer ihren An-

teil im Stabilitätspakt erfüllt haben, wurden zuletzt mehrmals Rahmenbedingungen zu Ungunsten der Kommunen geändert. Die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug beim Bau von Kindergärten, Schulen und anderen Infrastruktureinrichtungen wurde eingeschränkt, der Leistungsaustausch zwischen Gemeinden in Form von Gemeindekooperationen soll neuerdings der Umsatzsteuer unterliegen.

Der Städtebund fordert:

- die Wiedereinführung des Vorsteuerabzugs vor allem im Schul- und Bildungsbereich für kommunale Infrastrukturinvestitionen oder eine Regelung in Analogie zum Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz;
- die ausreichende Berücksichtigung der vom Städtebund bereits geforderten Gebietsgemeinden oder ähnlicher Gemeindekooperationsformen im Finanzausgleich;
- Keine steuerliche Benachteiligung der Tätigkeit von Gemeindekooperationen.

### Daseinsvorsorge, sozialer Wohnbau und Siedlungswasserwirtschaft

Mit den Leistungen der Daseinsvorsorge erfüllen Städte und Gemeinden wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die nicht nach rein ökonomischen Gesichtspunkten beurteilt werden können. Ein Zurückfahren dieser Leistungen hat unmittelbare negative Auswirkungen auf das soziale Gefüge in unserem Land und damit auf den Wirtschaftsstandort Österreich. Ein Aspekt der Daseinsvorsorge – die Wohnbauförderung – hat in Österreichs Städten eine lange Tradition und stellt eine wesentliche Säule des sozialen Zusammenhalts dar. Da sich der soziale Wohnbau nicht auf sozial- und einkommensschwache Gruppen beschränkt, findet eine soziale Durchmischung statt, eine Ghettoisierung wird verhindert.

Der Städtebund fordert (und bekennt sich dazu):

- die verfassungsrechtliche Definition der Daseinsvorsorge als Aufgabe des Staates und die Sicherstellung der Entscheidungshoheit der Städte und Gemeinden über deren Gestaltung. Zukünftig bereitgestellte Fördermittel im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft sind vorrangig für die Sicher-

stellung der Funktions- und Werterhaltung der Infrastruktur bereitzustellen;

- dass die Ver- und Entsorgung mit Wasser grundsätzlich von der öffentlichen Hand zu leisten ist;
- dass wichtige öffentliche Investitionen in die Daseinsvorsorge und Zukunftsbereiche wie Bildung, Kultur, Forschung, Gesundheit oder sozialer Wohnbau sowie aktive Arbeitsmarktpolitik nicht auf die Kriterien im Fiskalpakt oder Stabilitäts- und Wachstumspakt angerechnet werden dürfen (z.B. Golden Rule oder anderer Mechanismen);
- die Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel für den Wohnbau. Die Mittel sind zu valorisieren.
- die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die EU-Mitgliedstaaten auch weiterhin die Kriterien für den sozialen Wohnbau selbst definieren. Die Beschränkung des sozialen Wohnbaus auf benachteiligte oder sozial schwächere Bevölkerungsgruppen im Regelwerk der Europäischen Union ist aufzuheben;
- dass eine verfassungsmäßige Absicherung der Vertragsraumordnung gewährleistet wird.

Im April 2014 wurde ein Förderrückstau von ca. 130 Millionen Euro für die Siedlungswasserwirtschaft festgestellt. Das BM-LFUW hat einen Investitionsbedarf von über 1100 Euro pro Kopf erhoben.

Der Österreichische Städtebund fordert:

- als ersten Schritt die Zusage von jeweils zumindest 100 Millionen Euro für die Jahre 2015 und 2016, was einer Fortschreibung der Zusagen von 2014 entspricht. Gemäß dem Ergebnis der Investitionskostenenerhebung wäre eine Aufstockung auf jährlich 150 Millionen erforderlich, wobei Sanierungsleistungen verstärkt Berücksichtigung finden müssen.

### Soziales und Gesundheit

Die krisenhaften Entwicklungen auf den weltweiten Finanzmärkten haben die Kosten für Sozial- und Gesundheitssysteme in den letzten Jahren in die Höhe getrieben. Städte und Gemeinden übernehmen einen großen Anteil dieser Kosten, ohne aber über den konkreten Mitteleinsatz mitentscheiden zu können.



Markus Wache

„Die wirtschaftliche Entwicklung eines urbanen Österreich ist von großer Bedeutung“, betonten Bgm. Linhart, Bgm. Nagl und Präsident Häupl.

Der Städtebund fordert:

- die finanziellen Folgen für Städte und Gemeinden im sozialpolitischen und gesundheitspolitischen Bereich stärker zu berücksichtigen. Soziale Lasten dürfen nicht einseitig auf Städte und Gemeinden abgeschoben werden. Sparmaßnahmen beim Bund oder den Ländern dürfen nicht dazu führen, dass die Kosten auf die kommunale Ebene verlagert werden;
- die jährliche Valorisierung von Pensionen, Arbeitslosengeld und Pflegegeld zur Entlastung der Sozialbudgets der Kommunen;
- die dauerhafte Gewährleistung der Finanzierung der Pflege in einem umfassenden Pflegefondskonzept; die Leistungen der Städte und Gemeinden müssen im Finanzausgleich berücksichtigt werden;
- das Verbot jeglicher Werbung für Glücksspiele und die Untersagung von Online-Glücksspielen, um die finanziellen Auswirkungen der sozialen Reparaturkosten für Opfer der Glücksspielindustrie zu verringern.

## Bildung und Forschung

Die Teilhabe am Erwerbsleben und an einem selbstbestimmten Leben ist eine unabdingbare Voraussetzung zur Vermeidung von Segregation. Bildung beginnt im Kindergarten. Die Städte tragen in hohem Ausmaß zum vielfältigen und reichhaltigen Kulturangebot und zur wirtschaftlichen Attraktivität Österreichs bei. Als Bildungs- und Forschungsstandorte spielen die Städte eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Innovationsfähigkeit des Landes. Die Qualität als Forschungsstandort ist für Städte ein wichtiges Argument im internationalen Standortwettbewerb.

Der Städtebund fordert:

- die vorrangige Sicherstellung der Finanzierung der Forschungs- und Bildungspolitik durch Bund und Länder. Dabei ist größtes Augenmerk darauf zu legen, dass Bildungs- und Ausbildungssysteme allen sozialen Gruppen zugänglich sind und durchlässiger werden. Für die Vielfalt der Bildungs- und Qualifikationsmöglichkeiten und die Qualität der Bildungsangebote ist zu sorgen. Neben dem reinen Ausbildungsziel in Abstimmung mit den Entwicklungen am Arbeitsmarkt muss auch der Aspekt der Bildung gestärkt werden, um die Voraussetzung für hochwertige Forschungs- und Innovationsprozesse zu schaffen. Bildungsinhalte dürfen nicht der Konzentration auf Ausbildungsziele zum Opfer fallen;
- die Erarbeitung von Lösungen, die allen Bürgerinnen und Bürgern den Erwerb hochwertiger Qualifikation ermöglicht und ein Angebot an attraktiven Arbeitsplätzen für qualifizierte Arbeitskräfte bietet.

## Verkehr und Mobilität

Das Verkehrsaufkommen wächst. Die Auswirkungen des gesteigerten Verkehrsaufkommens auf Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität werden oftmals nicht von den Verursachern, sondern von der Allgemeinheit getragen.

Vor allem dem Schwerverkehr auf der Straße wird so gegenüber öffentlichen Verkehrssystemen ein ungerechtfertigter Vorteil eingeräumt.

Der Schutz der Lebensqualität der städtischen Bevölkerung verdient daher bei der Förderung der Mobilität besondere Aufmerksamkeit. Im Nah- und Regionalverkehr liegen die Ziele in der Vermeidung

von Verkehr und dessen Verlagerung zum öffentlichen Verkehr und zum nichtmotorisierten Individualverkehr.

Der Städtebund fordert:

- eine Reform der Finanzierungsstrukturen im Verkehrsbereich, die unabhängig vom Öffentlichkeitscharakter des jeweiligen Trägers alle Finanzierungsströme im Bereich der Verkehrsinfrastruktur berücksichtigt, und den Einsatz ausreichender Mittel für das gesteigerte Verkehrsaufkommen nach fairen, transparenten und volkswirtschaftlichen Kriterien sicherstellt. Die Straßenbahnprojekte in den Ballungsräumen sollten hiervon ebenfalls umfasst werden;
- die Entwicklung eines gesamtösterreichischen Verkehrskonzeptes unter besonderer Beachtung der Vereinbarkeit von Verkehr und Lebensqualität der Wohnbevölkerung und unter Einbindung der Städte in den gesamten Entscheidungsprozess.

Dies ist kein abschließender Forderungskatalog, aber es sind zentrale Anliegen, die für die wirtschaftliche Entwicklung des urbanen Österreichs von großer Bedeutung sind.

Deren Umsetzung liegt nicht nur im Interesse der Städte und städtisch geprägten Gebiete, sondern des ganzen Landes. Dank starker Städte kommt Österreich vorwärts. Das haben die Städte und urbanen Gemeinden in der Vergangenheit bewiesen. Die Österreichische Bundesregierung und die Landesregierungen sind aufgefordert, die Städte und Gemeinden bei diesen wichtigen Zielen zu unterstützen und mit den entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten. ■

## ARBEITSKREIS 1:

# „Qualitätsvolles Bauen in Städten – Städte als vorbildliche Bauherren?“

Arbeitskreis 1 stand ganz im Zeichen der Aufgaben von öffentlichen Bauten. Moderiert vom Vorsitzenden Bürgermeister und Architekt Karl Rudischer diskutierten folgende Referentinnen und Referenten: Architektin Renate Hammer, Maja Lorbek, Universitätsassistentin am Institut für Wohnbau der TU Wien, Bertram Werle, Stadtbaudirektor Graz, und Karl Pany, Stadtbaudirektor Wels.

Wir sind als öffentlicher Auftraggeber – als Gemeinden, als Länder, letztendlich auch als Bund – mit Steuergeldern unterwegs. Und die Grundsätze lauten: wirtschaftlich, sparsam und zweckmäßig zu sein. Das ist einmal die erste Anforderung im Zusammenhang mit Bauvorhaben. Gleichzeitig fordert man von öffentlichen Projekten Mut, auch experimentelles Bauen, Neues auszuprobieren. Wer soll denn das sonst tun, wenn nicht die öffentlichen Auftraggeber? Der Widerspruch zu Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit liegt schon auf der Hand“, so Karl Rudischer zu Beginn.

## Gesetzliche Bestimmungen

Öffentliche Auftraggeber seien alle dem Vergabegesetz unterworfen. Jede kleinere Gemeinde hat, genauso wie jede größere, natürlich auch immer wieder den Wunsch, regionale Betriebe – wie ArchitektInnen, PlanerInnen, Vertrauensleute, aber auch bei den Unternehmen selbst – zum Einsatz zu bringen. Das Vergabegesetz kann manches hier nicht ermöglichen. Das ist mitunter doch ein Spannungsfeld. Im Vergleich zur Vergangenheit sei es schwieriger geworden, allein schon durch die Vergabemodalitäten. Es gäbe die Möglichkeit, mit Bauträgern zu arbeiten oder überhaupt komplett auszulagern, wie etwa

die berühmten PPP-Modelle, wo sich Private und Öffentliche zusammenfinden und je nach Mehrheitsverhältnissen dort oder da vielleicht mehr Flexibilität haben. Vielleicht seien auch das Wege, um zeitgemäße Projekte umzusetzen.

Aber notwendig sei natürlich ein klares Projektziel und das Bekenntnis, dass man einen öffentlichen Bau mit dieser und jener Qualität, insbesondere auch der baukulturellen Qualität, haben möchte. Das muss man vorher in der Diskussion auf politischer Ebene abklären, damit nicht erst tolle Projekte entworfen werden und dann die Hälfte wieder eingespart wird.

## Schulgebäude und Bildungsbauten

Maja Lorbek widmete sich in ihrem Statement dem Thema „Bildungsbauten“ und erinnerte zunächst daran, was Schulen eigentlich sind: „Eine der vier Säulen des Wohlfahrtsstaates – die anderen sind: das Gesundheitssystem, die Sozialversicherungssysteme und der soziale Wohnbau. Was das Ziel der Schule ist, das ist verfassungsrechtlich verankert: Es geht darum, dass die Schülerinnen und Schüler Kompetenzen erwerben, um dann selbstbestimmt am öffentlichen Leben teilhaben zu können. Meine Haltung zu den bestehenden Gebäuden ist: diese sind ein ganz wesentliches ökonomisches,

soziales und kulturelles Gut, natürlich auch ein ganz enormes Materiallager. Und wenn man eine nachhaltige Gesellschaft haben will, ist es etwas, was auf jeden Fall werterhaltend oder sogar wertsteigernd bewirtschaftet und genützt werden muss.“

Sie betonte, dass auch die „Schule der Zukunft“ – wie auch immer die aussehen wird oder welche neuen pädagogischen Konzepte in der Zukunft auf uns zukommen – im Altbau stattfinden wird. Der Gebäudebestand sei im Bildungsbereich durch sehr geringe Investitionen gekennzeichnet. Wir haben schrumpfende kommunale Budgets, wir haben den demographischen Druck in den wachsenden Städten und dann die Abwanderung in den schrumpfenden Gemeinden. Räumlich hätten wir jetzt schon in den ländlichen Gemeinden bei den weiterführenden Pflichtschulen und bei den maturafähigen Schulen weniger Schulen zur Verfügung – das wirke sich natürlich auf die Bildungschancen aus.

Wir hätten Segregationseffekte in den Städten und wir hätten großen Raumbedarf aufgrund der geänderten pädagogischen Situation, auch weil erkannt wurde, dass die Schülerinnen und Schüler keine homogene Masse sind, sondern einfach individuelle Betreuung brauchen. Wir brauchen Arbeitsplätze für die Leh-



„Öffentliche Bauten müssen sparsam, zweckmäßig und wirtschaftlich erbaut werden, sollten aber auch experimentell und neu sein – oft ein Widerspruch“, so Bürgermeister und Architekt Karl Rudischer.

renden, Ganztagsbetreuung; es gibt eben diesen demographischen Druck in den Städten. Zumindest die Halbtagschulen seien zeitlich wenig ausgenutzt, und weil es öffentliche Gebäude sind, treffen auch die ganzen EU-Direktiven zu. Sobald sie saniert werden, müssten auch höhere Standards umgesetzt werden – in Bezug auf Energieeffizienz, Brandschutz, Erdbbensicherheit und Barrierefreiheit.

Provokant positionierte sich die Architektin Renate Hammer von der Plattform Baukultur ([www.plattform-baukultur.at](http://www.plattform-baukultur.at)), die im Rahmen einer Kampagne als Urlaubsgrüße getarnte Ansichtskarten von architektonischen Fehlleistungen verschickt hat. Diese Aktion, so Hammer, soll Fehlentwicklungen aufzeigen: Sie beobachte eine zunehmende Versiegelung der Städte. Hammer: „Man muss die Stadt als Gesamtes sehen und weiterentwickeln. Bevor wir beginnen zu überlegen, wie viele Stockwerke soll ein Gebäude haben, müssen wir fragen: Was verantworten wir?“ Sie fordert ein „Neudenken des Straßenraums: Planung muss für die Menschen sein, nicht für die Autos“. Als positives Beispiel bringt sie Kopenhagen: „Dort gibt es einen stringenten fixen Plan, der auch umgesetzt wird. In Österreich gibt es gute Pläne, aber die Umsetzung scheitert an den Interessenskonflikten.“

### Qualitätssicherung und Baukultur bei knappen Budgets

Stadtbaudirektor Bertram Werle sprach über „Qualitätssicherung“ und „Baukultur“ und betonte in diesem Zusammenhang das Spannungsfeld zwischen qualitätsvollem Bauen und schrumpfenden Budgets. Nachhaltigkeitskriterien seien sehr wichtig, obgleich die Debatte immer schwieriger werde, da intelligente Bauwerke natürlich auch mehr kosten.

Weiters ging Werle auf das aktuelle „Smart City Graz“-Projekt ein, das als einziges Demoprojekt österreichweit 4,2 Millionen Euro Bundesfördermittel bekommen hat und jetzt dabei sei, auch die Hürde „EU-Förderung“ zu nehmen. Es sei durch Kooperation mit anderen „Smart City“-Städten in der Steiermark geschafft worden, von den 130 Millionen Euro des Landes knappe neun Millionen für „Smart City“-Themen reservieren zu können.

Das Schwierigste sei bei all diesen Projekten, dass man hier nicht nur reine Wohnstädte schaffe, sondern neue Stadtteile und Zentren entstehen lasse: das heißt, eine urbane Mischnutzung umsetzt. Das sei ein schwieriger Prozess, weil die urbane Mischnutzung anfangs problematisch sei, da schon gebaut werden muss, bevor eine kritische Masse an Cafés oder Lebensmittelgeschäften erreicht wurde.

Karl Pany, seit dem Jahr 2000 Stadtbaudirektor der Stadt Wels, legte dar, dass die Ansätze und die Probleme in großen und kleinen Städten einander ziemlich ähnlich sind.

Die baukulturelle Verantwortung liege bei den Städten und Gemeinden.

Die rechtliche Situation sehe vor, dass für das Bauen der Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin, das Magistrat und dergleichen verantwortlich sind: diese erlassen die Bescheide, und letzten Endes liegt auch die gesamte Raumordnung bei den Städten und Gemeinden.

### Die Zukunft der Mobilität: Mehr Fuß- und Radverkehr plus Öffis

Für die Verkehrsentwicklung gelte das Gleiche wie überall: das Verstärken des Fuß- und Radverkehrs, die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs – mit allen Problemen. Und natürlich dafür sorgen, dass kurze Wege als Grundlage städtebaulicher Entwicklungen möglich sind.

Abschließend betonte Werle: „Baukultur ist unsere Verantwortung. Wir sind diejenigen, die die rechtlichen Voraussetzungen haben; wir müssen die Bevölkerung und uns selbst dazu ermuntern, das wahrzunehmen und unsere baukulturelle Verantwortung für die weiteren Generationen zu tragen und zu sichern.“ ■

## ARBEITSKREIS 2:

## „Mythen des Finanzausgleichs“

Ganz im Zeichen der Finanzierung kommunaler Leistungen stand auch heuer wieder der Arbeitskreis 2, der auch die meisten TeilnehmerInnen zählte. Moderiert hat „profil“-Redakteurin Eva Linsinger und diskutiert haben Karoline Mitterer vom KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung und Hans-Heinrich Blotevogel, Professor am Institut für Geografie und Regionalforschung der Universität Wien, sowie Matthias Stadler, Bürgermeister von St. Pölten und Vorsitzender des Arbeitskreises.



Im Mittelpunkt stand der derzeit öffentlich viel diskutierte Finanzausgleich, der die Aufteilung der Finanzmittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden regelt.

Im Lichte der im Herbst 2014 beginnenden ExpertInnengespräche über einen neuen Finanzausgleich wollte der Arbeitskreis mit einigen „Mythen“ des FAGs aufräumen, um diese sehr komplexe Materie grundsätzlich zu hinterfragen und konkrete Vorschläge für eine Reform des Finanzausgleichs vorzulegen. Die diesbezüglichen Forderungen der österreichischen Städte an die Bundesregierung und das Finanzministerium wurden auch in der einstimmig beschlossenen Resolution aufgelistet. Zum Mythos „Die Großen bekommen mehr als die Kleinen. Die Mär von den reichen Städten“: Der Finanzausgleich ist mehr als das Verteilen der Ertragsanteile von oben nach unten, stellte die Finanzexpertin Karoline Mitterer zunächst klar. Sie erklärte die Komplexität des Finanzausgleichs: nach der Aufteilung der Ertragsanteile nach Gemeindegröße gibt es massive Verschiebungen der Finanzmittel durch

die Transferzahlungen, die Gemeinden an die Länder zu leisten haben – diese bewirken eine Verschiebung der Finanzmittel von großen hin zu kleineren Gemeinden, weil diese von Transfers weniger belastet sind. Der Gestaltungsspielraum ist also letztlich für kleine Gemeinden verhältnismäßig größer. Die umfangreichen Förderungen für die ländliche Entwicklung, die Finanzzuweisungen für strukturschwache Gemeinden und nicht zuletzt die Bedarfszuweisungsmittel werden gerne vergessen – der Mythos vom benachteiligten ländlichen Raum trifft also beim FAG nicht zu. Der Mythos „alle Gemeinden haben die gleichen Aufgaben“ trifft nicht zu: die zentralörtlichen Aufgaben, die vor allem größere Städte und regionale Zentren erfüllen, sind vielfältig, insbesondere beim Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV), aber auch bei Kultur, Sport, Bildung und Gesundheit erfüllen Städte wichtige Aufgaben für eine ganze Region. Durch die zunehmende Mobilität muss dieser Faktor stärker berücksichtigt werden. „Mittelfristig muss die Reform des Finanzausgleichs mit

einer Struktur- und Aufgabenreform von Staat und Kommunen verbunden werden“, forderte Universitätsprofessor Hans-Heinrich Blotevogel. Das würde zu einer besseren Effizienz der Finanzwirtschaft und Leistungserbringung führen“, so der Experte. Er verlangte mehr Transparenz und einen aufgabenorientierten Finanzausgleich. Über diese Ziele waren sich auch die TeilnehmerInnen einig.

Er hatte auch auf das Spannungsfeld der sozialen Verantwortung in den Städten unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit, aber auch auf das Spannungsfeld zwischen Städten und ländlichem Raum hingewiesen. All das hatte er aus der Sicht der Raumordnung beleuchtet – eine andere Sichtweise, die sich nicht nur auf nackte Daten und Fakten beschränkt, sondern mit welcher auch Raumordnungsargumente ins Treffen geführt werden konnten.

Die wichtigste Forderung, die Blotevogel formulierte, betraf die Transparenz. Zweitens ging es um einen aufgabengerechten Finanzausgleich. Drittens hat der Referent darauf hingewiesen, dass man für einen



*„Die Intransparenz bei der Vergabe der Bedarfszuweisungen muss beseitigt werden. Wir brauchen österreichweit nachvollziehbare Regeln.“*

Matthias Stadler,  
Bürgermeister von St. Pölten



*„Es gibt kein internationales Blaupausemodell für den österreichischen Finanzausgleich.“*

Hans-Heinrich Blotevogel,  
Universität Wien



Fotos: Markus Wächte

aufgabengerechten Finanzausgleich mittelfristig auch eine Struktur- und Aufgabenreform brauche. Viertens müssten Anreize für interkommunale Kooperationen gegeben werden. Letztere seien ein ganz entscheidender Punkt für die Periode nach dem nächsten Finanzausgleich, daher müsse man dieses Thema verstärkt angehen.

In der anschließenden Diskussion wurden auch die Belastungen durch den sogenannten „Grauen Finanzausgleich“ angesprochen: Die Aufgaben, die die Gemeinden in den letzten Jahren von Bund und Ländern zusätzlich übernommen haben, gehen nicht einher mit einer entsprechenden finanziellen Abgeltung – so belasten sie die laufenden Gemeindebudgets.

Bürgermeister Matthias Stadler kritisierte die Intransparenz bei der Vergabe der Bedarfszuweisungen und forderte österreichweit nachvollziehbare Regeln.

Die Bedarfszuweisungen, so erklärte Mitterer, stünden den Gemeinden zu, würden aber durch die Länder an die Gemeinden weitergegeben. Zumindest Mitsprache bei den Kriterien, nach denen diese Mittel

vergeben werden, sei durchaus angebracht. Stadler forderte weiters die Öffnung der Bundes-Finanzierungsagentur (ÖBFA) für Städte und Gemeinden, um günstige Darlehen zu bekommen.

Hans-Heinrich Blotevogel betonte, es gebe kein internationales „Blaupausemodell“ für den österreichischen Finanzausgleich, man kann Ideen abschauen, aber „letztlich bleibt der Finanzausgleich immer das Ergebnis politischer Verhandlungen“.

Er empfiehlt Gemeindefusionen wie in Nordrhein-Westfalen, wo Gemeinden unter 5.000 EinwohnerInnen rigoros fusionieren mussten. Blotevogel: „Der Aufschrei war zwar zunächst groß, aber letztlich fragt zehn Jahre später keiner mehr danach.“

Zu einer Reform des Finanzausgleichs sei aber Mut und viel Zeit notwendig, so waren die ExpertInnen einig: das Thema ist komplex und nur kleine Veränderungen haben starke Auswirkungen in den betroffenen Gemeinden. Um wirklich Veränderungen herbeizuführen, müssen daher jetzt die Verhandlungen beginnen.

Dann könne man sich nicht darauf ausreden, dass man zu wenig Zeit für sinnvolle und umfassende Reformen gehabt habe. Man war sich einig, dass die Folgekosten von Entscheidungen unbedingt einbezogen und auch im Vorfeld diskutiert werden müssten.

Bedarfszuweisungen müssten Gemeindegelder sein. Die längst überfällige Grundsteuerreform war eines der am meisten angesprochenen Themen in der Diskussion. Weiters sollte die Kommunalsteuer auch für öffentlich Bedienstete eingehoben werden. Eine entscheidende Forderung war auch, dass es mehr Weitblick und weniger Blockaden geben müsse. Finanzmittel, die nur Bestehendes absichern, dürften nicht weiter verteidigt werden. Es bestehe – darauf wurde auch von fachlicher Seite hingewiesen – nicht der große Zwiespalt zwischen großen Städten und kleinen Gemeinden. Denn funktionell hingen die Städte und die ländlichen Regionen trotz ihrer Unterschiedlichkeit zusammen und hätten durchaus viele gleiche Interessen. ■

## ARBEITSKREIS 3:

# „Smart Urban Living: Meine Stadt – Mein LebensRAUM“

Um der Breite der Themen auch Raum zu geben, wurde die Diskussion im Arbeitskreis an acht Thementischen abgehalten. Zuvor wurde für die TeilnehmerInnen das Thema durch Impulsreferate und einen Kurzfilm aufbereitet. Durch den Vormittag führte dabei Moderator Oliver Zeisberger (Zeisberger Kommunikation). Den Vorsitz des Arbeitskreises übernahm Sonja Pitscheider, erste Vizebürgermeisterin der Stadt Innsbruck und in dieser Funktion zuständig für Energie, Umwelt, Mobilität, Tiefbau und Frauen.

**S**marTE oder intelligente Städte und Kommunen achten auf ein nachhaltiges Wachstum, einen effektiven Ressourceneinsatz und nutzen erneuerbare Energien. Doch neben allen technischen Aspekten darf die soziale Komponente keinesfalls vernachlässigt werden: Es geht beim Wettlauf um die Zukunft darum, dass Städte für ihre Bewohnerinnen und Bewohner leistbar und lebenswert bleiben. Dies ist die Grundlage unseres Wohlstandes und die Chance, Herausforderungen wie Bevölkerungszuwachs, Umwelt- und Klimaproblematik oder globale Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft aktiv zu gestalten.

Smart City Initiative und Innenstadtbelebung – egal ob technologiegetrieben oder nicht: bei beiden geht es in erster Linie um die Lebensqualität der Bevölkerung und attraktive Rahmenbedingungen für die städtische Wirtschaft. Und hier wieder um leistbares, qualitatives Wohnen, gute Erreichbarkeiten und hohe persönliche Mobilität, eine belebte, positive Umgebung, einen attraktiven öffentlichen Raum.

## Smart Urban Living – ein komplexes Thema

Im Kurzfilm „Zentren stärken – Raumordnungspolitik und Ortskernentwicklung“ des Projektteams sixpack+ stand die Leerstandsproblematik in den Innenstädten im Fokus. Persönlichkeiten aus der Planung lieferten im Rahmen des Films ebenso spannende wie durchaus provo-

kante Aussagen, die ebenfalls zur Diskussion über die Folgen des „kollektiven Traums ... vom eigenen Auto und dem Häuschen im Grünen“ aufforderten:

- Bei den meisten Häusern, Siedlungen, Einfamilienhäusern werden für Kfz-Parkplätze mehr Flächen zur Verfügung gestellt und geplant als für Kinderzimmer.
- Raumordnung ist in Österreich jene Disziplin, die sich mit den schönsten Worten schmückt und die wenigsten Taten folgen lässt.
- Das Raumordnungsgesetz ist eines der mächtigsten Gesetze, das wir in der Landeskompentenz haben, und da können wir ganz klar eingreifen.

## Handlungsanleitung

In der Steiermark wurde im Rahmen des Projekts „Weißbuch Innenstadt“ am Beispiel der drei Städte Bad Radkersburg, Hartberg und Bruck an der Mur nach zeitgemäßen Lösungen für diese Problematik gesucht und vom Bearbeiterteam sixpack+ grundlegende Empfehlungen formuliert. Die Mitglieder des Projektteams begleiteten als Tischleiter auch die Diskussion an den Thementischen im Arbeitskreis. Ergebnisse aus den Diskussionen werden noch in den Abschlussbericht zum Weißbuch Innenstadt, das im September der Öffentlichkeit präsentiert wird, einfließen. Die im Weißbuch entwickelten Erkenntnisse sollen in ganz Öster-

reich weitere Verbreitung finden. Zum Abschluss des Einführungsblocks stellte Kai-Uwe Hoffer, Smart-City-Projektleiter der gastgebenden Stadt Graz, das Projekt „Smart City Graz“ vor. Die Strategien für eine nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung sollen die stark wachsende Stadt Graz zu einem zukunftsfähigen, ressourcenschonenden und qualitativen Lebensraum machen. Im zentrumsnahen Leitprojekt rund um das ehemalige Industriegebiet entlang der Wagner-Biro-Straße entsteht ein neuer Stadtteil, der als Testfeld für smarte Stadtentwicklung wegweisende Projekte – wie die erstmalige Realisierung eines lokalen Energienetzes sowie eines begleitenden Stadtteilmanagements, das alle lokalen AkteurInnen mit einbezieht – beherbergt und sich nunmehr in der Umsetzungsphase befindet.

## Spannende Diskussion an den Thementischen

Die Diskussion an den Thementischen wurde neben der Tischleitung jeweils auch von einem Fachexperten bzw. einer Fachexpertin begleitet, der/die einen einführenden Impulsbeitrag zum Tischthema lieferte, bevor man in die gemeinsame Diskussion einstieg.

Nach dem fachlichen Input waren die Gesprächsrunden eröffnet, Erfahrungen wurden ausgetauscht, Best-Practice-Beispiele vorgestellt, Forderungen formuliert und zum Abschluss Tisch für Tisch dem Plenum präsentiert.

### Thema 1

An Tisch 1 wurde das Zusammenleben im Quartier (Prämissen einer qualitativen Stadtplanung für den Smart Citizen von Morgen) behandelt. An diesem Tisch wurden die sogenannten „weichen Faktoren“ (Nachbarschaft, Netzwerke, Lebensqualität, etc.) diskutiert, welche in einer Smart City gleich gewichtet sein müssten wie wirtschaftliche und technische Faktoren. Als Beispiel für die Messung sozialer Faktoren wurde das Lebensqualitätsmodell LQI in Graz angeführt, das oft für Förderprogramme wichtig sei. Folgende Forderungen wurden gestellt:

- Sozialraumanalysen und Gemeinwesenarbeit müssen in allen Städten etabliert werden.
- „Smart Funding“: Budgetmittelzuteilung neu gewichten. Vor allem im Bereich des Bauens darf nicht nur auf Gebäude und Technik fokussiert werden, sondern auch auf die Nutzung und eine Prozessbegleitung. Für soziale Initiativen in den Stadtteilen soll mehr Geld zu Verfügung gestellt werden.

Die zentrale Botschaft dieses Tisches lautet: Die smarte Stadt ist eine soziale Stadt!

### Thema 2

Tisch 2 widmete sich dem öffentlichen Raum und hier insbesondere der Ambivalenz zwischen Potenzialen und Restriktionen. Die DiskussionsteilnehmerInnen bestätigten ein großes Gefälle im Bewusstsein über die Bedeutung des öffentlichen Raumes zwischen kleinen und großen Städten. Untersuchungsmethoden wie Sozialraumanalysen sind in kleinen Städten kaum bekannt. Ein diesbezüglicher Informationsaustausch zwischen österreichischen Städten wäre zusätzlich zum Städtetag – als eine Art Plattform – überlegenswert. Des Weiteren wurde angedacht, in geeigneten Fällen die Finanzierung der Planungs- und Bautätigkeiten im öffentlichen Raum um eine vorausgehende Funktions- und Sozialraumanalyse zu erweitern. Der öffentliche Raum wird von vielen BewohnerInnen als Raum für die eigenen Bedürfnisse gesehen. Eine urbane Nutzungsvielfalt wird nicht akzeptiert und Nutzungsinteressen stoßen aufeinander. Von Wohnbauträgern werden Wohnbedingungen versprochen, die ohne Restriktionen gegen andere



Sonja Pitscheider, Vizebürgermeisterin der Stadt Innsbruck, forderte die EntscheidungsträgerInnen zu mehr Mut und zur Bereitschaft auf, Fehler zuzulassen.

Markus Wache

FreiraumnutzerInnen nicht eingehalten werden können. Das Thema der Haftungen bei Aktionen und Nutzungen im öffentlichen Raum kann nicht alleine von den Gemeinden abgedeckt werden.

### Thema 3

An Tisch 3 wurde den neuen Bau- und Nutzungskonzepten für die Erdgeschoßzone nachgegangen und auch hier die Grenzen der Einflussnahme diskutiert. Nutzungen wie Garagen, Fahrradabstellplätze, Müll- und andere Serviceeinrichtungen gelten in der Erdgeschoßzone als problematisch.

Ihre Errichtung ist einerseits vorgeschrieben, andererseits für das Erdgeschoß nicht adäquat. Der falsche Weg wäre es, die Serviceflächen weiter in dieser Art und Weise zu fördern (teilweise zu 50 Prozent), denn so erreichen die Bauherren zwar die angestrebten Durchschnittskosten, doch der Preis ist fraglich. In Luxemburg und den Niederlanden hat man im Fall von längerem Leerstand und Vernachlässigung nach einer gewissen Zeit mit steuerlichen Konsequenzen zu rechnen.

### Forderungen zu drängenden Änderungen:

- Förderungen wie die Wohnbauförderung müssen häufiger in Richtung Smart City führen.
- Raumordnungsgesetze, Bauordnung und andere Regelwerke der Bundesländer müssen die besonderen Bedürfnisse urbaner Strukturen berücksichtigen.
- Im Hinblick auf „smarte Lösungen“ muss die Problematik der unterschiedlichen Vorgaben des Mietrechtsgesetzes gelöst werden.

### Thema 4

Wie viel (Mindest-)Dichte braucht die Stadt? fragten sich die TeilnehmerInnen an Tisch 4. Hier gibt es keine rezepthaften Lösungen, jede Situation ist gesondert zu untersuchen. Allgemein herrscht in Österreich „Angst“ rund um das Thema Urbane Verdichtung. Daher geht es darum, wie man den Mehrwert von Nachverdichtungen vermitteln kann!

Als positiv wird Dichte vor allem in der sozialen Dichte (im Miteinander), in der Qualität der öffentlichen Räume und in

der Versorgung mit Infrastruktur und dem Angebot von Bildung und Kultur wahrgenommen.

Innerstädtische Verdichtung hat selbstverständlich zur Folge, dass man den öffentlichen Verkehr ausbauen und ausreichend Grünflächen zur Verfügung stellen muss.

#### Folgerungen:

- Nachverdichtung der Innenstädte zur Nutzung des Wohnens: wenn mehr BewohnerInnen in der Innenstadt sind, dann kommen die Geschäfte, etc. von selbst.
- Kostenwahrheit bei den Infrastruktur- und Erhaltungsbeiträgen: wenn man die tatsächlichen Kosten standortbezogen umwälzen könnte, würden automatisch mehr Menschen in die Innenstädte ziehen.

Die generelle Forderung an diesem Tisch ist die Rückeroberung des Straßenraums für die Menschen als wichtiger Qualitätsparameter für die StadtbewohnerInnen und -benutzerInnen.

#### Thema 5

Tisch 5 beschäftigte sich mit Mobilitätslösungen mit Zukunftsperspektive für Städte und Stadtteile. Einerseits wurde die Forderung nach mehr Dichte und kurzen Wegen gestellt, vor allem in den Innenstädten, damit die Städte zu funktionieren beginnen. Andererseits wurden Flächenmanagement und Außenreduzierung (Schwächung des Außenhandels am Stadtrand) gefordert.

Zudem braucht es dringend eine Modal-Split-Verschiebung in Richtung Reduzierung des MIVs und Stärkung des Umweltverbunds. Um dies zu erreichen, müssen die Nachteile für AutofahrerInnen endlich besser vermittelt werden. Zu den sogenannten Push-Faktoren zählen Stellplatzbeschränkungen, Mobilitätsverträge bei neuen Nutzungen, Verkehrsberuhigungen, Fußgängerzonen, kürzere Fußwege oder auch attraktive Umgebungsgestaltungen für FußgängerInnen. Eine weitere Forderung bezog sich auf das Thema der Kostensteuerung. Hierbei bedarf es einer Überlegung, inwiefern Kosten als Steuerungsinstrument eingesetzt werden können und dies auch akzeptabel sei.

#### Thema 6

Der bestbesuchte Tisch versuchte die Frage „Leerstand versus Frequenzbringer - Wie füllen wir die Stadt erfolgreich mit Leben?“ zu beantworten. Ein Großteil der TeilnehmerInnen stürmte diesen Tisch und beteiligte sich rege an der Diskussion. Alternative Nutzungen gelten als Schlüssel zur Zentrenbelebung. Neben Wohnnutzung mit kommunizierenden Erdgeschoßzonen gelten hierfür auch soziale Infrastruktur und soziale Nutzungen wie Kindergärten, Schulen, Bildungseinrichtungen und



Architekt Roland Gruber, Mitinitiator und Projektleiter mit „nonconform architektur vor ort“ der Österreichischen Leerstandskonferenz ([www.leerstandskonferenz.at](http://www.leerstandskonferenz.at)).

Hochschulen (hoher Bedarf auch teilweise an temporären/projektbezogenen Raumnutzungen). Auch die Kreativwirtschaft und kulturelle Nutzungen für Events/Veranstaltungen, Freischaffende, Gastronomie und Tourismus (Beherbergung z.B. bei leerstehenden ehem. Wohnnutzungen / in Einfamilienhäusern) zählen zu den Alternativen. Wichtig dabei ist stets die Ermöglichung von temporärer Nutzung / Zwischennutzung. Vernetzung und hochwertige, ernstzunehmende, nachhaltige Beteiligungsprozesse spielen eine wichtige Rolle.

#### Empfehlungen

1. Alternative Nutzungen (zu klassischem Einzelhandel) ermöglichen und Ideen gemeinsam entwickeln.
2. breit aufgesetztes, kooperatives und proaktives Leerstandsmanagement als zentrales Instrument.
3. Bürgerbeteiligung als grundlegendes Planungsprinzip (BürgerInnen als WissensträgerInnen und NutzerInnen respektieren, einladen und nachhaltig einbringen).

4. Die Stadt als Role Model: mit Good Practices vorangehen und Beispielquartiere bzw. -objekte schaffen; als Eigentümer von Immobilien verantwortungsvoll und vorbildlich damit umgehen; die eigenen Prinzipien verfolgen.

#### Thema 7

Auch die Thematik „Stadt und/oder Umland – stadregionale Wechselwirkungen zwischen Konkurrenz und Symbiose“ erfordert im Zusammenhang mit „smarter“ Innenstadtentwicklung Berücksichtigung und wurde an Tisch 7 behandelt. Zu unterscheiden sind zwei Ebenen der Stadt-/Umland-Thematik: Regionale Ebene und Städte im EU-Raum. Zweite Beziehung sollte durch Bildung und Stärkung von Agglomerationsräumen mit dem Ziel wettbewerbsfähiger Standorte verbessert werden.

Die Stadt-/Umland-Beziehung auf Regionsebene muss in Zukunft geprägt sein von regionaler Kooperation, denn eine langfristige Entwicklung kommt nicht an regionaler Zusammenarbeit vorbei. Eine Lösung würden regionale Kooperation und der Finanzausgleich bringen. Die regionale Zusammenarbeit sollte zudem dringend an Förderungen gekoppelt werden, also dass Mittel nur dann ausbezahlt werden, wenn Kooperationsbereitschaft vorhanden ist.

Gleichzeitig müssen aber auch Rahmenbedingungen geschaffen werden:

- Lenkungsmaßnahmen in der Planung (verordnet meist nicht möglich);
- Neue politische Kultur des Raumdenkens *muss* stattfinden;
- Gesetzliche Grundlagen der Steuer (Umsatzsteuer) und des Gewerberechts stehen derzeit regionalen Kooperationen im Weg (z.B. bei gemeinsamen Bauhöfen);
- Entwicklungsgesellschaft zum Ankauf von gemeinsamen Flächen;
- Beispiel Karlsruhe: Abschlagszahlungen für Betriebe am Stadtrand.

Eine weitere Forderung ist die Schaffung einer Ebene zwischen Gemeinde und Land in Richtung Regionsparlament, wo Dinge von der Gemeinde „nach oben“ bzw. vom Land „nach unten“ abgegeben werden können.

## Thema 8

Als übergreifendes Thema wurden an Tisch 8 explizit „Instrumente, Förderungen, Maßnahmen – gemeinsame Lösungen für den Wirtschafts- und Lebensraum Stadt“ diskutiert. Inzwischen ist klar, dass es zu viele verschiedene Förderungen gibt, die teilweise konkurrierende Ziele fördern. Ein Vorschlag wäre daher ein Bonuspunktesystem für vernetzte Entwicklungsprozesse – von mehreren Sanierungsobjekten/gemeinsamen Straßenzügen, etc. – gleichzeitig einzuführen, um so z.B. Anreize für gemeinsame Entwicklung zu geben, statt Einzelobjektförderung im Althausanierungsbereich allein zu fördern.

Energiekennzahlen allein sind die falschen Förderungskriterien. Förderprogramme müssen individueller auf lokale Gegebenheiten eingehen können und NutzerInnen sowie Umfeld müssen in die Förderungskriterien einbezogen wer-

den. Das Schweizer Modell der „Baugruppen“ könnte als Einmalprojektgenossenschaften späterer NutzerInnen angeregt werden. Weiters wurden Entwicklungen ganzer Viertel in vernetzten Masterplanprozessen über alle Politikbereiche angesprochen. Bei den Förderprogrammen wäre mehr Flexibilität wünschenswert, um die Bedürfnisse der NutzerInnen individueller berücksichtigen zu können. Darüber hinaus bedarf es einer Reduktion der bauphysikalischen Anforderungen in der Althausanierung.

## FAZIT

Dem Österreichischen Städtebund ist es ein großes Anliegen, diese wertvollen Ergebnisse zu sammeln und für seine Mitglieder zu vertreten. Der Arbeitskreis am diesjährigen Städtetag war eine erste Station auf diesem Weg, um sich auszutauschen sowie zentrale Anliegen und Forderungen zu formulieren.

## Als nächste Schritte sind in den kommenden Monaten unter anderem geplant:

### a) Wissensnetzwerk

Gemeinsam mit relevanten AkteurInnen und Interessensvertretungen (Wirtschaftskammer Österreich, Gemeindebund, etc.) ist geplant, zu verschiedenen Schwerpunktthemen einen Austauschprozess in den Bundesländern zu beginnen, um auch die Länder zu erreichen und dort die Anliegen zu deponieren. Gleichzeitig sollen die TeilnehmerInnen weiter von „guten Beispielen“ hören und Erfahrungen austauschen.

### b) Amtstafel

Zur Unterstützung werden die Ergebnisse und Beispiele laufend auf Online-Plattformen gesammelt, z.B. auf der Website des Städtebundes. ■

**INFO:** [www.amtstafel.at](http://www.amtstafel.at)

**Jetzt Abo bestellen!** [www.staedtebund.gv.at](http://www.staedtebund.gv.at)

## Wir verbinden Städte in einem Magazin

- Finanzen
- Gesellschaft
- Kultur
- Umwelt
- Europa
- Politik
- Sport
- Sicherheit
- Mobilität
- Bildung



Der Österreichische Städtebund verbindet rund 250 Städte und Gemeinden. Er gibt 10 Mal jährlich die Österreichische Gemeindezeitung (ÖGZ) heraus. Schwerpunkte sind aktuelle kommunalpolitische Themen. Das Einzelheft kostet 4,50 Euro, das Jahresabo 42 Euro. Abo-Anfragen an Frau Angelika Stola, Bohmann-Verlag, 1110 Wien, Leberstraße 122, Tel.: (01) 740 32/462, E-Mail: [a.stola@bohmann.at](mailto:a.stola@bohmann.at)



**holluQUID**  
DIE NEUE DIMENSION DER TEXTILHYGIENE.

Ein vollautomatisches Flüssigwaschsystem welches durch maximale Flexibilität sämtliche Herausforderungen meistert.

INTERESSIERT?  
Hier geht's zum Video:  
[www.hollu.com](http://www.hollu.com)

Der Spezialist für Sauberkeit, Hygiene und Wohlbefinden.  
Julius Holluscheck GmbH · A-6170 Zirl · Salzstraße 6 · Tel. +43 5238 52800 · [www.hollu.com](http://www.hollu.com)

BEZAHLTE ANZEIGE

Prominentester Teilnehmer  
des Arbeitskreises: Sozialminister  
Rudolf Hundstorfer erklärte sich bereit,  
zu prüfen, ob Lehrstellen auch mit  
AsylwerberInnen besetzt werden können.

#### ARBEITSKREIS 4:

# Friedliches Zusammenleben in Österreichs Städten und Gemeinden

Wie gelingt das Zusammenleben der Menschen in Ballungsräumen? Helfen wir Jugendlichen, deren Fluchtweg in Österreich endete, eine Perspektive zu finden? Welche Beschäftigungsmöglichkeiten sind für AsylwerberInnen sinnvoll und möglich? Und wie begegnen Städte der Armutsmigration – also auch der Bettelei? Diese brennenden Fragen standen im Zentrum des vierten Arbeitskreises des Städtetags.

Unter dem Vorsitz des Grazer Bürgermeisters Siegfried Nagl zum Thema „Friedliches Zusammenleben in Städten und Gemeinden“ tagte der Arbeitskreis mit rund 80 ZuhörerInnen. Alexandra Förderl-Schmid, Chefredakteurin der Zeitung „Der Standard“, moderierte. Prominentester Teilnehmer war Sozialminister Rudolf Hundstorfer – er stand den TeilnehmerInnen Rede und Antwort und arbeitete intensiv mit. Aufgrund der Vielfältigkeit des Themas tagte der Arbeitskreis in vier Untergruppen. Das Thema von Tisch 1 lautete: „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Österreich“. Dieses Thema wird mittlerweile in den großen Städten überall sehr viel diskutiert und findet auch medialen Niederschlag. Tisch 2 hat sich mit Asylverfahren und Arbeit beschäftigt.

Das Thema von Tisch 3 war Armutswanderung in Europa. Es ging dabei speziell um die etwa 12 Millionen Roma, die in Europa leben. Tisch 4 beschäftigte sich mit Segregation in den Städten. Junge AsylwerberInnen, viele unter ihnen

auch ohne elterliche Begleitung, haben große Probleme, eine Lehrstelle – und damit eine Perspektive – zu finden. Derzeit gilt ein Erlass, wonach nur in ausgewählten Bereichen AsylwerberInnen aufgenommen werden. Diese sogenannten Mangelberufe sind jene, in denen sich kaum andere Personen für Lehrstellen interessieren. Christian Schörkhuber von der Volkshilfe Oberösterreich brachte einen neuen Vorschlag ein: Die Anzahl der Lehrlinge einer Firma sollte mit jener des Vorjahres verglichen werden und wenn das Unternehmen mehr Lehrstellen als im Vorjahr ausschreibt, sollten diese auch mit AsylwerberInnen besetzt werden können. Ein erstes positives Signal kam dazu von Sozialminister Hundstorfer: „Diesen Vorschlag halte ich für sinnvoll. Wir werden ihn wohlwollend prüfen.“

Ein weiterer Vorschlag von TeilnehmerInnen: die restriktiven Beschränkungen des Arbeitsmarkts sollten für AsylwerberInnen nach einem Jahr Aufenthalt im Land aufgehoben werden. Diesem Vorschlag gab Hundstorfer noch kein grünes Licht, zu



Markus Weiche

sehr muss er als Sozialminister ein Auge auf die Gesamtsituation haben: „Wir haben 380.000 arbeitslose Personen, die ich leider nicht wegdiskutieren kann – diese Menschen und ihre Situation muss ich im Auge behalten“, betonte er. Ein Aspekt, der generell Zuwanderung betrifft, werde sich demnächst bessern: Die Nostrifikation von im Ausland erworbenen Diplomen soll österreichweit vereinheitlicht und deutlich zügiger abgewickelt werden.

### **Mehr Betreuung für unbegleitete Minderjährige**

Rund 1.000 minderjährige Flüchtlinge, die auf sich alleine gestellt sind, kamen 2013 nach Österreich. Auf der Suche nach Schutz und einer Perspektive für ihr Leben brauchen diese jungen Menschen vor allem qualifizierte Hilfe, um ihre oft sehr traumatischen Erlebnisse zu bewältigen und vor allem nicht in die Kriminalität abzudriften. Der Arbeitskreis kam in dieser Frage zu einer klaren Forderung nach österreichweit einheitlichen und hochwertigen Betreuungsstandards für diese Perso-

nengruppe. Claudia Gössl, die dieses Thema betreute, verwies auf Best-Practice-Beispiele, die zeigen, dass sich die Investitionen in diese Betreuung langfristig rentieren.

### **Zuwanderung ist wichtig**

Der Sozialminister aber auch zahlreiche andere, die sich zu Wort meldeten, betonten die Notwendigkeit von Zuwanderung: „Wir brauchen Zuwanderung, denn wir haben heuer erstmals 10.000 15-Jährige weniger als im Vorjahr. Wir merken diesen Geburtenrückgang jetzt schon sehr deutlich und werden daher langfristig Zuwanderung brauchen.“ Dass diese gleichzeitig allerdings starken Restriktionen unterliegt, wird nicht verheimlicht: Im Unterschied zu Deutschland wird in Österreich selbst bei EU-BürgerInnen, die einwandern möchten, überprüft, ob sie sich selbstständig erhalten können.

In diesem Zusammenhang würden auch immer wieder falsche Zahlen über die EU-Pensionistinnen und -pensionisten auftauchen. Ein kleines Beispiel: 300 Ru-

mäninnen und Rumänen würden in Österreich die Ausgleichszulage erhalten. 1.700 Österreicherinnen und Österreicher erhalten eine solche in Deutschland.

### **Bildung ist Schlüssel zur Integration**

„Wir müssen jungen Menschen Chancen, Ausbildung und Arbeit geben. Sie müssen erfahren, dass sie gebraucht werden“, betonte Bürgermeister Nagl und wünschte sich ebenfalls Erleichterungen in der Frage des Zugangs von AsylwerberInnen zum Arbeitsmarkt.

Dass Bildung und Ausbildung der zentrale Schlüssel auch zur Verbesserung der Situation der Roma ist, war unbestritten: Hier wäre auch noch ein größeres Potenzial an EU-Projekten auszuschöpfen und auch die Idee der Roma-Gymnasien ist anzudenken, lautete der Vorschlag aus der Arbeitsgruppe. Zur langfristigen Lösung dieser Problematik ist jedenfalls auch die EU aufgerufen, schließlich muss sich die Situation dieser Menschen in ihren Herkunftsländern verbessern. ■

## ARBEITSKREIS 5:

# Schulen und Kommunen auf dem Weg zum gemeinsamen Lernen

Der fünfte Arbeitskreis widmete sich dem Thema Bildung. Unter der Moderation der stellvertretenden Chefredakteurin des Kurier, Martina Salomon, diskutierten hochkarätige PodiumsteilnehmerInnen – darunter Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek, der deutsche Kultur- und Bildungsberater Wolfgang Weiß, Peter Härtel, Geschäftsführer der Steirischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft und der Grazer Stadtrat und Vorsitzende des Arbeitskreises, Kurt Hohensinner.

Ministerin Heinisch-Hosek sprach sich vor allem für mehr Schulautonomie und gegen das derzeitige „Gießkannen-Prinzip“ aus: „Jedes Kind hat unzählige Talente und Begabungen. Die Schule der Zukunft soll diese Stärken in jedem Kind fördern, und dort, wo es nicht so gut läuft, so früh wie möglich gezielte Unterstützungsangebote machen. Ein besserer Übergang vom Kindergarten in die Volksschule und der Ausbau ganztägiger Schulformen steigern die Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler. Gemeinsam mit den Ländern habe ich einen Dialog darüber ins Leben gerufen, wie Schule künftig aussehen soll, wie wir effizienter werden und gleichzeitig für mehr Qualität in den Schulen sorgen können. Die beste Bildung für unsere Kinder – das ist die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen.“ Sie werde auch eine Weiterentwicklung der sogenannten „inkluisiven Bildung“ vorantreiben, so Heinisch-Hosek. Also Voraussetzungen schaffen, um allen Menschen die gleichen Möglichkeiten zu eröffnen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben, um ihre Potenziale entwickeln zu können, unabhängig von besonderen Lernbedürfnissen, Geschlecht, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen. Die föderalen Strukturen müsse man jedenfalls entflechten, betonte die Bildungsministerin. Sie werde sich für einen aufgabenorientierten Finanzausgleich ein-

setzen, der die Finanzmittelverteilung nicht nach Köpfen, sondern nach Aufgaben regeln soll. Und: „Eine Umverteilung der Finanzen ist das Gebot der Stunde.“

## „Kommunen sollen gestalten statt verwalten“

Bildungsberater Wolfgang Weiß machte die Wichtigkeit von kommunaler Bildungsgestaltung deutlich, denn man könne nicht alles auf Bundesebene entscheiden: „In Zeiten, wo Stadtteile und ganze Regionen sozial auseinanderdriften, brauchen wir eine aktiv gestaltende Bildungsverantwortung vor Ort. Denn die Sachkundigen und Praxiserfahrenen sitzen Großteils in den Städten und Gemeinden. Letztlich entscheiden sie mit ihren Aktivitäten und lokalen Netzwerken darüber, ob und vor allem wie die hehren Bildungsziele dann umgesetzt werden, z.B. wie die Schule mit den Museen, Bibliotheken, Theatern, mit den Sportvereinen, den Jugendverbänden, und all den anderen außerschulischen Bildungsinstitutionen vor Ort zusammenarbeiten.“ Sie würden auch am besten den lokalen Qualifizierungsbedarf der Wirtschaft eruieren können und an die Schulen zurückmelden, um entsprechende Partnerschaften zu entwickeln. Sie würden auch am besten feststellen können, in welchen Stadtteilen besonderer Förderbedarf bestehe und darauf bezogene Bildungsmaßnahmen entwickeln, die auch praktische Erfolge zeigen, und, was besonders wichtig

ist, die Familien in diesen Prozess von Anfang an integrieren – und zudem für angemessene Transparenz in solcher Bildungslandschaft sorgen. Doch Vernetzung und Eigenverantwortung von Schulen und Kommunen sei nicht alles in der kommunalen Bildungslandschaft. „Erfolg wird sich nur einstellen, wenn die Gesamtverantwortung des Staates erhalten bzw. neu definiert wird. Denn ohne dessen zentrale Steuerung, z.B. durch Festlegung der wichtigsten Strukturen, Standards und vor allem der zentralen Bildungsziele besteht die Gefahr, dass die verschiedenen Stadtteile und Landesregionen bildungsmäßig und sozial immer weiter auseinanderdriften und die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen immer weniger gegeben ist“, so Weiß. Es komme deshalb darauf an, herauszufiltern, auf welcher Ebene welche bildungspolitischen Entscheidungen zu treffen sind. Die Stärkung der kommunalen Bildungsverantwortung sei dabei ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft für Bildung.

Auch Peter Härtel, Geschäftsführer der Steirischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, sieht die Verantwortung für Schulen klar bei den Kommunen und meint: „Die Aufgaben sind klar definiert. Bildung und Lernen sind aber mehr als Schule. Lernen geschieht im öffentlichen Raum genauso wie in Bibliotheken, Kultur- und Sportvereinen, in ehrenamtli-

chen Tätigkeiten ebenso wie in Unternehmen und am Arbeitsplatz. Auf Vieles davon hat die Stadt direkt oder indirekt Einfluss. Wie dieser Einfluss wahrgenommen wird, bestimmt wesentlich die Bildungs- und damit auch Lebensqualität in der Stadt.“

Konkrete Maßnahmen, um mit den Herausforderungen im Bildungsbereich umzugehen, zeigte Stadtrat Kurt Hohensinner auf: „Graz hat in den nächsten Jahren Wesentliches umzusetzen. Einerseits müssen wir massiv in die Infrastruktur investieren, da erfreulicherweise Graz Jahr für Jahr wächst und somit mehr Klassenräume benötigt werden. Andererseits sind wir gerade dabei, die Bildungsstrategie ‚Bildung findet Stadt‘ umzusetzen. Bis Ende 2015 werden wir – und das ist ein sehr ehrgeiziger Vorsatz – 35 konkrete Maßnahmen wie z.B. die tägliche Turnstunde und einen Talente-Pass einführen. Wir wollen gestalten und nicht mehr als ‚Schulhausmeister‘ bezeichnet werden.“

Mit einer kritischen Metapher setzte Hohensinner fort: „Das österreichische Schulsystem kann man mit einem Auto vergleichen, in dem drei Personen sitzen, die alle in eine andere Richtung fahren wollen, sich aber noch nicht einmal darüber einig sind, wer das Benzin zu bezahlen hat.“ Das Zuständigkeitsgerangel im österreichischen Schulsystem sei das zentrale Problem. Seit Jahrzehnten würden wir über dieselben Themen diskutieren: über die Gesamtschule, über die Ganztagschule, über die Schulautonomie und über die Personalhoheit. Es gäbe zwar immer wieder gute, engagierte Vorhaben, jedoch kämen wir nicht wirklich vom Fleck.

Im Zuge des Arbeitskreises wurden konkrete Forderungen formuliert:

Das österreichische Bildungssystem brauche eine Verwaltungsvereinfachung: Hier müsse es endlich eine Entflechtung der Kompetenzen geben. Der Bund sei gefordert, klare Bildungsziele vorzugeben und zu kontrollieren. Die Kommunen sollten mehr Verantwortung, aber auch entsprechende finanzielle Ressourcen übertragen bekommen, um die Ziele umsetzen zu können.

In Zeiten, in denen ganze Stadtteile sozial auseinanderdriften, brauche es aktive Bil-



v.l.n.r.: Stadtrat Hohensinner, Bildungsministerin Heinisch-Hosek, Bildungsberater Weiß, Moderatorin Salomon und Peter Härtel, GF der Steirischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft.

dingsverantwortung vor Ort. Diesbezüglich seien Städte und Kommunen gefordert, Bildungsstrategien zu entwerfen, und zwar nicht nur Strategien betreffend Schule, sondern es gehe auch um Bildung in der Freizeit und um soziale Bildung. Die Stadt Graz hätte im vergangenen Jahr eine solche Bildungsstrategie entwickelt, und setze diese jetzt Schritt für Schritt um. Einen wichtigen Punkt würden die Bildungsübergänge von einer Bildungseinrichtung in die nächste darstellen, zum Beispiel vom Kindergarten in die Volksschule. Diese Bildungsübergänge müssten fließend gestaltet werden. Die Schule der Zukunft sollte in die Talente der Kinder investieren. Wenn man Kinder heutzutage befrage, welche Talente sie haben würden, dann könnten sie oft ihre Stärken nicht wirklich formulieren. Daher sei es das Gebot der Stunde, Kindern ihre Stärken bewusst zu machen.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei es, die Wirtschaft in die Schule hereinzuholen. Diesbezüglich gäbe es verschiedene Best-Practice-Modelle wie zum Beispiel auch die Einrichtung von Wirtschaftspatenschaften. Auch die tägliche Turnstunde – die im Vorjahr alle Parteien geschlossen gefordert haben – sollte umgesetzt werden. Viele Kommunen und Schulen würden wenigstens versuchen,

die tägliche Bewegungseinheit umzusetzen – so auch in Graz. Im Arbeitskreis war man sich einig, dass unbedingt an der Forderung nach einer täglichen Turnstunde festgehalten werden müsse.

Auch die Schaffung zusätzlicher Bildungsinfrastruktur vor allem in großen Städten sei unumgänglich. Allein in Graz habe man pro Jahr in den Volksschulen 260 zusätzliche SchülerInnen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr. In den nächsten zehn Jahren rechne man bei den Unter-Zehnjährigen mit einem zusätzlichen Bedarf von über zehn Prozent. Deshalb sei es für die Kommunen wichtig, vorausschauend qualitativ hochwertigen Schulraum zur Verfügung zu stellen.

## FAZIT

Abschließend war sich der Großteil der TeilnehmerInnen einig, dass es nicht einzusehen ist, dass der Bund die Umsatzsteuer auf die Kommunen übergewälzt hat. Im Hinblick darauf sei die Finanzpolitik gefordert, wieder die Möglichkeit eines Vorsteuerabzugs zu schaffen beziehungsweise eine dementsprechende Förderung bereitzustellen.

Gerade in den großen Städten brenne dieses Thema unter den Nägeln, denn dort stehen großen Investitionen im Bildungsbereich bevor. ■

# „Kommunale Leistungen sichern Wertschöpfung vor Ort“

In seiner Abschlussrede erinnerte Generalsekretär Thomas Weninger daran, dass Städte und Gemeinden nach wie vor der größte öffentliche Investor in Österreich seien. Der Spielraum für Investitionen sei aber stark zurückgegangen – eine Entflechtung der Transfers längst an der Zeit.



In seiner Rede am 64. Österreichischen Städtetag in Graz ging der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Thomas Weninger, zunächst auf die europäische Dimension der Städtepolitik ein und rief das Motto „Think globally, act locally“ in Erinnerung: „Viele neue Spielregeln, die mittelbar und unmittelbar Auswirkungen auf die Städte haben, werden auf internationaler und europäischer Ebene getroffen, auch wir müssen uns daher auf dieser Ebene stark machen“, so Weninger.

„Die Leistungen der Daseinsvorsorge stehen unter einem hohen Druck, einerseits durch den einseitig am Wettbewerb orientierten EU-Binnenmarkt, sowie global durch Freihandelsabkommen mit den USA, Kanada oder Japan“, so Weninger. „Dabei sind gerade diese Dienstleistungen essentiell für den Wirtschaftsstandort Stadt und für den Lebensraum Stadt: personenintensive soziale Dienstleistungen wie Kindergärten, Schulen, Senioren- und

Pflegeeinrichtungen oder auch technologieintensive wie Wasser-Versorgung und -Entsorgung, Abfall und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)“.

Eine Studie im Auftrag der deutschen Bundesregierung warnt, dass nur die kräftige Ausweitung der realwirtschaftlichen Investitionstätigkeit in Europa einen Beschäftigungsaufschwung erreichen könne – um zu verhindern, dass aus der Krise eine Dauerkrise werde und aus der konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit eine strukturelle Arbeitslosigkeit. Die Folgen hätten vor allem die Städte zu tragen: „Arbeitslosigkeit und Massenarbeitslosigkeit werden vor allem in Städten sichtbar“, sagte Weninger.

Er erinnerte daran, dass Städte und Gemeinden nach wie vor der größte öffentliche Investor in Österreich seien und damit Wertschöpfung und Arbeit sowie Beschäftigung vor Ort sichern. Zuletzt sei aber der Spielraum für Investitionen stark zurückgegangen, obwohl die Ertragsan-



„Wir fordern ein Ende des Grauen Finanzausgleichs und eine aufgabenorientierte kommunale Finanzierung. Das Ziel ist eine Zusammenführung von Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung“, betonte Städtebund-Generalsekretär Weninger.

teile gestiegen sind. Schuld an diesem Dilemma sind unter anderem die Transferleistungen an die Bundesländer, die in den vergangenen Jahren stark gestiegen sind: „von einem Euro an Ertragsanteilen gehen 75 Cent an Transfers und nur 25 Cent verbleiben in der Stadt“, so Weninger. „Laut Prognosen des KDZ wird der Anteil an Transfers bis 2017 auf 88 Prozent steigen. Hier ist dringend eine Entflechtung geboten, sind wir doch als kommunale Ebene Nettozahler in die Ländertöpfe“, so Weninger.

### Investitionen möglich machen

In Hinblick auf die anstehenden Verhandlungen zu einem neuen Finanzausgleich (FAG) richtete er sich direkt an den anwesenden Finanzminister: „Es muss möglich sein, den Städten und Gemeinden wieder die Handlungsfähigkeit zurückzugeben, als größter öffentlicher Investor wieder aktiv zu sein, um ihren Beitrag zur regionalen Wertschöpfung

und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor Ort zu leisten.“ Er forderte eine „goldene Regel“ in der Budgetpolitik, die „nachhaltige öffentliche Investitionen erlaubt, sowie die Ausnahme für dringende öffentliche Infrastrukturinvestitionen bei Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit und Pflege sowie beim ÖPNV.“



*„Es muss möglich sein, den Städten und Gemeinden wieder die Handlungsfähigkeit zurückzugeben, als größter öffentlicher Investor wieder aktiv zu sein.“*

Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

Eine Forderung, die sich auch in der vom Städtebund einstimmig beschlossenen Resolution findet; unlängst sprach sich auch IWF-Chefin Christine Lagarde für eine „Golden Rule“ aus. Weninger forderte ein Ende des Grauen Finanzausgleichs und

eine aufgabenorientierte kommunale Finanzierung. Das Ziel sei eine Zusammenführung von Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung. Weiters forderte er eine Stärkung der Abgabenaufonomie der Gemeinden und eine Reform der Grundsteuer. Ein großes Problem sei auch, dass positive Ansätze wie die Ko-

operationen zwischen Gemeinden, die die Effizienz steigern sollten, neuerdings durch die Besteuerung dieser Leistungen wieder zu nichte gemacht würden: „Einerseits will man Kooperationen auf kommunaler Ebene fördern, bestraft dies aber nun mit Belegung

der Umsatzsteuer“, kritisierte Weninger. In Anwesenheit von Finanzminister Michael Spindelegger zeigte sich der Österreichische Städtebund für FAG-Verhandlungen mit grundlegender Aufgabenreform Gesprächsbereit. ■

# Bekenntnis zu aufgabenorientiertem Finanzausgleich

Vizekanzler Spindelegger befürwortete in seiner Abschlussrede die Entflechtung der Transferzahlungen – eine langjährige Forderung des Österreichischen Städtebundes. Weiters dankte er den Kommunen, die sich in den vergangenen Krisenjahren an den Stabilitätspakt gehalten haben.

Zum Abschluss des 64. Städtetags wurde die rote Städtebund-Fahne an Bürgermeister Michael Häupl übergeben, da der Österreichische Städtetag 2015 in Wien stattfinden wird.



Fotos: Markus Wächter



Vizekanzler Spindelegger: „Es ist Zeit für eine Entflechtung der Transferzahlungen.“

Mit einer überraschenden Ansage von Finanzminister Michael Spindelegger endete der 64. Städtetag: „Wir wollen Raum schaffen für Veränderungen und stimmen einem aufgabenorientierten Finanzausgleich zu.“ Dazu Städtebund-Präsident Bürgermeister Michael Häupl: „Ich nehme diese Ankündigung, einen Systemwechsel zu vollziehen, natürlich positiv auf, bis dato sind wir mit dieser Forderung sehr einsam gewesen.“ Der Österreichische Städtebund fordert schon seit Langem eine aufgabenorientierte kommunale Finanzierung. Eine Zusammenführung von Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung ist ein zentrales Ziel. Spindelegger befürwortete in seiner Abschlussrede eine weitere langjährige Forderung des Österreichischen Städtebundes: „Es ist Zeit für eine Entflechtung der

Transferzahlungen.“ Auch sei an die Kommunen ein großer Dank auszusprechen, die sich in den vergangenen Krisenjahren an den Stabilitätspakt gehalten haben. Zu Ende der Veranstaltung sprach sich Oberbürgermeister Milan Ftáčnik aus Bratislava für eine enge Zusammenarbeit der Städte aus, um Best-Practice-Beispiele und gemeinsame Lösungen umzusetzen.

#### Fahnenübergabe an Wien zum Städtetag 2015

Am 6. Juni endete der 64. Städtetag 2014 in Graz, der unter dem Motto „Städte neu denken – Finanzen, Bildung, Soziales“ gestanden war.

Traditionell wurde zuletzt feierlich die rote Städtebund-Fahne an Bürgermeister Michael Häupl übergeben, der den nächsten Österreichischen Städtetag 2015 ausrichten wird. ■

Oberbürgermeister Milan Ftáčnik aus Bratislava sprach sich für eine enge Zusammenarbeit der Städte aus.



# Der Städtetag 2014 in Bildern ...

Der 64. Städtetag in Graz war Plattform für einen regen Gedankenaustausch von rund 900 hochkarätigen VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Im Mittelpunkt standen Österreichs Städte, die in den kommenden Jahren mit wichtigen Entscheidungen konfrontiert sind: Rasanter Zuzug in die Städte, einschneidende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Umwelt- und Klimaproblematik.



Fotos: Markus Wache

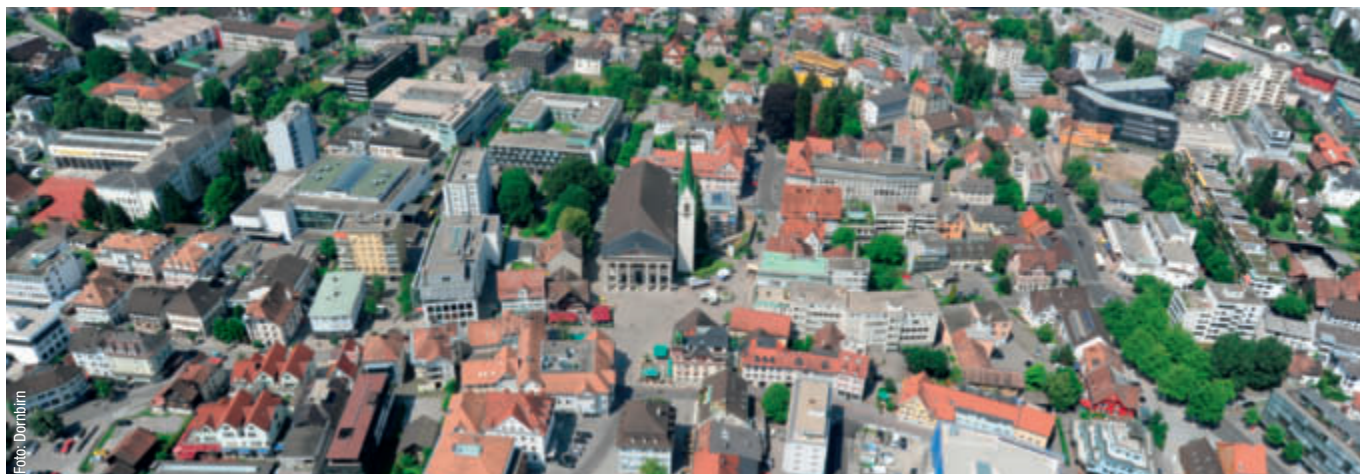








## Neues Dornbirner Kulturleitbild



Rund zehn Jahre nach der Vorstellung des Dornbirner Kulturleitbilds im Jahr 2005 soll im kommenden Frühjahr eine neue, frische Version präsentiert werden.

Die Vorarbeiten zur Überarbeitung starteten bereits im vergangenen Frühjahr. In den kommenden Sommermonaten werden die entsprechenden Grundsatzpapiere zu den einzelnen kulturellen Schwerpunkten in der Stadt der Öffentlichkeit vorgestellt. Bevölkerung und Kulturinteressierte sind zur Mitarbeit und Mitgestaltung am neuen Kulturleitbild herzlich eingeladen. Das Kulturleitbild Dornbirn stammt aus dem Jahr 2005 und wurde unter federführender Mitwirkung von Universitätspro-

fessor Reinhard Kannonier der Kunstuniversität Linz erstellt. Auf Basis des bestehenden Kulturleitbildes und eines von der Kulturabteilung erstellten Reflexionspapiers wird der renommierte Kulturhistoriker auch rund zehn Jahre später die Überarbeitung des Dornbirner Kulturleitbilds begleiten. Der Start zu diesem Projekt erfolgte im Frühjahr mit einer ersten Gesprächsrunde, zu der VertreterInnen von städtischen bzw. der Stadt nahestehenden Kultureinrichtungen eingeladen waren. Aus diesem Vorbereitungsgespräch wurden sieben Themenkreise herausgearbeitet, die sich im neuen Kulturleitbild wiederfinden sollen. Diese Themenkreise sind: Freie Szene und Jugendkultur, kreative Entwicklungsräume, Kultur und Alltag,

Ansprüche der Öffentlichkeit, Kindheit und Kultur, kulturelle Bildung sowie Einrichtungen und Häuser. Das neue Kulturleitbild soll Perspektiven bis zum Jahr 2025 aufzeigen, Maßnahmen formulieren und den aktuellen Entwicklungen in der Kulturszene angepasst werden.

Über die Sommermonate werden zu jedem Themenkreis sogenannte Grundsatzpapiere – von Reinhard Kannonier und Roland Jörg erarbeitet – veröffentlicht. Gleichzeitig ist die Bevölkerung herzlich eingeladen, sich inhaltlich und mit Ideen auch aus persönlichen Blickwinkeln zur Weiterentwicklung der Kulturszene in Dornbirn einzubringen. Die öffentliche Beteiligung am laufenden Diskussionsprozess und Inputs von verschiedenen Seiten in einem offenen Dialog sind erwünscht. Die gesammelten Ideen dienen als Basis zur weiterführenden Diskussion. Bürgermeisterin Andrea Kaufmann: „Das Kulturangebot in Dornbirn ist so breitgefächert, dass wirklich für jeden bzw. jede etwas dabei ist. Mit den Ideen und Einschätzungen der Bevölkerung möchten wir gemeinsam die erfolgreiche Entwicklung in der Kulturszene in Dornbirn zukunftsweisend fortsetzen. Alle Interessierten sind ganz besonders zum Workshop am 10. Oktober eingeladen.“

Am 10. Oktober wird dazu ein öffentlicher und frei zugänglicher Workshop zur intensiven Auseinandersetzung aller Themen im Kulturhaus stattfinden. Die Präsentation des neu erstellten Kulturleitbilds ist für Mitte Februar 2015 geplant.



Bürgermeisterin Andrea Kaufmann und Roland Jörg laden die Dornbirner Bevölkerung zur Mitarbeit an der Überarbeitung des Dornbirner Kulturleitbilds herzlich ein.

## AUS DEM STÄDTEBUND



## Prüfung von Kultureinrichtungen

Beim Fachausschuss für Kontrollamtsangelegenheiten am 9. und 10.4.2014 in Linz wurde die Prüfung von Kultureinrichtungen aus unterschiedlichen Gesichtspunkten beleuchtet.

Kritikpunkte aus vorangegangenen Prüfungen sind oft Ausgangspunkte für aktuelle Untersuchungen. Aufgezeigte Kritikpunkte können hier unter anderem das Fehlen eines strategischen Gesamtkonzepts, die nicht kalkulierte Gefahr des Ausfalls von Schlüsselarbeitkräften und das Fehlen eines professionellen Kostenmanagements sein. Neben finanziellen Gesichtspunkten gilt es aber eben auch andere Ziele, wie etwa eine Neupositionierung einer Stadt, zu beachten, insbesondere auch die Bedeutung von Kulturprojekten für den Tourismus. Das Zusammenspiel von Stadt, Land und anderen Stakeholdern gehört genauso in den Fokus der Prüfungen.

Auch über Prüfungen der Kassensicherheit und der widmungsgemäßen Verwendung von Fördermitteln wurde diskutiert.

Besonders herausfordernd sind Projekte mit grenzübergreifendem Charakter; eine Zusammenarbeit mit den benachbarten Kontrolleinrichtungen ist hier auf jeden

Fall notwendig. Bei der Messung des Kriteriums „BesucherInnenzahlen“ muss die unterschiedliche Breitenwirksamkeit von verschiedenen Themen beachtet werden.

Bei der Analyse der Nachnutzung von instandgesetzten Objekten müssen die Folgekosten mitgedacht werden.

In der Diskussion wird die Frage nach dem Ansprechen von anderen Fördertöpfen (auch EU) angerissen und mit der Frage der Abgrenzung zwischen Kultur- und Regionalförderung verknüpft.

Beim Sammlungsgut von Museen gilt es die Schwerpunkte der einzelnen Häuser zu beachten, und zu überprüfen, welche Objekte überhaupt notwendig sind. Gerade private Leihgaben, die noch nie ausgestellt wurden, sollten auch zurückgegeben werden. Auch sind Vereinbarungen mit den MitarbeiterInnen über deren private Sammelstätigkeit abzuschließen. Schließlich müssen die Eigentumsverhältnisse klar geregelt und die Rechte und Pflichten explizit in Leihverträgen festgehalten sein. Dazu gehört auch eine standardisierte Inventarisierung und elektronische Erfassung (dzt. sind nur rund 36% der Objekte im Bundesbesitz in einer Datenbank erfasst). In den Depots sollten sich auch nur Leihnamen oder Eigentum des Museums befin-

den – auch hier zeigten Prüfungen anderes. Der Verleih von Sammlungsgut ist besonders sorgfältig und nur an andere museale Einrichtungen durchzuführen. Sponsoringverträge sollten klar die beiderseitigen Leistungen auflisten. Für Veranstaltungen in den Räumlichkeiten des Museums sind zumindest kostendeckende Entgelte einzufordern. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Ziele und Aufgaben von Kultureinrichtungen bzw. -projekten in Rahmenvereinbarungen festgelegt und mit Maßnahmen und Erfolgsindikatoren konkretisiert sein sollten. Hierbei zeigten die Prüfungen oft ungenaue Zeitangaben und fehlende Operationalisierungen. Gerade „kulturpolitische“ und „wissenschaftliche“ Funktionen müssen durch messbare Größen wie Tagungen, internationale Austausche, Dokumentationen, etc. konkretisiert werden. Generell zeigt sich aber klar, dass die Frage nach dem kulturellen Mehrwert schwer zu beantworten ist, weshalb die Hilfsgrößen BesucherInnenzahlen und Deckungsgrade weiterhin aktuell sind. Am Anfang eines jeden Projektes sollte aber durchaus die Frage stehen, was erreicht werden soll.

Mag. Oliver Puchner,  
Österreichischer Städtebund

## Österreichs Gemeinden gewinnen Champions-League für Erneuerbare Energien

Die Klimabündnis-Gemeinden Kötschach-Mauthen, St. Johann im Pongau und Villach wurden als neue Europäische RES Champions in Brüssel ausgezeichnet.

meinden Spitzenreiter und Vorbilder im Bereich Energieeffizienz und Erneuerbarer Energien in Europa sind“, so der Geschäftsführer des Klimabündnisses Österreich, Peter Molnar. Die Champions

Kleinwasserkraftwerke mit einer Leistung von 9 MW, drei Öko-Bergstauseen, Kärntens einzige Windturbine, eine Biogasanlage, etliche Solar- bzw. Photovoltaikanlagen sowie drei Biomasse-Fernwärmenetze mit 4 MW Leistung: Die Klimabündnis-Gemeinde Kötschach-Mauthen gilt mit ihrem einzigartigen Erneuerbare-Energie-Mix als energieautarke Mustergemeinde. Kötschach-Mauthen ist zudem Sitz des AAE-Naturstromvertriebs: über 17.000 Privatstromkunden in ganz Österreich werden von hier aus mit Ökostrom beliefert. In Kötschach-Mauthen wurde auch Österreichs einziges Kleinwasser-Pump-Speicherkraftwerk realisiert. Die Kleinwasserkraft wird über die Alpen Adria Energie (AAE) Leitwarte aus gesteuert. Über ein vor Ort entwickeltes Steuerungsprogramm wird die erzeugte Wind-, Sonnen- und Biomasseenergie über die Wasserspeicher veredelt. 2008 wurde zudem der Verein „energie:autark Kötschach-Mauthen“ mit 31 Mitgliedern aus Politik, Wirtschaft und Bevölkerung gegründet. Einige umgesetzte Projekte: „Lerngarten der Erneuerbaren Energien“ (Experimentierwerkstatt für Schulklassen), „Energie-Erlebnis“ (Führungsprogramme für BesucherInnen-Gruppen für Erneuerbare Energieträger), „Sonnenkraftwerk Rathaus“, Thermische Sanierung Rathaus und Volksschule, Heizungsumstellungen bei gemeindeeigenen Objekten, Revitalisierungsmaßnahmen „Hydro Solar“ (Schaukraftwerk), Kooperationen und Projekttag mit heimischen Schulen.

### St. Johann im Pongau (Salzburg)

Die Stadtgemeinde St. Johann im Pongau mit 10.800 EinwohnerInnen ist seit 1998 Klimabündnis-Gemeinde und beteiligt sich seit vielen Jahren am e5-Programm für energieeffiziente Gemeinden und wurde 2008 und 2014 mit dem European Energy Award Gold ausgezeichnet. So konnten alleine durch die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger (Wasserkraft, Biomasse, Solarenergie) die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Stadt in den letzten zwei Jahrzehnten um rund 25% reduziert werden.



Kötschach-Mauthen (v.l.): Sabrina Barthel, Verein „energie:autark Kötschach Mauthen“; M.V. Berutto, Direktor Energie EU-Kommission, Bgm. Walter Hartlieb

Österreich gewinnt die Champions League. Im Fußball ein Wunschtraum, bei den Gemeinden schon jetzt Realität. Mit Kötschach-Mauthen, Villach (beide Kärnten) und St. Johann im Pongau (Salzburg) kommen bei der fünften Auflage der „Champions League für Erneuerbare Energien“ drei von vier Siegern aus Österreich. Die drei österreichischen Top-Gemeinden wurden bei der Festveranstaltung im Theater „Le Bouche à Oreille“ in Brüssel von M.V. Berutto, Direktor Energie der EU-Kommission, mit den RES Champions League Awards 2014 ausgezeichnet.

In vier Kategorien traten 10.000 Gemeinden und Regionen mit zusammen mehr als 100 Millionen EinwohnerInnen aus zwölf europäischen Ländern gegeneinander an. Die internationale Jury bewertete die installierte Leistung Erneuerbarer Energien pro EinwohnerIn, aber auch 30 verschiedene, qualitative Faktoren wie Leitbild, Energiestrategie, Bewusstseinsbildung oder Motivation und Einbindung der Bevölkerung. „Gratulation an die Sieger-Gemeinden. Das herausragende Ergebnis zeigt, dass österreichische Klimabündnis-Ge-

League für Erneuerbare Energien ist Teil des vom Klimabündnis koordinierten EU-Projektes „100% RES Communities“.

### Die Gesamtergebnisse der europäischen RES Champions League 2014

#### Bis 5.000 EW:

1. Kötschach-Mauthen (Ö), 2. Furth bei Landshut (D), 3. Attert (BEL).

#### 5.000-20.000 EW:

1. St. Johann im Pongau (Ö), 2. Alheim (D), 3. Thouarsais (F).

#### 20.000-100.000 EW:

1. Villach (Ö), 2. Rhein Hunsrück (D), 3. Dumfries and Galloway (SCO).

#### Über 100.000 EW:

1. Osnabrück (D), 2. Pilsen (CZ), 3. Highland (SCO).

### Kötschach-Mauthen (Kärnten)

Im Strombereich erzeugt Kötschach-Mauthen viermal mehr Energie aus erneuerbaren Ressourcen als die 3.400 BürgerInnen benötigen. Ebenso wird der Großteil der Wärme aus klimafreundlicher Biomasse von den lokalen Wäldern sichergestellt. 21

## AUS DEM STÄDTEBUND



St. Johann/P. (v.l.): M.V. Berutto, Direktor Energie EU-Kommission, Bgm. Günther Mitterer, Energiemanagerin Karin Schönegger

Eine große Rolle bei der Stromversorgung spielt die Wasserkraft: Wasserkraftwerke an der Salzach mit einer Leistung von 33 MW versorgen die Stadt mit klimafreundlichem Strom. In den letzten Jahren wurden zusätzlich kleinere Trinkwasserkraftwerke an verschiedenen Flüssen errichtet. Biomasse aus den nahgelegenen Wäldern wird in einem Gemeinschafts-Fernheizwerk (12 MW Leistung) mit den Nachbargemeinden genutzt. Zahlreiche solarthermische Anlagen (7.200 m<sup>2</sup>) und PV-Installationen auf den Dächern von Gemeinde- und privaten Gebäuden runden das Portfolio der Erneuerbaren Energien ab. Im Mobilitätsbereich wurde das Netz des Citybusses erweitert, die Parkraumbewirtschaftung erfolgreich ausgedehnt und ein kostenfreies E-Bike-Verleihsystem für BürgerInnen aufgebaut. Bekannt ist die Bezirksstadt auch für das Engagement ihrer Kindergärten und Schulen bei – vom Klimabündnis koordinierten – Tagen der Erneuerbaren Energien, wie Tag der Sonne, Klimastaffel oder der Europäischen Mobilitätswoche.

### Villach (Kärnten)

Als einer der ersten Städte Österreichs trat Villach bereits 1992 dem Klimabündnis bei, ist seit 2009 e5-Gemeinde und erst kürzlich der Smart-City-Initiative beigetreten. Die zweitgrößte Stadt Kärntens mit mehr als 60.000 EinwohnerInnen setzt seit 25 Jahren auf einen Mix aus Klimaschutz-Maßnahmen. Traditionelle Wasserkraftwerke an Drauf, Gail und anderen

kleineren Flüssen mit einer Leistung von 14 MW wurden in den letzten beiden Jahrzehnten ergänzt durch Biomasse-Fernheizwerke mit 40 MW Leistung thermisch und 7,5 MW elektrisch, Solarenergie (Solarthermische Anlagen über 13.000 m<sup>2</sup>, PV 1.400 kWp), Biogasanlagen und zahlreiche private Wärmepumpen. Ein Großteil des Stroms für die Stadt wird aus Erneuerbaren Ressourcen bereitgestellt, etwa 80 Prozent der Wärme für private Haushalte wird aus Erneuerbarer Energie zur Verfügung gestellt.

Derzeit läuft gerade die Umsetzung einer 500 kWp-PV-Anlage mit BürgerInnenbe-

(Smart Grids). Eine enge Kooperation besteht mit der Fachhochschule Kärnten in den Bereichen Energie und Technologie.

### Klimabündnis koordiniert „100% RES Communities“ in Österreich

Neben der RES Champions League ist der Twinning-Ansatz zwischen Organisationen und Regionen ein wichtiger Bestandteil des EU-Projektes „100% RES Communities“. Drei Jahre lang tauschen sich erfahrene und lernende Projektpartner und Regionen in einem Mentoring-Prozess aus. Ein Beispiel ist die Klima- und Energiemodellregion Waldviertler Kernland. 13 niederösterreichische Gemeinden geben ihr Know-how im Bereich Erneuerbare Energie und Energieeffizienz an die tschechische Region Mezilesí bei Austauschtreffen und Studienreisen weiter. Gemeinsam mit dem Klimabündnis und der Energieagentur der Regionen werden



Villach (v.l.): Energiemanagerin Ulrike Lackner, Bgm. Helmut Manzenreiter, EU-Projekt Koordinator Yannick Regnier von CLER, Vizebgm. Günther Albel

teiligung. Information und Motivation der BürgerInnen sind zwei zentrale Faktoren in Villach, beginnend bei der Stadtzeitung über Informationsveranstaltungen zu den Themen Energie, Mobilität oder Beleuchtung bis zu gratis Energiechecks in den Haushalten. So wurde das Stadtentwicklungskonzept gemeinsam mit den BürgerInnen entwickelt. Der Schwerpunkt des Smart-City-Projektes liegt auf der Speicherung von Energie und dem Ausbau von intelligenten Stromnetzen

nachhaltige Aktionspläne für Energie sowohl für das Waldviertler Kernland als auch die tschechische Region erarbeitet.

### INFOS:

Hannes Höller, Klimabündnis Österreich,  
Tel.: 0664 / 85 39 409  
presse@klimabuendnis.at  
www.100-ee-regionen.at  
www.100-res-communities.eu

## Großes Erdwärmepotenzial in Wien vorhanden

Die Nutzung von oberflächennaher Erdwärme sowie Grundwasser für Energiezwecke im Raum Wien hat großes Potenzial.

Das zeigt die von der Stadt beauftragte Pilotstudie „Erdwärmepotenzialerhebung Stadtgebiet Wien“ deutlich auf. Mittels Zonenkartierung werden die Nutzungsmöglichkeiten dargestellt. Der nächste Schritt folgt im Herbst 2014. Dann wird die Darstellung in die Internet-Anwendung „Wien Umweltgut“ im Online-Stadtplan der Stadt Wien eingebunden.

### Wien forciert verstärkte Erdwärmenutzung

Die Ergebnisse der Pilotstudie haben zentrale Folgen für die künftige Energieplanung in Wien. Die beständige Suche nach erneuerbaren Energiequellen im Stadtraum zahlt sich aus: mit dem gewonnenen Wissen zum Potential der Erdwärmenutzung können künftig konkrete Maßnahmen für eine nachhaltige Energieversorgung umgesetzt werden. Vor allem für Wiens Stadterweiterungsgebiete können die Daten sehr nützlich sein. Etwa ein Drittel der Stadtfäche Wiens eignet sich

hervorragend zur Nutzung von oberflächennaher Erdwärme sowie Grundwasser für Energiezwecke, wie die Abbildung verdeutlicht. Vor allem nordöstlich der Donau, also in den stark wachsenden Wiener Gemeindebezirken Floridsdorf und Donaustadt, kann mit hohen Erträgen gerechnet werden.

Die von der Magistratsabteilung 20 (Energieplanung) in Auftrag gegebene und von der Geologischen Bundesanstalt durchgeführte Pilotstudie ist eine umfassende Erhebung und Bewertung der Potenziale zur energetischen Nutzung von oberflächennaher Erdwärme im Wiener Stadtraum. Die Ergebnisse erleichtern in Zukunft die Planung und Errichtung neuer Anlagen für den optimalen Einsatz von offenen und geschlossenen Systemen. Denn der Standort spielt eine wesentliche Rolle: einerseits ist die Nutzung von Erdwärme bzw. Grundwasser nicht in jedem Gebiet möglich. Andererseits ist eine hohe Nutzerdichte problematisch, da sich Anlagen gegenseitig im Betrieb beeinträchtigen. Mit der im Herbst 2014 geplanten Einbindung der Ergebnisse in den Online-Stadtplan der Stadt Wien entsteht ein praktisches Hilfsmittel, um das Potenzial

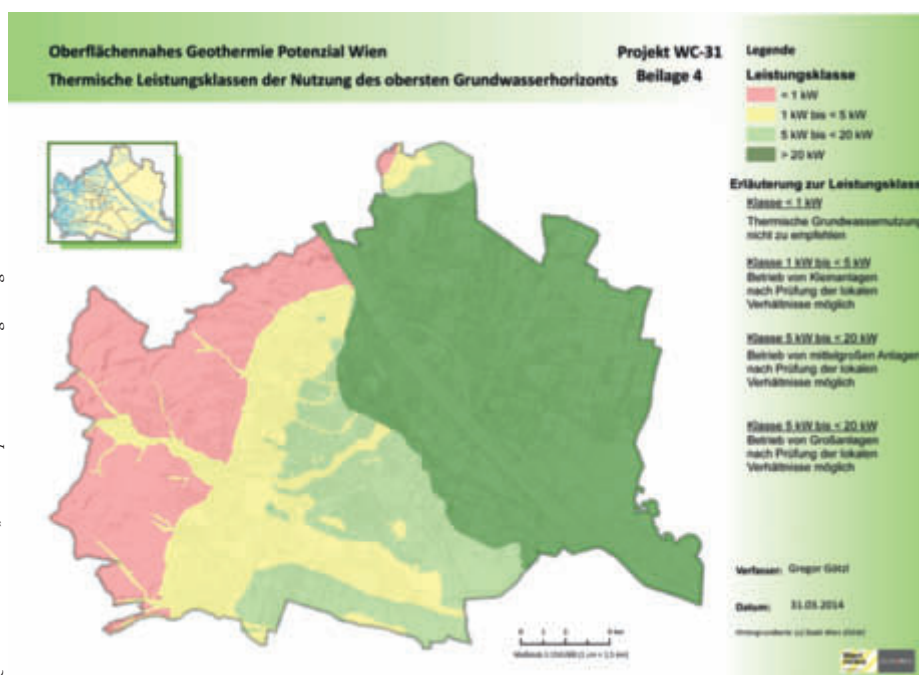
am eigenen Standort schnell zu erkennen und anzuzeigen. Neben der Funktion als Informationsplattform für interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Behörden dient es als Instrument zur regionalen Planung zukünftiger Nutzungen.

### Großes Interesse vorhanden

Im Wiener Stadtgebiet ist seit einigen Jahren ein gesteigertes Interesse an der energetischen Nutzung der oberflächennahen Erdwärme sowie des Grundwassers vorhanden. Generell gewinnt die Nutzung von erneuerbaren Energieträgern vor Ort in Zeiten der Ressourcenverknappung immer mehr an Bedeutung. Auch im Stadtgebiet.

In Wien sind bereits über 1.800 Anlagen zur geothermischen Nutzung erfasst. Neben der Nutzung der Erdwärme in Form geschlossener Wärmetauscher-Systeme (Erdwärmesonden oder Horizontalkollektoren) findet im Wiener Stadtraum die thermische Grundwassernutzung immer intensiver statt.

Kristina Grgic, MA 20 – Energieplanung,  
Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit



### INFOS:

Kostenloser Download der Pilotstudie unter: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/energieplanung/publikationen/#studien>  
Weiterführende Informationen zur Energieplanung der Stadt Wien: [www.energieplanung.wien.at](http://www.energieplanung.wien.at)

## AUS DEM STÄDTEBUND

## Der „Phönix“ der Abfallwirtschaft

„Faires Leoben“ erhielt einen Sonderpreis bei der Verleihung des Abfallwirtschaftspreises „Phönix“ 2014 in Wien.

Mit 62 Projekten verzeichnete der österreichische Abfallwirtschaftspreis „Phönix“, der alle zwei Jahre unter dem Motto „Einfall statt Abfall“ vergeben wird, in diesem Jahr einen neuen Einreichungsrekord. Eine Fachjury wählte daraus fünf nominierte Projekte, die am 15. Mai bei der Preisverleihung in Wien im Festsaal der Kommunalkredit Austria präsentiert wurden. Über den mit 2.000 Euro dotierten Sonderpreis in der Kategorie „Zukunft denken - junge Ideen für die Abfallwirtschaft“ durfte sich das Projektteam rund um die obersteirische Initiative „Faires Leoben“ freuen. Jury-Vorsitzender Universitätsprofessor Paul Brunner von der TU Wien hob die hohe Qualität der Einreichungen hervor und gratulierte den Preisträgern gemeinsam mit Sektionschef Christian Holzer vom Lebensministerium sowie Saubermacher-Gründer Kommerzialrat Hans Roth.

Die Initiative „Faires Leoben“ wurde vom jungen Leobener Beratungsunternehmen radwerk15 gemeinsam mit den Initiatorinnen Erna Schuss (ADEG Schuss, Leoben-Göss) und Marianne Pirsch (Eine Welt Handel, Niklasdorf) konzipiert und umgesetzt. Seit über zwei Jahren bemüht sich „Faires Leoben“ im Bezirk Leoben mit einem eigenen Produktsortiment und zahlreichen Aktivitäten darum, nachhaltiges Einkaufen zu fördern und den Wert unserer Lebensmittel wieder stärker sichtbar zu machen.

### Weniger Lebensmittel im Müll als Ziel

„Unser Fokus mit der Initiative ‚Faires Leoben‘ liegt auf der Vermeidung von Le-



v.l.: Stadtrat Anton Katzensgruber (Österreichischer Städtebund), 2. Platz: Preisträger Ing. Alfred Kovacs (inka software) und DI Oliver Cencic (TU Wien), SC DI Christian Holzer (BMLFUW), ÖWAV-Präs. HR DI Johann Wiedner (Amt der Stmk. LR).

bensmittelabfällen. Wenn wir als Konsumentinnen und Konsumenten von vornherein bewusst einkaufen und uns mit der Herkunft unserer Lebensmittel auseinandersetzen, ist schon ein wichtiger Schritt zu weniger Lebensmitteln im Müll gemacht“, erklärte Jürgen Blematl, Geschäftsführer des Leobener Beratungsunternehmens radwerk15, bei der Preisverleihung in Wien.

Neben der Bewusstseinsbildung trägt „Faires Leoben“ auch durch die kürzeren Transportwege bei der Anlieferung lokaler Produkte sowie durch die Vermeidung von Verpackungsmüll zur Ressourcenschonung bei (z.B. Einsatz von Glasflaschen, loses Obst und Gemüse, wenig Plastik).

### Zusammenarbeit mit dem Abfallwirtschaftsverband Leoben

Ebenfalls bei der Preisverleihung in Wien dabei waren ADEG-Kauffrau Erna Schuss, Mit-Initiatorin von „Faires Leoben“, sowie Katharina Moritz vom Abfallwirtschaftsverband Leoben, mit dem seit dem Vorjahr eine enge Zusammenarbeit besteht. So wurde beispielsweise ein gemeinsamer Rate- und Spiele-Vormittag für SchülerInnen beim Gösser Kirtag 2013 veranstaltet, und auch beim Leobener Abfallwirtschaftstag 2013 am Hauptplatz Leoben war die Initiative „Faires Leoben“ vertreten. „Allein im Bezirk Leoben

landen jährlich mehrere hundert Tonnen Lebensmittel im Müll. Wenn wir mit unserer Initiative hier einen kleinen Beitrag leisten können, dass sich dieser Anteil verringert, ist das schon sehr positiv“, sind sich Schuss und Moritz einig. Die Kooperation soll jedenfalls fortgesetzt werden, neue Aktivitäten sind bereits in Planung.

### Auszeichnung für Ressourcenschonung und nachhaltige Entwicklung

Mit dem Abfallwirtschaftspreis „Phönix“ werden alle zwei Jahre vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie dem Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverband Projekte ausgezeichnet, die einen Beitrag zur Ressourcenschonung, zum Umweltschutz und zur nachhaltigen Entwicklung der Abfallwirtschaft leisten.

Unterstützt wurde der „Phönix“ 2014 von der Altstoff Recycling Austria AG (ARA), der Kommunalkredit Public Consulting GmbH, der ARGE Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände, dem Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VÖEB), dem Österreichischen Gemeindebund, dem Österreichischen Städtebund, den Ländern Burgenland, Niederösterreich und Steiermark und der Zeitschrift „Umweltschutz“ des Bohmann-Verlags Wien.

## Das Netzwerk Gesunde Städte in Kapfenberg:

# Was die Städte gegen Demenz tun können

Rund 20 VertreterInnen aus den Gesunden Städten trafen sich in Kapfenberg am 26. und 27. Juni zur 64. Ausschusssitzung. Neben dem traditionellen Informations- und Erfahrungsaustausch gab es einen personellen Wechsel.

Neue Vorsitzende ist die Wiener Landtagspräsidentin Marianne Klicka, ihr zur Seite steht mit Gernot Antes ein neuer Koordinator. Peter Lüftenegger beendete seine Tätigkeit mit Ende Juni. Er übte diese Funktion seit Jänner 1993 aus und begleitete somit 21 Jahre lang den Weg des Netzwerks. Marianne Klicka und Thomas Weninger würdigten seine Tätigkeit. In seinem Bericht gab Weninger einen optischen Überblick über einzelnen Stationen und Veranstaltungen des Netzwerks. Inhaltlich stand bei der Ausschusssitzung aber vor allem bei der Fachtagung am Freitag, 27. Juni das Thema Demenz im Mittelpunkt. „Was können die Kommunen dabei tun“, lautete die zentrale Frage. Pflegedienstleiter Gerald Milcher stellte einige Fakten vor: 6% der über 65-Jährigen leiden an Demenz; 25% der über 80-Jährigen; und 40% der über 90-Jährigen.

Pflegeheime haben derzeit schon eine Prävalenzrate von Demenzen von 39 bis 87%; nur 2 von 10 werden adäquat mit Antidementiva behandelt; die Diagnose bei über 50% ist nur ein Zufallsbefund; es gibt eine deutliche Zunahme an dementiellen Erkrankungen bei Unter-60-Jährigen (Insulte, Alkohol, Medikamente, Drogen, etc.).

### Was erwartet die Angehörigen

Zu wenige Informationsstellen zum Thema Demenz; zu wenige Fachärzte für

die Demenzabklärung; zu wenig Betreuungsangebot; Antidementiva werden zu schnell von den Hausärzten abgesetzt; Kombinationstherapie am erfolgreichsten, wird aber nicht bezahlt; Pflegeeinrichtungen sind oft mit Verhaltensauffälligkeiten überfordert; noch immer ein Tabuthema: „Vater/Mutter ist ja nicht deppert ...“; hohe emotionale Belastung, keine Ruhephasen.

### Die Herausforderung für die Betroffenen

Zu wenige Informationsstellen zum Thema Demenz, auch Erkrankte wollen Information; zu wenig Rituale im Alltag; zu selten gibt es noch Großfamilien, es gibt keine Aufgaben mehr; die Diagnose kommt zu spät, und damit kommen Medikamente zu spät; am Anfang sozialer Rückzug; ältere Fühlen sich immer öfter im Alltag überfordert; depressive Phasen verstärken die Krankheitssymptome; werden oft nicht mehr ernst genommen, gelten als dumm.

### Mögliche Lösungen

Heimärzte oder Konsiliardienste in Pflegeheimen; Entwirrung der Finanzierung der verschiedenen Systeme (HA, FA, KH, PH, SHG, BHG, PG ...); mehr Tages- und/oder nur Nachtbetreuung; HKP rund um die Uhr (Vorsicht Kosten!); Pflegeheime light, Pflegeheime Spezial; echte 24-Stunden-Pflege, Seniorenhäuser mit Nachtbetreuung; präventive Hausbesuche (DSA, HA, DGKP); Wohngemeinschaften für spezielle Erkrankungen; Generationenhäuser (System Stuttgart); Beratungs-

stellen für Pflege/Betreuung; Demenzplan für ganz Österreich, einheitliche Pflegefinanzierung, einheitliches Pflegegesetz inklusive Personalschlüssel; einheitliche und spezielle Pflegeausbildung für den geriatrischen Bereich, mehr ausgebildete geriatrische Ärzte; höhere Anzahl an Pflegepersonen (derzeit 5,6/1000, z.B. Norwegen 20,7/1000); genaue Aufzeichnung, wo wie viele Pflegepersonen tätig sind, dzt. nur Schätzungen; Pflegebedürftige sollen keine Sozialhilfeempfänger sein; nicht Essen auf Rädern, sondern Essenstreffpunkte, diese fördern Sozialkontakte.

Der Psychiater Wolfgang Frantl berichtet aus seiner langjährigen Arbeit mit Demenzkranken im neurologischen Therapiezentrum Kapfenberg. Er stellte klar:

- Demenz ist eine chronische Alterskrankheit;
- Symptomatische Therapie ist möglich wie bei Altersdiabetes, Arthritis, COPD;
- Altersdiabetes wird möglichst frühzeitig diagnostiziert, obwohl er nicht geheilt werden kann. Spätkomplikationen wie z.B. Blindheit sind oft nicht vermeidbar, nur verzögerbar.

### Was kann man tun?

- Liebe kann gegen Demenz helfen. Das Risiko für Demenz ist nur halb so hoch bei glücklichen alten Paaren
- Die Einsamkeit ist ein hoher Risikofaktor wie z.B. 15 Zigaretten pro Tag
- Je ärmer man ist, desto wahrscheinlicher ist man einsam
- Die Wahrscheinlichkeit, glücklich zu sein ist am höchsten, wenn sich unser nächster Mensch auch glücklich fühlt.

### Wie kann man das Demenzrisiko reduzieren?

- durch regelmäßige körperliche Aktivität;
- den Blutdruck im Normbereich halten;
- Übergewicht vermeiden;
- Blutfette im Normbereich halten;



Die Wiener Landtagspräsidentin Marianne Klicka wird neue Vorsitzende des Netzwerks.

## AUS DEM STÄDTEBUND

- Rauchen vermeiden;
  - Geistige Fitness fördern (Lesen, Musikinstrument, Spiele ...).
- Die Vorträge können per E-Mail über [genot.antes@aon.at](mailto:genot.antes@aon.at) bezogen werden.

### Tätigkeitsbericht 2013

Das Netzwerk hat im zwanzigsten Jahr des Bestehens 23 Mitglieder: Wien, Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt, St. Pölten, Bregenz, Eisenstadt, Wörgl, Villach, Bruck an der Mur, Kapfenberg, Leoben, Fürstenfeld, Knittelfeld, Leonding, Steyr, Wels, Krems, Laa an der Thaya, Schwechat und Tulln. In diesen Städten leben rund drei Millionen Menschen, die zumindest theoretisch an den Gesundheitsförderungsaktivitäten der Gesunden Städte teilnehmen können.

Im vergangenen Jahr fanden drei Ausschusssitzungen statt, bei denen der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Städten im Mittelpunkt stand:

- 21. März 2013:
  - 60. Ausschusssitzung in Knittelfeld
  - 20. Juni 2013:
  - 61. Ausschusssitzung in Linz
  - 14. Oktober 2013:
  - 62. Ausschusssitzung in Klagenfurt
- Folgende Themen wurden in Fachtagungen behandelt:
- 22. März 2013, Knittelfeld: „Was die Seele stark macht“: Burn-out – Depression – Suizid: Präventionsstrategien
  - 21. Juni 2013, Linz: „Settingorientierte Gesundheitsförderung in der Stadt Linz“
  - 15. Oktober 2013, Klagenfurt: „Suchtentstehung – Verhaltenssuchte – Präventionsstrategien“.

Einen ständigen Schwerpunkt bildet die kommunale Gesundheitsberichterstattung. In diesem Zusammenhang wurden bisher Haushaltsbefragungen zum Thema „Gesunde Stadt, gesundes Leben, gesunde Umwelt“ in St. Pölten, Wels, Villach, Voitsberg, Neunkirchen, Klagenfurt, Bregenz, Knittelfeld, Tulln, Bruck an der Mur und Laa an der Thaya durchgeführt.

Ein weiteres Schwerpunktthema ist die Bürgerbeteiligung.

Das Projekt „Bürgerbeteiligung in Gesundheitsfragen am Beispiel der Gesunden Städte“ wurde mit Unterstützung des FGÖ durchgeführt und steht seither den Mitgliedstädten zur Verfügung. Das Projekt „Dialog Pro-Jugendliche: Erfolgreiche kommunale Suchtprävention“ wurde vom FGÖ unterstützt und im August 2012 abgeschlossen; mitbeteiligt waren die Städte Graz, Linz, Bruck an der Mur und Tulln.

### Ursprung und Ziele

Das Netzwerk wurde beim 42. Österreichischen Städtetag am 16. September 1992 in Graz als politischer Ausschuss des Österreichischen Städtebundes eingerichtet. Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Netzwerk ist eine politische Willenserklärung einer interessierten Stadt, in der Regel ein Gemeinderatsbeschluss, in dem die Grundsätze der Ottawa-Charta der WHO sowie die Zielsetzungen des Netzwerks als kommunalpolitische Leitlinien akzeptiert werden. Weiter ist die aktive Teilnahme am Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den „Gesunden Städten“ sowie die Teilnahme an Gemeinschaftsaktionen und -programmen Voraussetzung für eine Mitgliedschaft.

Rechtsträger des Netzwerks ist der Verein „Gesunde Städte Österreichs - Verein zur Förderung des Gesundheitsbewusstseins in österreichischen Städten“, der die Infrastruktur des Netzwerks, insbesondere das Koordinationsbüro, aufrechterhält. Zu den Aufgaben des Koordinationsbüros zählen:

- Pflege des Informations- und Erfahrungsaustausches zwischen den „Gesunden Städten Österreichs“;
- Kontaktpflege zu anderen Netzwerken und „Gesunden Städten“;
- Beratung und Hilfestellung bei der Durchführung von „Gesunde Städte-Vorhaben“;
- Vorbereitung, Planung und Durchführung von Veranstaltungen, Tagungen und Aktionen
- Betreuung der Ausschusstätigkeit und Kooperation mit dem Österreichischen Städtebund;
- Nationale und internationale Kontaktpflege zu Institutionen und Initiativen, die sich mit Gesundheitsförderung beschäftigen;
- Information der Medien über die Arbeit des Netzwerks.

*Netzwerk Gesunde Städte*



Neue und alte Gesichter im Netzwerk: Gernot Antes, Peter Lüftenegger, Marianne Klicka und Thomas Weninger (v.l.).

## Kühle Räume ganz ohne Klima-Anlage

Der Energiebedarf von Gebäuden muss gesenkt und nachhaltig niedrig gehalten werden. Vor allem in den warmen Sommermonaten wird für die Klimatisierung von Gebäuden unnötig Energie verbraucht: ein Leitfaden der Stadt Wien gibt Überblick zu innovativen Sonnenschutztechnologien, die ganz ohne den Einsatz von Energie auskommen.

Die Nachfrage nach Klimatisierung in der warmen Jahreszeit steigt. Immer mehr Menschen wollen den Komfort einer klimatisierten Umgebung am Arbeitsplatz, beim Einkaufen oder Zuhause nicht mehr missen. Das Problem dabei ist, dass konventionelle Klimatisierung von Gebäuden ausschließlich auf den Einsatz von Strom angewiesen ist. Bereits heute entfallen rund 40 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs auf Gebäude. Hinzu kommt, dass der Energiebedarf für Klimatisierung und Kühlung laut Internationaler Energieagentur (IEA) einer der am schnellsten wachsenden Bereiche ist. Laut Einschätzungen von Expertinnen und Experten wird in einigen Jahren der Energiebedarf für Raumklimatisierung im Sommer noch stärker ansteigen.

### Raumklimatisierung ohne Energieeinsatz ist notwendig

Diese Entwicklungen machen deutlich, dass großer Bedarf an alternativen Kühlmethoden besteht. Vor allem, um Kapazitätsengpässen vorzubeugen und die Ziele zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen nicht aus den Augen zu verlieren. Deshalb hat die Stadt Wien einen Leitfaden erstellt. Dieser stellt Technologien

vor, die eine Gebäudeklimatisierung ohne Einsatz von Energie ermöglichen. Der Leitfaden zeigt Sonnenschutztechnologien, die vor allem für Dienstleistungsgebäude gedacht sind. Dadurch bietet der Leitfaden Hilfe für GebäudeeigentümernInnen, InvestorInnen oder PlanerInnen, um die Funktionsweise verschiedener Sonnenschutzsysteme zu verstehen. Damit wird die Auswahl eines geeigneten Systems erleichtert.

### Kühlbedarf von vornherein vermeiden

Um dem steigenden Strombedarf durch konventionelle Gebäudeklimatisierung entgegenzuwirken, verfolgt die Stadt Wien die Strategie, vor allem durch bauliche Maßnahmen den Kühlbedarf von vornherein zu vermeiden. Neben der Optimie-

rung des Glasflächenanteils und der richtigen Bauweise spielt dabei der Sonnenschutz eine wichtige Rolle. Mit dem richtigen Sonnenschutz kann auch bei großen Glasflächen die Sonneneinstrahlung in das Gebäude und damit der Kühlbedarf minimiert werden. Gleichzeitig können genau beim Sonnenschutz große Fehler passieren: So kann der falsche Sonnenschutz dazu führen, dass Räume verdunkelt sind und somit auch an hellen Tagen künstlich beleuchtet werden müssen – Beleuchtung, die wiederum Strom verbraucht. Gute Sonnenschutzsysteme bieten deshalb nicht nur Sonnenschutz und Blendschutz, sondern lassen auch Tageslicht in die Räume hinein.

*Kristina Grgic, MA 20 - Energieplanung,  
Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit*



Mit dem richtigen Sonnenschutz kann der Kühlbedarf im Gebäude minimiert werden.

### INFOS:

- Der Leitfaden kann bei der Magistratsabteilung 20 (Energieplanung) kostenlos bestellt werden unter: 01 4000 88305 oder [post@ma20.wien.gv.at](mailto:post@ma20.wien.gv.at) und steht auch als Download zur Verfügung.
- Kostenloser Download des Leitfadens unter: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/energieplanung/sep/pdf/leitfaden-sonnenschutz.pdf>
- Weiterführende Informationen zur Energieplanung der Stadt Wien: [www.energieplanung.wien.at](http://www.energieplanung.wien.at)

# Schabenbefall kann zum echten Problem werden

**E**keltier Nr. 1, die Küchenschabe. Schaben sind eine uralte, aber erfolgreiche Gruppe von Insekten, die bereits im Karbon vor 200 Millionen Jahren auf der Erde existierten. Von den rund 3.500 Schabenarten haben sich in unseren Breiten 5 als Schädlinge etabliert:

- Die Deutsche Schabe (*Blattella germanica*)
- Die Orientalische Schabe (*Blatta orientalis*)
- Die Braunbandschabe (*Supella longipalpa*)
- Die Amerikanische Schabe (*Periplaneta americana*)
- Die Australische Schabe (*Periplaneta australasiae*)

Vor allem die ersten drei Arten haben sich in Europa zu den häufigsten Hausschädlingen entwickelt und besiedeln heute viele Lebensbereiche.

Gleich welche Art, Schaben sind hygienisch bedenklich. Auch wenn man sich kaum dagegen schützen kann, Schaben nach Hause einzuschleppen, ist es wichtig, die Schädlinge bereits im Jugendstadium zu erkennen. Jugendstadien sind meist Indikatoren für einen beginnenden Befall, dessen Bekämpfung immer äußerst schwierig ist.

Bei gewissen Bedingungen (25° Lufttemperatur, 50° Luftfeuchtigkeit und 22° Oberflächentemperatur) vermehren sich Insekten, je nach Art massenhaft.

Die Besiedelung erfolgt meist passiv mit dem Eikoffer (Oothek). Aus diesem können bis zu 6 Monate nach der Ablegung lebensfähige Insekten (Nymphenstadium) ausschlüpfen und zur Geschlechtsreife (Adult) heranwachsen. Damit kommt es zur Massenvermehrung. Sie erfolgt Unvollständig (Hemimetabol).

Die schwierige Bekämpfung sollte nur durch einen Fachmann durchgeführt werden. Hierbei kommen individuelle Wirkstoffe und Verfahren zum Einsatz, die je nach Art unterschiedlich sind. Die spezielle Anforderung bei der Bekämpfung ist hier

die Nähe zu Menschen und Nahrungsmitteln. Die Mitarbeiter der Schädlingsbekämpfungsunternehmen sind darauf trainiert, diese Aufgaben ohne Gefährdung der betroffenen Personengruppe auszuführen.



## Professionelle Bekämpfung von Fliegen

**F**liegen bilden zusammen mit Mücken die Gruppe der Dipteren, der Zweiflügler. Diesen Namen trägt die Gruppe, weil ihre Vertreter lediglich zwei Flügel besitzen. Das hintere Flügelpaar ist bei Dipteren zu Schwingkolben (Halteren) umgebildet, die keine tragenden Funktionen ausüben können, aber durch sehr schnelle Schwingungen das Insekt während des Fluges stabilisieren und dadurch äußerst manövrierfähig und beweglich machen.

Als Schädling sind von den zahlreichen Fliegenarten nur wenige von Bedeutung, die weitaus größere Zahl lebt als Nützlinge im Freiland.

**Folgende Fliegenarten sind hygienisch bedenklich:**

- Stubenfliege (*Musca domestica*)
- Kleine Stubenfliege (*Fannia canicularis*)
- Aasfliege (*Pollenia rudis*)
- Stallfliege (*Musca autumnalis*)
- Schweiß- und Fleischfliegen (*Calliphora* sp. *Lucilia* sp. *Sarcophaga* sp.)

Fliegen sind sehr aktiv und mobil (Aktionsradius 8 km von *Musca domestica*)

Fliegen können Eingeweidenwürmer oder deren Eier übertragen und sind potentielle Überträger von Krankheiten wie Dysenterie, Gastroenteritis, Typhus, Cholera und Tuberkulose.

Durch die vollständige Verwandlung (Holometabol) wird bei der Bekämpfung das jeweilige Entwicklungsstadium berücksichtigt. Für die Larve (Made) werden spezielle Wirkstoffe eingesetzt – Lavozone. Für das fertige Insekt (Adult) werden Fraßköderformulierungen sowie Kurzzeitinsektizide angewendet.





WIRTSCHAFTSKAMMER NOBODISTENSCH  
Chemische Gewerbe - Gebäudereiniger

**Landesinnung der Chemischen  
Gewerbe und Denkmal-,  
Fassaden- & Gebäudereiniger NÖ**

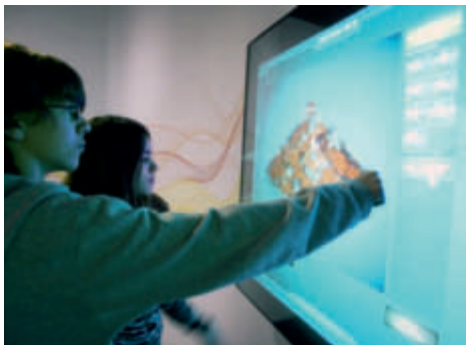
Landsbergerstraße 1  
3100 St. Pölten

Tel.: 02742 / 851 - 19172  
Fax: 02742 / 851 - 19179  
eMail: [holz.chemie@wknoe.at](mailto:holz.chemie@wknoe.at)

Nähere Infos unter:  
[www.chemisches-gewerbe.or.at](http://www.chemisches-gewerbe.or.at)



## AUS DEM STÄDTEBUND



v.l.: Ausstellung Erlebnis Energie Kids  
(© St. Veit/Glan), Kraftwerk Blumenhalle  
(© Kelag), Kraftwerk Betriebsstelle (© Kelag).



Sonnenstadt St. Veit/Glan plant Energieautarkie für 2020:

## Auf dem Weg zu Österreichs Mekka für Alternativenenergie

Energieautarkie, Reduzierung der Schadstoff-Emissionen und Energieeffizienz sind Schlagwörter, die sich oft als leere Worthülsen entpuppen. Nicht so im Fall der Kärntner Stadtgemeinde St. Veit/Glan, die seit über 15 Jahren konsequent den Weg der erneuerbaren Energie geht.

„Begonnen hat damals alles mit der Errichtung eines Fernwärmenetzes mit dem ortsansässigen Industrieunternehmen Funder und unserem Landesenergieversorger Kelag“, erinnert sich das St. Veiter Gemeindeoberhaupt Gerhard Mock zurück. Der Rest ist eine Erfolgsgeschichte – gemessen an der EinwohnerInnenzahl hat die Mittellkärntner Stadt heute das dichteste Fernwärmenetz Europas.

Diese Entwicklung war gleichsam der Anstoß, dass sich St. Veit Mitte der 1990er-Jahre in der gewerblichen und industriellen Entwicklung voll und ganz auf erneuerbare Energie konzentriert hat. Bürgermeister Mock: „Heute sind wir stolz auf einen Solar-Cluster, der österreichweit seinesgleichen sucht.“ Schließlich ist die ehemalige Kärntner Herzogstadt die Heimat von Kioto Solar, Österreichs größtem

Hersteller von Photovoltaik-Modulen, und GREENoneTEC, Weltmarktführer in der Solarthermie.

### Durchdachte Idee

„Aufbauend auf diesem Fundament entstand ein Projekt, das die Sonne als Sinnbild für alle Formen der regenerativen Energie in den Mittelpunkt rückt“, skizziert Mock das Sonnenstadt-Konzept. Dieses sieht vor, dass alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche der knapp 13.000 BewohnerInnen zählenden Kommune darin integriert werden.

Unübersehbares Zeichen dafür sind die im Gemeindegebiet in den letzten Jahren realisierten Photovoltaikkraftwerke. Flaggschiff mit einer Leistung von zwei Megawatt ist jenes auf einer ehemaligen Mülldeponie, das Ende Juni 2014 feierlich seiner Bestimmung übergeben wurde. „Wir haben uns überlegt, wie wir die an sich wertlose Fläche sinnvoll nutzen können. Mit dem Kraftwerk haben wir aus einer Altlast Kapital geschlagen“, sagt Mock über das 2,7 Millionen teure Alternativenenergiekraftwerk, das als das größte kommunale Photovoltaikprojekt in ganz Österreich gilt. Weitere Ein-Megawatt installierter Photovoltaikleistung befindet

sich im Sonnenpark südöstlich des Stadtzentrums. Auf dezentralen Standorten (Tennishallen, Schulen, Sportstätten) sind nochmals kleinere Flächen mit insgesamt rund 700 Kilowatt Leistung installiert. „Wir haben damit 24.000 Quadratmeter Modulfläche, umgerechnet sind das immerhin 3,5 Fußballfelder“, zeigt Mock die Dimension auf. Über 1.100 Haushalte werden schon jetzt mit St. Veiter Solarstrom versorgt.

### Photovoltaik-Kraftwerke für jeden/jede BürgerIn

Langzeitbürgermeister Mock ist mit seinen ehrgeizigen Plänen allerdings noch nicht am Ende angelangt. Im Juni 2014 wurde das sogenannte „1000-Dächer-Programm“ gestartet. „Wir setzen nun darauf, die Eigenheim-Besitzer zu sensibilisieren, um auch aus ihrem Haus ein kleines Alternativenkraftwerk zu machen“, so Mock. Mit den regionalen Anbietern aus der St. Veiter Solartechnikbranche wurden Pakete geschnürt, damit die Bürger und Bürgerinnen Photovoltaikanlagen zu vergünstigten Konditionen errichten können. Die Aktion beschränkt sich übrigens nicht nur auf St. Veit/Glan, sondern soll auf ganz Kärnten ausgeweitet

## AUS DEM STÄDTEBUND



v.l.: Insgesamt 15 Elektrobikes stehen für Touristen und Einheimische bereit (© Tourismusverein Mittelkärnten), Anlage Kompostierwerk (© St. Veit), Bürgermeister Gerhard Mock.

werden. Ziel ist es, 1.000 Dächer in der Region mit Photovoltaik bzw. solarthermischen Anlagen auszurüsten. Mock: „Wir schlagen mit der Aktion gleich zwei Fliegen mit einer Klappe. Wir helfen den Bürgerinnen und Bürgern bei der Senkung ihrer Stromkosten und leisten einen enormen Impuls zur Wirtschaftsförderung.“

Das unterstreicht auch folgendes Rechenbeispiel: Werden die angepeilten „1000 Dächer“ auch „nur“ mit einer auf 3-Kilowatt-Peak dimensionierten Photovoltaikanlage ausgestattet, ergibt dies eine Gesamtinvestition von 6,5 Millionen Euro. Dass man jetzt auf Dächer statt auf Solar-Großkraftwerke setze, sei klar. Schließlich seien die Zeiten in Österreich vorbei, wo auf der grünen Wiese Solarstrom im großen Stil erzeugt werde.

### Verknüpfung Elektromobilität und Tourismus

Kreislaufdenken ist in St. Veit angesagt, daher hat man sich nicht nur über die Erzeugung von elektrischer Energie, sondern auch über deren Anwendungen Gedanken gemacht. Die Elektromobilität ist daher in der Stadt allgegenwärtig. Der Clou dabei: Dieses Thema wird mit dem Tourismus verknüpft. Sechs elektrogetriebene Renault Twizy sowie 15 E-Mountainbikes stehen für TouristInnen und Einheimische zum Erkunden der Region zur Verfügung. Mock: „Die hippen E-Zweitzer und die flotten Drahtesel sind

aus unserem Stadtbild gar nicht mehr wegzudenken.“

Dazu wurden neun ausgesuchte E-Bike-Touren mit speziellen Themen konzipiert. Die Routen selbst wie Ausflugsziele, Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe werden als Vorschlag digital via App, Orientierungskarte und Markierungen in der Natur nähergebracht.

Es würde in St. Veit ein wichtiger Mosaikstein fehlen, wenn nicht auch der Energieeffizienz breiter Raum gewidmet würde. Die Stadtgemeinde beschränkte sich dabei aber nicht nur auf Aufrufe und Tipps für die Bevölkerung zum Stromsparen, sondern ging auch selbst mit gutem Beispiel voran. 2013 wurden mit einem Investitionsaufwand von 1,2 Millionen Euro alle 1.600 Lichtpunkte der Straßenbeleuchtung auf stromsparende LED-Technologie umgerüstet. „Wir ersparen uns damit 60 Prozent an Stromkosten. Österreichweit sind wir damit die einzige Stadt, die eine solche Umrüstung in einem Zug realisiert hat.“

### Multimedia-Ausstellung „Erlebnis Energie“

Mit den geschilderten Initiativen wurden zwar beeindruckende Fakten geschaffen, in St. Veit setzt man aber auch auf Wissensvermittlung rund um erneuerbare Energie. Seit November 2011 läuft im St. Veiter Fuchspalast die mit einem Investitionsaufwand von 660.000 Euro konzipierte Ausstellung „Erlebnis Energie“. Auf

1.000 Quadratmetern Präsentationsfläche vermittelt die interaktive und multimediale Schau hautnah die Zusammenhänge in der Energieerzeugung und im Energieverbrauch. Durch die spannende und informative Aufbereitung wird erneuerbare Energie erlebbar gemacht.

Überdimensionale Touch-Walls und Bodenprojektionen repräsentieren den neuesten Stand der Technik, um die Themen Solar, Photovoltaik, Wasser- und Windkraft sowie Biomasse und Elektromobilität spielerisch zu vermitteln. In einem eigens für die Ausstellung eingerichteten Kinosaal wird anhand eines qualitativ hochwertigen Kurzfilms spannend, emotional und informativ die Geschichte der Erneuerbaren Energie erzählt (Nähere Infos unter [www.erlebnis-energie.com](http://www.erlebnis-energie.com)).

Nicht wenig verwunderlich ist, dass St. Veit auch Standort des „Kompetenz-Zentrums für erneuerbare Energie (KE3)“ ist, das sich mit Aus- und Weiterbildungen im Bereich erneuerbare Energien beschäftigt.

An den nächsten Projektideen werde laut Bürgermeister Gerhard Mock bereits gearbeitet: in Diskussion ist beispielsweise eine eigene Landesjugendausstellung. „Wir haben die große Vision, dass wir bis 2020 energieautark sind. Wir sind bereits auf einem sehr guten Weg, dieses Ziel zu erreichen und freuen uns, dass auch viele andere Städte, Gemeinden und Institutionen unserem Beispiel folgen“, so Mock abschließend.



## Kommentar zum Umweltrecht

Dieter Altenburger, Nicolas Raschauer

Gebundene Ausgabe: 1072 Seiten; 279 Euro

Verlag: LexisNexis ARD ORAC; 1. Auflage, Januar 2014

ISBN: 978-3700756293

Das öffentliche Umweltrecht stellt sich nicht nur als weites Betätigungsfeld dar, sondern ist auch von einer rasanten Dynamik gekennzeichnet. Für Rechtsanwender wird es dementsprechend immer schwieriger, mit den aktuellen Entwicklungen Schritt zu halten.

Zur Bearbeitung einer komplexen Rechtsfrage aus diesem Bereich gilt die Verwendung einer ganzen Reihe an Quellen derzeit als unumgänglich. Neben klassischen Kommentierungen zu den zentralen bundesrechtlichen Vorschriften, Judikaturübersichten und Handbüchern gilt es auch, reine Textausgaben in Griffweite zu haben und zu Rate zu ziehen. Für den Umweltrechtler bedeutet dies häufig, Bücher kofferweise zu einer Verhandlung zu schleppen bzw. am Schreibtisch unter einem Berg von Büchern unterzugehen. Viele Werke stellen noch dazu bereits im Zeitpunkt des Erscheinens einen Beitrag zur Rechtshistorie dar.

Dem Erfordernis der Rechtsanwender, „alles in einem“ parat zu haben, entsprechen die Autoren mit dem vorliegenden Werk nun durch die materienübergreifende Kombination aus Kommentar und Handbuch. Dem Praktiker wird der rasche und unkomplizierte Zugriff auf die wichtigsten Normen und Systemstrukturen der in der Praxis relevantesten (Bundes-)Gesetze des Umweltrechts gewährt. Von der GewO, über das UVP-G, das AWG bis hin zu den klassischen Infrastrukturgesetzen werden die einschlägigen Genehmigungskriterien aus der Praxis eingehend erörtert. Die Rechtslage entspricht dabei dem 1.1.2014, d.h. vor allem die Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle wurde bereits miterfasst, Judikatur und Schrifttum wurden bis 30.8.2013 berücksichtigt.

Das vorliegende Buch deckt damit sämtliche bedeutenden Praxisbereiche des öffentlichen und privaten Umweltrechts ab. Das sowohl aus der Praxis wie auch der Wissenschaft kommende Autorenteam legt eine kompakte, übersichtlich strukturierte Analyse vor, ohne an gegebener Stelle die Detailgenauigkeit aus den Augen zu verlieren.

Der Schnellebigeit der Thematik trägt eine jeweils bedarfsorientiert aktualisierte Online-Fassung Rechnung, die außerdem teils über die Printversion hinausreichende Inhalte bieten wird.



## Unmittelbare Bundesverwaltung – Eine staatsorganisatorische Untersuchung

Michael Höllbacher

187 Seiten, broschiert; 49,90 Euro

Verlag: Jan Sramek Verlag, 2013

ISBN: 978-3-7097-0000-6

Die unmittelbare Bundesverwaltung blieb in der Rechtswissenschaft trotz ihrer praktischen Bedeutung über Jahrzehnte hinweg nahezu undiskutiert. Hinter dieser scheinbaren Gewissheit, die alle Diskussion überflüssig zu machen schien, verbarg sich in Wahrheit tiefe Unsicherheit in der einschlägigen Lehre.

Diese Lücke schließt die vorliegende Arbeit, welche die unmittelbare Bundesverwaltung erstmals systematisch aufarbeitet. Dabei werden zahlreiche staatsorganisatorische Fragestellungen der unmittelbaren Bundesverwaltung bzw. der in diesem Zusammenhang relevanten Zentralnorm des Art. 102 B-VG untersucht und zeitgleich auch eine weitere Facette der Ausgliederungsdiskussion hinzugefügt.

Zusätzliche Aktualität erlangt das behandelte Thema durch die mit Wirksamkeit zum 1.1.2014 eingeführte Verwaltungsgerichtsbarkeit, ist doch die unmittelbare Bundesverwaltung entscheidend für die Abgrenzung der Zuständigkeiten des Bundesverwaltungsgerichts von jenen der Länder.

Inhalt:

### I. Begriffsbildung

- A. Der Begriff der unmittelbaren Bundesverwaltung
- B. Exklusivitätsmodell Art. 102 B-VG

### II. Abgrenzungsfragen

- A. Bundesminister und unmittelbare Bundesverwaltung
- B. Selbstverwaltungskörper in der unm. Bundesverwaltung
- C. Organe von Nicht-Gebietskörperschaften
- D. Sicherheitsverwaltung
- E. Unabhängige Verwaltungssenate
- F. Mitwirkung von obersten oder sonstigen weisungsfreien Bundesorganen bei der Vollziehung von Landesgesetzen gemäß Art. 97 Abs. 2 B-VG

### III. Die Systematik des Art. 102 B-VG

### IV. Das Zustimmungsrecht des Bundesrates nach Art. 44 Abs. 2 B-VG und Art. 102 B-VG

## Ertragsanteilsvorschüsse für Juli 2014 (Beträge in 1.000 EURO)

### a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)

|                                 | Ertrag für 07/2014 <sup>1)</sup> | Veränderung ggü. 07/2013 | Ertrag für 01-07/2014 | Veränderung ggü. 01-07/2013 |
|---------------------------------|----------------------------------|--------------------------|-----------------------|-----------------------------|
|                                 | in 1.000 EURO                    | in %                     | in 1.000 EURO         | in %                        |
| GBA mit einheitlichem Schlüssel | 4.994.880                        | 6,3%                     | 31.414.387            | 4,7%                        |
| davon:                          |                                  |                          |                       |                             |
| Veranlagte Einkommensteuer      | 792.000                          | 3,8%                     | 1.650.875             | 23,8%                       |
| Lohnsteuer                      | 2.215.543                        | 7,4%                     | 15.516.452            | 7,0%                        |
| Körperschaftsteuer              | 1.213.453                        | 6,8%                     | 3.878.353             | 12,2%                       |
| Umsatzsteuer                    | 2.151.654                        | -0,2%                    | 14.842.777            | 1,2%                        |
| Mineralölsteuer                 | 335.130                          | -4,0%                    | 2.189.829             | -8,7%                       |
| Abgeltungssteuern Schweiz       | 157                              |                          | 71.332                |                             |
| GBA mit speziellen Schlüsseln   | 158.323                          | 12,0%                    | 1.112.106             | 7,3%                        |
| davon:                          |                                  |                          |                       |                             |
| Bodenwertabgabe                 | 1.861                            | 16,0%                    | 4.675                 | 15,4%                       |
| Werbeabgabe                     | 12.803                           | 24,3%                    | 68.857                | 2,1%                        |
| Grunderwerbsteuer               | 67.692                           | 21,0%                    | 502.109               | 14,5%                       |
| <b>GBA gesamt</b>               | <b>7.775.580</b>                 | <b>3,3%</b>              | <b>44.668.406</b>     | <b>4,6%</b>                 |

<sup>1)</sup> i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

### b) Gemeindeertragsanteile

|                  | Vorschuss für 07/2014 | Veränderung ggü. 07/2013 | Vorschuss für 01-07/2014 | Veränderung ggü. 01-07/2013 |
|------------------|-----------------------|--------------------------|--------------------------|-----------------------------|
|                  | in 1.000 EURO         | in %                     | in 1.000 EURO            | in %                        |
| Burgenland       | 25.628                | 14,0%                    | 138.424                  | 7,3%                        |
| Kärnten          | 57.068                | 5,1%                     | 328.497                  | 4,6%                        |
| Niederösterreich | 150.831               | 4,9%                     | 872.425                  | 6,8%                        |
| Oberösterreich   | 146.179               | 4,8%                     | 832.845                  | 6,0%                        |
| Salzburg         | 62.532                | 5,7%                     | 364.708                  | 6,4%                        |
| Steiermark       | 116.482               | 4,8%                     | 669.060                  | 5,6%                        |
| Tirol            | 78.629                | 4,2%                     | 459.326                  | 5,4%                        |
| Vorarlberg       | 42.778                | 4,5%                     | 244.374                  | 5,7%                        |
| Wien             | 239.399               | 5,9%                     | 1.393.569                | 6,9%                        |
| <b>Summe</b>     | <b>919.524</b>        | <b>5,4%</b>              | <b>5.303.229</b>         | <b>6,2%</b>                 |

# URBAN FUTURE

## global conference

18.–19. NOVEMBER 2014  
MESSECONGRESS | GRAZ

### Smarte Ideen und Lösungen für nachhaltige Städte

Die *URBAN FUTURE Global Conference* ist die größte Konferenz für die nachhaltige Entwicklung von Städten und urbanen Gebieten in Mitteleuropa. Im Fokus stehen die vier Kernthemen moderner Stadtentwicklung **Wohnen und Stadtplanung, Mobilität, Energie sowie Kommunikation.**

### Erfahrungen austauschen, netzwerken und Lösungen finden

Zwei Tage voller Inspiration, brandaktuellem Know-how und Networking mit 120 internationalen Top-Referenten und bis zu 1.000 Delegierten aus 60 Ländern:

- Entscheider aus Regionen, Städten und Gemeinden
- Bürgermeister, Stadträte und Stadtplaner
- Forschungseinrichtungen und Universitäten
- Führende Wissenschaftler und Visionäre
- Kommunikationsexperten
- Technologieunternehmen und Infrastrukturanbieter

### Mehr als 120 Speaker referieren in Graz

Zu den Referenten zählen u. a. bereits:

**Ken Livingstone**

Ehemaliger Bürgermeister von London, Großbritannien

**Jeremy Rifkin**

Präsident der Foundation on Economic Trends & Bestsellerautor, USA

**Anneli Hulthén**

Oberbürgermeisterin der Stadt Göteborg, Schweden

**Thomas Rau**

Architekt und Nachhaltigkeitsvisionär, CEO von turntoo Niederlande

**Karl Friedrich Stracke**

Präsident von MAGNA STEYR Fahrzeugtechnik, Österreich

**Doris Bures**

Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, Österreich

**ÖGZ-  
BONUS!**

Als ÖGZ-Leser erhalten Sie Ihren 2-Tages-Konferenzpass jetzt um € 375 statt € 750: Einfach bei der Onlineanmeldung den Aktionscode ABL23B eingeben.

**Programmschwerpunkt  
Deutschland  
Österreich  
Schweiz**

Zusätzlich: Deutschsprachiger Programmschwerpunkt – ideal für urbane Entscheider und Unternehmensvertreter aus Deutschland, Österreich und der Schweiz:

- Leistbares Wohnen in Städten
- Wie Städte und Bürger zukünftig kommunizieren

**Interessiert?**  
[urban-future.at](http://urban-future.at)

**OiER**  
Organization for International  
Economic Relations  
est. 1947

